

Freie Universität Berlin | John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien

# Hohe Erwartungen

**Krisen- und Medienmanagement im Kalten Krieg unter  
John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson**

Magisterarbeit

Erstgutachter: Dr. Andreas Etges  
Zweitgutachterin: Dr. Petra Dolata-Kreutzkamp

Helena Suchochleb

15. August 2009

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Vorwort</b> .....	<b>1</b>
1.1. Zur Bedeutung von Krisen und Krisenmanagement .....	1
<b>2. Einleitung</b> .....	<b>2</b>
2.1. Historischer Hintergrund: Der Kalte Krieg auf seinem Höhepunkt.....	2
2.2. Definition: Krisen und Krisenmanagement.....	4
2.3. Fragestellung und Thesen.....	7
2.4. Quellen und Forschungsstand .....	10
<b>3. Hauptteil</b> .....	<b>12</b>
3.1. Die Kennedy-Administration.....	12
3.1.1. <i>Vorspiel: Die Berlin-Krise 1961</i> .....	14
3.1.2. <i>Die Kuba-Krise 1962</i> .....	30
3.1.3. <i>Kennedys Krisenmanagement</i> .....	50
3.2. Die Johnson-Administration .....	53
3.2.1. <i>Vorspiel: Johnsons Weg „Into the Quagmire“</i> .....	55
3.2.2. <i>Die Tet-Offensive 1968</i> .....	64
3.2.3. <i>Johnsons Krisenmanagement</i> .....	81
<b>4. Fazit</b> .....	<b>85</b>
4.1. Geburtsstunde des Krisenmanagements im Kalten Krieg .....	85
<b>5. Ausblick</b> .....	<b>90</b>
5.1. Zur Zukunft von Krisen- und Medienmanagement.....	90
<b>6. Quellenverzeichnis</b> .....	<b>91</b>
6.1. Primärquellen.....	91
6.2. Sekundärquellen .....	93
<b>7. Anhang</b> .....	<b>97</b>
7.1. Abbildungen .....	97
7.2. Krisenstäbe unter Kennedy und Johnson .....	102
7.3. Abkürzungsverzeichnis .....	104

# 1. Vorwort

## 1.1. Zur Bedeutung von Krisen und Krisenmanagement

Krisen prägen unser Geschichtsbild bis heute entscheidend; oft sind sie es, welche wichtige Wendepunkte in der Geschichte markieren: Ob die Weltwirtschaftskrise 1929 oder der Berliner Mauerbau 1961, die Kuba-Krise 1962, die Tet-Offensive im Vietnamkrieg 1968 oder die Anschläge auf das World Trade Center 2001, Krisen kommt historische Bedeutung zu, ebenso wie sie historische Deutung(en) ermöglichen und uns als historische Anker- und Vergleichspunkte dienen.

Wenn also im Jahr 2008 die Kaukasus-Krise oder die weltweit anhaltende Banken- und Finanzkrise die Nachrichten dominierten bzw. dominieren, scheint es fast schon selbstverständlich, dass diese Ereignisse mit historischen Krisen verglichen werden. Nur so lässt sich erklären, dass im Rahmen der Auseinandersetzungen zwischen Russland und Georgien im August 2008 Medien, Politiker und Experten nicht nur die geopolitische Bedeutung der Krise betonten, sondern auch die These aufstellten, dass eine Neuauflage des Kalten Krieges bevorstünde.<sup>1</sup> Egal was man von solchen Vergleichen halten mag – Fakt ist, dass der Kalte Krieg als krisenbehaftete Epoche bis heute Teil des weltweiten kollektiven Gedächtnisses ist und unsere Wahrnehmung von Konflikten und Krisen sowie den Umgang mit ihnen nachhaltig prägt.

Einige Parallelen zwischen vergangenen und heutigen Krisen lassen sich dennoch ziehen: Damals wie heute stehen Krisen für eine Folge von Ereignissen historischer Bedeutung, welche überraschend außer Kontrolle geraten sind; damals wie heute blicken wir bei der Suche nach Lösungsstrategien und Krisenmanagement auf unsere Regierungen und Führungspersonlichkeiten; damals wie heute spielen Medien eine wichtige Rolle nicht nur bei der Vermittlung von Informationen über Krisen, sondern auch bei deren Interpretation und Bewertung.

---

<sup>1</sup> vgl. „Europa fürchtet sich vor einer Neuauflage des Kalten Krieges“, *Focus Online*, 27. August 2008, <[http://www.focus.de/politik/ausland/russland-europa-fuerchtet-sich-vor-einer-neuauflage-des-kalten-krieges\\_aid\\_328181.html](http://www.focus.de/politik/ausland/russland-europa-fuerchtet-sich-vor-einer-neuauflage-des-kalten-krieges_aid_328181.html)> (15.11.2008), Ralph Sina: „Kein Interesse an einem neuen Kalten Krieg“, *Tagesschau.de*, 16. August 2008, <<http://www.tagesschau.de/ausland/russlandusa100.html>> (15.11.2008) sowie Peter Scholl-Latour. *Der Weg in den neuen Kalten Krieg. Eine Chronik*. Berlin: Propyläen, 2008: 12, 23.

## 2. Einleitung

### 2.1. Historischer Hintergrund: Der Kalte Krieg auf seinem Höhepunkt

Die Sechziger Jahre waren für die USA nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch eine turbulente Zeit. Wie der Journalist Michael Dobbs in seinem Werk zur Kuba-Krise schreibt: „The early 1960s [...] were a time of economic, political, and technological upheaval [... in which the] United States enjoyed overwhelming strategic superiority.“<sup>2</sup> Trotz dieser strategischen Überlegenheit mussten sowohl John F. Kennedy als auch Lyndon B. Johnson all ihre außenpolitische Expertise demonstrieren, als der Kalte Krieg auf seinen Höhepunkt zusteuerte und das Land mit einer Reihe von Krisen konfrontierte, die es zu entschärfen galt. Vor dem Hintergrund der atomaren Bedrohung und der bipolaren Weltordnung konnte jeder noch so entfernte Krisenherd einen Atomkrieg zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR heraufbeschwören. Und obwohl Krisen weit bis in die Geschichte zurückreichen, sind es doch die Sechziger Jahre, die als Geburtsstunde des Krisenmanagements gelten, wie der damalige US-Außenminister Robert McNamara sie nach der Kuba-Krise einläutete: „There is no longer any such thing as strategy, only crisis management.“<sup>3</sup>

Es waren vor allem die Berlin-Krise 1961 und die Kuba-Krise 1962 während Kennedys Amtszeit sowie die Tet-Offensive 1968 während des Vietnamkriegs zu Johnsons Amtszeit, welche beide Präsidenten als Krisenmanager forderten und die Einrichtung von Ad-hoc-Komitees zur Folge hatten: die Berlin Task Force 1961, das Exekutivkomitee des Nationalen Sicherheitsrates (kurz ExComm) 1962 und die Clifford Task Force, die 1968 die weitgehend informellen Gremien der sog. „Tuesday Lunch Group“ und „Wise Men“ ergänzte.

Interessanterweise ist das Krisenmanagement der Kennedy- und Johnson-Regierung sehr unterschiedlich bewertet worden, wobei Kennedys Bilanz gemeinhin weitaus positiver ausfällt als Johnsons. Diese verschiedenen Wahrnehmungen beider demokratischer Präsidenten sind auch ein Resultat ihres öffentlichen Bildes. Kennedys Bild als junger und dynamischer Präsident, der sein Land durch einige seiner turbulentesten und krisenbeladensten Jahre steuerte, wurde nach dessen tragischer Ermordung aufrechterhalten und gefestigt, was in der Mythologisierung sowohl seiner Person als auch

---

<sup>2</sup> Michael Dobbs. *One Minute to Midnight. Kennedy, Khrushchev, and Castro on the Brink of War*. New York: Alfred A. Knopf, 2008: xv.

<sup>3</sup> zitiert in James A. Nathan. „The Missile Crisis: His Finest Hour Now.“ *World Politics* 27:2, January 1975: 258.

seiner Präsidentschaft resultierte. Erst viel später haben Historiker einen kritischeren Blick auf seine Amtszeit geworfen und dabei auch einen Blick hinter die Fassade dieses perfekten Images gewagt.

Diese Form des Krisenmanagements sollte folglich Standards für die darauffolgenden Regierungen setzen, an denen diese sich messen lassen mussten. Als Johnson nach Kennedys Ermordung dessen Amt übernahm, übernahm er nicht nur dessen Beraterstab und politische Philosophie, sondern auch eine Reihe hoher Erwartungen – Erwartungen, welche er in den Augen vieler nicht erfüllen würde. Vietnam stellte sich für Johnson als Desaster heraus: In einem Krieg, der großes Medieninteresse erregte, ließ Lyndon B. Johnson das Talent seines Vorgängers in der Handhabung der Medien vermissen. Nach dem Tonking-Zwischenfall und mit der zunehmenden Amerikanisierung des Krieges (und umso mehr nach der Tet-Offensive und der darauffolgenden Forderung nach einer Truppenerhöhung General Westmorelands) begannen die Medien, nicht nur den fehlenden Fortschritt in Vietnam, sondern auch das Missmanagement einer gespaltenen Regierung zu beklagen, deren öffentliche Fortschrittsbekundungen von den Ereignissen und Bildern aus Vietnam Lügen gestraft wurden.

Natürlich stellten diese Krisen beide Präsidenten vor sehr unterschiedliche Herausforderungen: Sowohl die Berlin-, als auch die Kuba-Krise waren kurz aber prägnant, besonders die als „Dreizehn Tage“<sup>4</sup> bekannt gewordene Verhandlungsphase der Kuba-Krise. Der friedliche Ausgang beider Krisen wird als wichtiger Schritt hin zur späteren Entspannungspolitik angesehen. Obwohl die Berlin-Krise 1961 die dritte einer Reihe von Berlin-Krisen darstellte (nach der Berlin-Blockade 1948 und Chruschtschows Berlin-Ultimatum von 1958, in dem er die Rechte der Westmächte für nichtig erklärte), führte die Errichtung der Mauer paradoxerweise zu einem vorläufigen Ende von Berlins Status als Krisenherd, an dem sich ein Krieg entzünden konnte. Die Tet-Offensive hingegen, die einen Wendepunkt im Vietnamkrieg darstellte, war eine kritische Phase in einem langjährigen Krieg, der die Ressourcen und die Geduld der USA strapazierte. Insgesamt drei US-Regierungen würden es nicht schaffen, diesen Krieg zu gewinnen und ihre Ziele in Vietnam zu erreichen.

---

<sup>4</sup> nach Robert F. Kennedy. *Thirteen Days. A Memoir of the Cuban Missile Crisis*. New York: New American Library, 1969.

Zeitgleich mit dem Auftreten dieser neuen Qualität von Krisen, die maßgeblich durch das atomare Zeitalter geprägt waren, und dem darauffolgenden Entstehen erster loser organisatorischer Strukturen für Krisenmanagement in den Sechziger Jahren<sup>5</sup> befanden sich die USA an einer „medienhistorischen Schwellensituation“, wie Gerhard Paul es ausdrückt, wo der Durchbruch des „neuen elektronischen Medium[s] Fernsehen [...] in den USA zeitgleich mit Beginn des ‚Kalten Krieges‘ datiert.“<sup>6</sup> Zum ersten Mal trat das Fernsehen als neues zentrales Medium in Erscheinung und waren die Satellitensysteme so weit entwickelt, dass sich Bilder innerhalb kurzer Zeit rund um den Erdball senden ließen. Dies führte auch in Bezug auf Krisen zu dem, was Paul mit dem Begriff der „Media[l]isierung“ beschreibt.<sup>7</sup> Auf medialisierte Krisen folgte ergo die Möglichkeit des medialen Krisenmanagements, und die neuen Medientechnologien erlaubten eine vollkommen neue Art der Berichterstattung. So prägten „die visuellen Massenmedien [...] nicht nur das Bild der Gegenwart in den Köpfen der Menschen, sondern ebenso das, was sich dort als Geschichte herausbildete.“<sup>8</sup>

## 2.2. Definition: Krisen und Krisenmanagement

Im Folgenden soll kurz dargelegt werden, was genau unter einer Krise zu verstehen ist und wie sich Krisenmanagement definieren lässt.

Laut Boin et al. sind Krisen

ubiquitous phenomena that cannot be predicted with any kind of precision[, ...] a phase of disorder in the seemingly normal development of a system[, ...] an undesirable and unexpected situation.<sup>9</sup>

---

<sup>5</sup> Carnes Lord. „Crisis (Mis-)Management.“ *Joint Force Quarterly*, Summer 1999: 74.

<sup>6</sup> Gerhard Paul. *Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges*. Paderborn u.a.: Schöningh u.a., 2004: 312.

<sup>7</sup> ebd.: 477. Paul spricht ursprünglich von „Mediatisierung“ – um eine Verwechslung mit dem gleichnamigen geschichtswissenschaftlichen Begriff zu vermeiden, verwende ich den in den Kommunikationswissenschaften gleichwertig benutzten Begriff der „Medialisierung“.

<sup>8</sup> ebd.: 12.

<sup>9</sup> Arjen Boin, Paul 't Hart, Eric Stern und Bengt Sundelius. *The Politics of Crisis Management. Public Leadership under Pressure*. Cambridge: Cambridge University Press, 2005: 2.

**Anmerkung:** Englische Zitate wurden im Original beibehalten, wobei einzelne Wörter oder Ausdrücke ggf. zu Verständnizwecken übersetzt wurden; andere fremdsprachliche Zitate wurden mit entsprechendem Vermerk übersetzt.

Krisen stellen sog. „transitional phases“, also Übergangsphasen dar und haben laut den Autoren drei Schlüsselkomponenten: Bedrohung („threat“), Unsicherheit („uncertainty“) und Dringlichkeit („urgency“). Darüber hinaus verdeutlichen die Autoren, dass Krisen das Resultat multipler Ursachen sind, denen sowohl interne, als auch externe Auslöser zugrunde liegen. Diese sind jedoch nicht immer klar zu identifizieren, da Krisen laut den Autoren unvorhersehbar sind.<sup>10</sup>

Robert L. Pfaltzgraff, Präsident des *Institute of Foreign Policy Analysis* und Professor an der Tufts University in Massachusetts, präsentierte auf einer Konferenz zum Thema Krisenmanagement 2008 in Athen eine ganz ähnliche Definition:

A crisis is an unstable or crucial time or state of affairs whose outcome will make a decisive difference for better or worse. [...] A crisis is what political scientists have called a non-routine event.<sup>11</sup>

Pfaltzgraff beschreibt Krisen nicht nur als Wendepunkte („turning point[s]“<sup>12</sup>), laut ihm zeichnen sich Krisen auch durch folgende Merkmale aus:

[... A] crisis is a threat to vital or core interests or values, the survival of [...] the nation is likely to be at stake. [...] In this kind of crisis there is likely to be the element of surprise.<sup>13</sup>

Laut Pfaltzgraff gehören Informationsdefizite ebenfalls zu den Charakteristika von Krisen:

Just as intelligence indicators in advance of a crisis may be lacking or, if they even exist, may be discarded or ignored, we are likely to have inadequate information immediately after the crisis hits us.<sup>14</sup>

Zentral ist für Boin et al. auch das katalytische Moment von Krisen sowie deren politische Dimension: „Crises are political at heart.“<sup>15</sup> Daher beschreiben die Autoren Krisenmanagement als eine höchst kontroverse und politische Maßnahme.<sup>16</sup> Sie resümieren:

---

<sup>10</sup> ebd.: 2, 5, 7 (meine Übersetzung).

<sup>11</sup> Robert L. Pfaltzgraff „Crisis Management. Looking Back and Looking Ahead.“ The Crisis Management Conference, Athen 2008. <[http://www.ifpa.org/pdf/athena\\_08.pdf](http://www.ifpa.org/pdf/athena_08.pdf)> (15.10.2008): 1, 3.

<sup>12</sup> ebd.:1.

<sup>13</sup> ebd.: 2f.

<sup>14</sup> ebd.: 5.

<sup>15</sup> Boin et al. *The Politics of Crisis Management*: ix.

<sup>16</sup> ebd.: 9.

Crisis management is situated on the dividing line between stability and change in policies and politics. [...] Crises are often turning points between different social and political orders.<sup>17</sup>

Auf der Basis dieser Feststellungen leiten die Autoren fünf Hauptaufgaben für Krisenmanagement ab: 1. Erfassen („sense making“), 2. Entscheidungsfindung („decision making“), 3. Herstellung von Sinn bzw. Bedeutung („meaning making“), 4. Beenden („terminating“), 5. Lernen („learning“).<sup>18</sup> Zentral für den Ansatz dieser Arbeit ist hierbei der dritte Punkt des „meaning making“ – Boin et al. stellen hierzu fest:

Political rivalries about the interpretation of fast moving events and their effects are part of the drama that crisis management entails in modern society.<sup>19</sup>

Diese rivalisierenden Interpretationen werden nicht nur von politischen Gegnern oder Gruppen vorgenommen, sondern auch von den Medien. Diesen kommt somit eine zentrale Rolle im Prozess des „meaning making“ von Krisen zu:

The mass media continuously scrutinize and assess leaders and their leadership. [...] [J]ournalists [...] produce the stories that help to shape the crisis in the minds of the public. [...] In this culture of fear [...] the role of the modern mass media is crucial.<sup>20</sup>

Die Krisen der Sechziger Jahre verdeutlichen laut Boin et al. die Wichtigkeit des Themas Krisenmanagement. Die Autoren heben die Kuba-Krise 1962 als klassisches Beispiel für politisches Krisenmanagement hervor:

The classic example of crisis decision making was the Cuba[n] Missile Crisis [...] where] the final decision would have a momentous impact on Soviet-American relations and possibly on world peace [...].<sup>21</sup>

Boin et al. beschreiben treffend, wie Krisen jene fordern, die in der Verantwortung stehen, eben jene Eliten, welche Führungspositionen innehaben und regieren:

Crises make and break political careers [...]. Crises fix the spotlight on those who govern.<sup>22</sup>

Auch Pfaltzgraff betont die Rolle der Entscheidungsträger in Krisen:

---

<sup>17</sup> ebd.: 156.

<sup>18</sup> ebd.: ix (meine Übersetzung).

<sup>19</sup> ebd.

<sup>20</sup> ebd.: 1, 8.

<sup>21</sup> ebd.: 11, 156.

<sup>22</sup> ebd.: ix.

Because of the fact that crises pose threats to core vital interests or values, they invariably bring into play the top decision makers.<sup>23</sup>

Krisen fordern also Entscheidungsträger und zwingen sie zu handeln. In Krisenzeiten wird Führung erwartet – Eliten werden demnach an diesem Erwartungshorizont gemessen und beurteilt.

### 2.3. Fragestellung und Thesen

Vor dem Hintergrund der vorliegenden Definitionen soll diese Arbeit die Erwartungshorizonte ausloten, welche an die US-Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson und deren Krisenmanagement in der Berlin-Krise 1961 sowie der Kuba-Krise 1962 bzw. der Tet-Offensive 1968 geknüpft wurden. Die vergleichende Perspektive soll einerseits demonstrieren, inwiefern die Kuba-Krise Standards für die Beurteilung nachfolgender Krisen setzte, und darüber hinaus erklären, wie es zu den divergierenden Geschichtsbildern beider Präsidenten kam: dem des strahlenden Helden und Krisenmanagers Kennedy und dem des unter zunehmend öffentlichem Druck stehenden Johnson, welcher – 1964 noch mit einer historischen Mehrheit zum US-Präsidenten gewählt – infolge der Tet-Offensive 1968 auf eine erneute Präsidentschaftskandidatur verzichtete.

Hierbei soll das Zusammenspiel zwischen Politik und Medien genauer betrachtet werden. Die zentrale Rolle der Medien im Prozess des Krisenmanagements wird nicht nur von Boin et al. und Pfaltzgraff betont, sondern auch von Kern et al., welche sich dezidiert mit den Krisen der Kennedy-Ära auseinandergesetzt haben – laut ihnen hat nicht nur der Präsident Einfluss auf die Medien, sondern die Medien umgekehrt auch Einfluss auf die Entscheidungen des Präsidenten.<sup>24</sup> Pfaltzgraff bestätigt diese Wechselwirkung, wenn er einerseits von der Macht der Medien spricht, Krisenmanagement zu formen, und andererseits betont, dass eine Medienstrategie als Teil eines Krisenmanagements unumgänglich ist.<sup>25</sup> Auch Chester Pach spricht in diesem Zusammenhang von „the complex relationship between the news media –

---

<sup>23</sup> Pfaltzgraff: 2f.

<sup>24</sup> Montague Kern, Patricia W. Levering und Ralph B. Levering. *The Kennedy Crises. The Press, the Presidency, and Foreign Policy*. Chapel Hill: The University of North Carolina Press, 1983: 5.

<sup>25</sup> Pfaltzgraff: 6f.

[...] particularly television journalists – and those who plan and implement U.S. foreign policy“<sup>26</sup> und führt aus:

Journalists depend on government officials for information and access to conferences, [...] crisis areas, and war zones. Yet they often chafe under the restrictions that policymakers or military commanders impose. Those who formulate or carry out foreign policy depend on TV news to provide them with favorable publicity as well as information about international affairs or channels for building public support. Yet these officials also worry about the power of cameras and reporters to transform events as well as to frame issues, expose secrets, or challenge official policies.<sup>27</sup>

Diese Wechselbeziehung zwischen Politik und Medien ist ein zentraler Punkt von Kennedys und Johnsons Krisenmanagement. So ist es Ziel dieser Arbeit, den Kontrast zwischen politischem Krisenmanagement und öffentlicher Rhetorik, d.h. dessen Präsentation in der Öffentlichkeit, darzulegen. Hierfür werden neben Pressekonferenzen und anderen öffentlichen Verlautbarungen v.a. die zentralen Fernsehansprachen beider Präsidenten herangezogen.

Berlin-Krise, Kuba-Krise und Tet-Offensive zählen zu den Wendepunkten des Kalten Krieges, also jenen „turning points“, welche laut Boin et al. und Pfaltzgraff Krisen ausmachen und definieren. Darüber hinaus stellen die krisengeschüttelten Präsidentschaften Kennedys und Johnsons insofern relevante Untersuchungsgegenstände dar, als dass unter ihnen Krisenmanagement und dessen organisatorische Strukturen überhaupt erst entstanden.<sup>28</sup> So führt Carnes Lord, ehemaliger nationaler Sicherheitsberater der USA, in puncto Krisenmanagement unter Kennedy und Johnson aus:

The institutional capacity of the United States for crisis management evolved during the Cold War. [...] Crisis management emerged as a recognized mode of national security decisionmaking in the Cuban missile crisis of 1962 [...].<sup>29</sup>

Er fügt hinzu:

Institutional responses were largely improvisational during the balance of the Kennedy and the Johnson years.<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup> Chester Pach. „Television“, *Encyclopedia of the American Foreign Relations*, <<http://www.americanforeignrelations.com/O-W/Television.html>> (29.06.2009).

<sup>27</sup> ebd.

<sup>28</sup> Carnes Lord. „Crisis (Mis-)Management“: 74.

<sup>29</sup> ebd.

Angesicht der Geburtsstunde des Krisenmanagements in den Sechziger Jahren sind die Kennedy- und Johnson-Regierung somit relevante Untersuchungsgegenstände. An ihnen sollen folgende zentrale Fragen geklärt werden:

1. Welche Bedeutung hatte das Krisenmanagement Kennedys und Johnsons im Verlauf des Kalten Krieges?
2. Welche Maßstäbe und Erwartungshorizonte wurden hierbei an die Präsidenten gesetzt und welche Kriterien entschieden dabei über Erfolg bzw. Misserfolg?
3. Welche Rolle kam den Medien in diesem Prozess zu?

In Anlehnung an diese Fragen sollen folgenden Thesen aufgestellt werden:

1. Krisenmanagement war im Verlauf des Kalten Krieges von entscheidender Bedeutung.
2. Die Präsidenten wurden vor allem an ihrem Krisenmanagement gemessen, welches über den Erfolg bzw. Misserfolg ihrer Amtszeit entschied, wobei das Krisenmanagement während der Kuba-Krise Standards für darauffolgende Krisen setzte.
3. Bei der Berlin- und Kuba-Krise sowie der Tet-Offensive handelte es sich auch um medial vermittelte bzw. medialisierte Krisen: Der mediale Faktor war dahingehend entscheidend, dass die Krisen einerseits eine starke Medienpräsenz und -interpretation erfuhren und die Medien andererseits von den Präsidenten gezielt in das Krisenmanagement einbezogen und dafür genutzt wurden.

Für die Analyse wird ein Vergleich zwischen Kennedys und Johnsons Krisen- und Medienmanagement herangezogen. Als Beispiele sollen für die Kennedy-Regierung die Kuba-Krise 1962 vor dem Hintergrund der Berlin-Krise ein Jahr zuvor und für die Johnson-Regierung die Tet-Offensive im Vietnamkrieg dienen. Beide Regierungen bieten auch deshalb eine gute Grundlage für eine vergleichende Analyse, da sich die Mitglieder der Krisenstäbe erheblich ähneln: Nach Johnsons Übernahme von Kennedys Amt nach dessen Ermordung am 22. November 1963 hatten die beiden demokratischen Amtsinhaber zwar unterschiedliche

---

<sup>30</sup> ebd.

Krisen zu bewältigen, doch der Regierungsapparat war größtenteils deckungsgleich,<sup>31</sup> ebenso wie die außenpolitischen Ansätze.

## 2.4. Quellen und Forschungsstand

Die Kuba-Krise gilt als das am besten erforschte Beispiel für Krisen und Krisenmanagement im Kalten Krieg: Eine Vielzahl von Untersuchungen hat sie zum Paradebeispiel für das Studium politischer Entscheidungsprozesse werden lassen. Dieser Umstand macht die Kuba-Krise somit zu einem besonders geeigneten Fallbeispiel für einen komparativen Ansatz. Stellten die Schilderungen beteiligter US-Regierungsmitglieder (wie beispielsweise Robert F. Kennedys „Thirteen Days“) erste Berichte der Krise dar, so hat die Öffnung amerikanischer und besonders russischer Archive nach Ende des Kalten Krieges zu Beginn der Neunziger Jahre viele neue Informationen über die Krise zutage gebracht und ihre umfassende Dokumentation sowie eine kritischere Auseinandersetzung mit ihr ermöglicht. Darüber hinaus haben die „oral history interviews“ mit ehemaligen Beteiligten zur weiteren Aufklärung beigetragen und auch die kubanische Perspektive der Krise beleuchtet und zur Schließung vieler Forschungslücken geführt. Dennoch reißt das Interesse an der Kuba-Krise nicht ab und die Nachforschungen des Journalisten Michael Dobbs zeigen, dass es noch immer neue Erkenntnisse bezüglich der Krise gibt.<sup>32</sup>

Zum Thema Kennedy und die Medien sind neben der Herausgabe seiner Pressekonferenzen ebenfalls richtungsweisende Studien durchgeführt worden, wie zum Beispiel das erhellende Werk von Kern et al., welche den Mediaspekt genauer beleuchten.<sup>33</sup>

Der Vietnamkrieg hat ebenfalls eine Welle von Forschungsliteratur nach sich gezogen. Wie auch in der Kuba-Krise sind die politischen Entscheidungsprozesse anhand der Tonbandaufzeichnungen aus dem Weißen Haus dokumentiert und stehen der Öffentlichkeit auch in transkribierter Form zur Verfügung.<sup>34</sup> Obwohl die Tet-Offensive in den

---

<sup>31</sup> s. Tabelle Krisenstäbe (Anhang)

<sup>32</sup> Michael Dobbs. *One Minute to Midnight* und ders. „Cool Crisis Management? It's a Myth. Ask JFK“, *Washington Post*, 22. Juni 2008: B01.

<sup>33</sup> Kern et al. *The Kennedy Crises*.

<sup>34</sup> vgl. hierzu Ernest R. May und Philip D. Zelikow [Hrsg.] *The Kennedy Tapes. Inside the White House during the Cuban Missile Crisis*. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press, 1997 sowie Michael R. Beschloss

Überblickswerken wiederholt als Wendepunkt im Vietnamkrieg bezeichnet wird, existiert überraschend wenig Literatur zu diesem Ereignis – jüngst haben einzig David F. Schmitz und James H. Willbanks Monographien hierzu vorgelegt.<sup>35</sup>

Über den Vietnamkrieg und die Medien existiert ebenfalls eine Vielzahl von Studien, nicht umsonst wird der Krieg als „der erste Fernsehkrieg der Geschichte“ bezeichnet.<sup>36</sup> George C. Herring ist darüber hinaus eine gute Betrachtung von Johnsons PR- und Medienmanagement während des Krieges gelungen.<sup>37</sup>

Viele der Quellen, welche die Präsidentschaften Kennedys und Johnsons, ihre Krisen und die Rolle der Medien darin dokumentieren, sind inzwischen auch online zugänglich, allerdings hat bisher kaum eine Arbeit diese Perspektiven zu einem integrativen Ansatz zusammengeführt. Dies liegt vermutlich auch an dem teilweise noch zu schwach ausgeprägten interdisziplinären Ansatz im wissenschaftlichen Bereich. Auch steht ein direkter Vergleich beider Präsidenten und ihres Krisenmanagements bislang noch aus, und das, obwohl Johnson als Kennedys Nachfolger nicht nur dessen Amt, sondern auch eine Vielzahl seiner Berater und politischen Ansätze übernahm und sich ein Vergleich somit anbietet.

Die vorliegende Arbeit versteht sich demnach als Versuch einer Synthese, die sowohl politische als auch mediale Aspekte in einer historischen Perspektive vereint. Mithilfe des komparativen Ansatzes soll nicht nur eine weitere Forschungsdiskussion angestoßen, sondern auch das Feld wissenschaftlicher Arbeit für andere Disziplinen geöffnet werden, um so eine ganzheitlichere Betrachtung der Krisen des Kalten Krieges zu ermöglichen. Dies erscheint umso wichtiger, als dass unser Verständnis von Krisen und Krisenmanagement bis heute von dieser Epoche geprägt ist:

[D]ie praktischen und mentalen Nachwirkungen des „Kalten Krieges“ [reichen ... ] bis ins neue Jahrtausend. Der Gegenwartsbezug des Themas liegt also auf der Hand.

---

[Hrsg.] *Taking Charge. The Johnson White House Tapes, 1963-1964*. New York: Simon & Schuster, 1997 und ders. *Reaching for Glory. Lyndon Johnson's Secret White House Tapes, 1964-1965*. New York: Simon & Schuster, 2001.

<sup>35</sup> s. David F. Schmitz. *The Tet Offensive. Politics, War, and Public Opinion*. Lanham: Rowman & Littlefield, 2005 und James H. Willbanks. *The Tet Offensive. A Concise History*. New York: Columbia University Press, 2007.

<sup>36</sup> Edgar Wolfrum. „Schock der Bilder“, *Die Zeit* 42, 7. Oktober 2004, <<http://www.zeit.de/2004/42/P-Paul>> (6.12.2008).

<sup>37</sup> George C. Herring. *LBJ and Vietnam. A Different Kind of War*. Austin: University of Texas Press, 1994.

Gleichzeitig beginnt aber die Historisierung dieser Epoche: Wir sind jetzt in der Lage, sie distanzierter und mit weniger Emotionen zu betrachten als früher, Verständnis und Kritik gleichmäßiger auf beide Lager zu verteilen.<sup>38</sup>

### 3. Hauptteil

#### 3.1. Die Kennedy-Administration

Als John F. Kennedy 1961 das Amt des Präsidenten antrat, blickte er auf eine bipolare Weltordnung, und es sollte nicht lange dauern, bis der junge Präsident seine erste Bewährungsprobe zu bestehen hatte. Die Beendigung der Krisen in Berlin und v.a. in Kuba brachte ihm den Ruf eines hartnäckigen Verhandlungspartners und vernünftigen Staatsmannes ein, der entscheidenden Anteil an der Einführung der Entspannungspolitik hatte. Dabei wurde jedoch häufig übersehen, dass sich Kennedys Krisenmanagement oftmals zwischen staatsmännischem Geschick und den Gefahren einer Politik am Rande des Abgrunds („brinkmanship“<sup>39</sup>) bewegte. Sowohl in Berlin als auch in Kuba hätten Fehleinschätzungen und -urteile diese Krisen leicht eskalieren lassen können, und zeitweise war es eher Glück als Geschick, was dies verhinderte.

Die Berlin-Frage betreffend suchte Kennedy einen Weg, die Rechte der Westmächte in Berlin zu wahren sowie Stabilität und Frieden für Europa zu garantieren; gleichzeitig war er bestrebt, einen Modus Vivendi mit der Sowjetunion zu finden und diesbezüglich auch bereit, zu verhandeln. Darüber erwies sich sein Versuch, eine gemeinsame westliche Position aufrechtzuerhalten, als beschwerlich, da die Geschlossenheit der Bündnispartner zunehmend bröckelte. Die Konfrontation amerikanischer und sowjetischer Panzer am Checkpoint Charlie am 27. Oktober 1961 indes zeigte, dass die Situation in Berlin zu eskalieren drohte und somit zum Auslöser eines Atomkrieges werden könnte.

Auch während der Kuba-Krise brachten Zwischenfälle wie der Abschuss eines amerikanischen U2-Aufklärungsflugzeuges die Welt näher an den Rand eines Krieges als von den Beteiligten erwünscht – ein Zeichen dafür, dass die Krise außer Kontrolle geriet. Die

---

<sup>38</sup> Michael Sauer. „Editorial.“ *Geschichte Lernen* 94: Kalter Krieg, Juli 2003: 3.

<sup>39</sup> Der Begriff „brinkmanship“ entstand zur Zeit des Kalten Krieges und geht auf den ehemaligen US-Außenminister John Foster Dulles zurück (vgl. hierzu „Uproar Over a Brink“, *TIME-Magazine*, 23. Januar 1965: <<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,861876-2,00.html>>, 12.07.2009). In der Spieltheorie und bezüglich der Außenpolitik von Staaten beschreibt er eine riskante Strategie, wobei eine Partei bis an den Rand bzw. Abgrund („brink“) geht, um den Gegner zum Nachgeben zu bewegen.

Kennedy-Administration lag mit ihrer Einschätzung, dass die Sowjetunion zur Durchführung eines Nuklearschlages nicht in der Lage sei, falsch – und somit auch mit vielen Entscheidungen, die auf Basis dieser Einschätzung getroffen wurden.

Obwohl Kennedy und einige seiner Berater im Verlauf dieser Krisen ein Gegengewicht zu einem nur allzu einsatzfreudigen Militär darstellten, war die Politik des Präsidenten riskanter als oftmals eingeräumt, und während seine Bestimmtheit ihm Respekt einbrachte, sollte sie sich mehrmals auch als sehr gefährlich herausstellen.

Eine der Stärken der Kennedy-Administration lag in ihrem Umgang mit den Medien bzw. ihrem Medienmanagement, welches entscheidend zur Konstruktion von Kennedys Image und der Präsentation seines Krisenmanagements beitrug. Kennedy kannte das Mediengeschäft und unterhielt gute Beziehungen zur Presse und zu prominenten Journalisten. Der Präsident war als aufmerksamer Leser verschiedener Tageszeitungen bekannt, der fehlerhafte oder negative Meldungen über sich und seine Administration monierte und korrigieren ließ.<sup>40</sup> Bereits im Wahlkampf, aber auch während seiner Präsidentschaft setzte er v.a. auf das Medium Fernsehen, auch bei seinem Krisenmanagement. Nicht umsonst wird Kennedy als „erster Fernsehpräsident“<sup>41</sup> betrachtet. So führt Joseph Berry aus:

All presidents throughout American history, before and after John F. Kennedy, have attempted to manage the news to serve their political interests [but] Kennedy was the master. Management of the news was a daily concern of Kennedy's. He was the first president who fully understood and used the media for its political potential.<sup>42</sup>

Die Regierung wusste genau, wie sie ihre Politik präsentieren musste und schöpfte die Möglichkeiten des Medienmanagements voll aus. Tatsächlich erhielt die Kennedy-Regierung viel Lob für ihre Handhabung der Krise in Kuba, welche oft als Kennedys „finest hour“<sup>43</sup> beschrieben wird. Das Lob und der Erfolg, die der Kennedy-Regierung zuteil wurden, täuschten oftmals über die Fehleinschätzungen und -urteile sowie über die Eskalationsgefahr hinweg, welche die Krisen in Kennedys Regierungszeit mit sich brachten. Gewöhnlich wurde

---

<sup>40</sup> Joseph P. Berry. *John F. Kennedy and the Media. The First Television President*. Lanham: University Press of America, 1987: 59.

<sup>41</sup> ebd. (s. Titel).

<sup>42</sup> ebd.: 1.

<sup>43</sup> William J. Medland. „The Cuban Missile Crisis: Evolving Historical Perspectives.“ *The History Teacher* 23:4, August 1990: 435.

Kennedys „brinkmanship“ großzügig ausgeklammert, wo ihm der Erfolg und ‚Gewinn‘ dieser Krisen sowie der Triumph über den sowjetischen Gegner zugesprochen wurde.

### 3.1.1. Vorspiel: Die Berlin-Krise 1961

James A. Nathan hat die Berlin-Krise im August 1961 auch als Vorspiel zur Kuba-Krise bezeichnet.<sup>44</sup> Angesichts des Mauerbaus und der Wiederaufnahme nuklearer Tests durch die Sowjetunion und die USA im August und Oktober 1961 verschärften sich die Spannungen zwischen beiden Supermächten zusehends und gipfelten in der Konfrontation amerikanischer und sowjetischer Panzer am Checkpoint Charlie Ende Oktober. Doch nicht nur 1961, sondern auch ein Jahr später, während der Kuba-Krise 1962, wurde die Bedeutung des Krisenherds Berlin deutlich, als dieser Eingang in die ExComm-Diskussionen fand und die Überlegungen der Kontrahenten mitbestimmte. So sollte Berlins Status als Krisenherd Kennedys Krisenmanagement auf eine erste harte Probe stellen und ein wiederkehrendes Thema während Kennedys Regierungszeit darstellen.

Als in der Nacht zum 13. August 1961 mit der Errichtung der Berliner Mauer begonnen und die deutsche Teilung so endgültig zementiert wurde, steuerte die bipolare Welt auf eine schwere Krise zu: Sowjetisches und ostdeutsches Militär kontrollierte den Zugang nach West-Berlin, welches nun einer Enklave innerhalb der DDR glich. Nur zwei Monate zuvor hatte Chruschtschow beim Wiener Gipfeltreffen 1961 sein Ultimatum von 1958 erneuert, in dem er die Aufhebung des Viermächtestatus für Berlin und die Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte freie Stadt gefordert hatte, gepaart mit der Drohung, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR zu unterzeichnen und ihr somit staatliche Souveränität zu verleihen. Diesmal jedoch schien es, als ob er seinen Worten Taten folgen lassen würde. Während deutsche Zeitungen das fehlende Engagement der alliierten Supermacht beklagten, beschlossen die USA, nicht mit militärischen Mitteln auf diese Provokation zu reagieren.

Darunter litt auch das transatlantische Bündnis: Obwohl die Kennedy-Regierung sich bemühte, das Bild einer gemeinsamen westlichen Position aufrechtzuerhalten, zeigte die

---

<sup>44</sup> James A. Nathan. *Anatomy of the Cuban Missile Crisis*. Westport: Greenwood Press, 2001: 64f.

Fassade bald erste Risse, als Differenzen zwischen den westlichen Bündnispartnern den Sowjets die Möglichkeit boten, die Verhandlungen zu ihrem Vorteil zu beeinflussen. Obwohl Kennedy in einer Fernsehansprache am 25. Juli 1961 die sog. „Three Essentials“ für Berlin etablierte und somit die fortwährende amerikanische Präsenz im Westteil der Stadt sowie die Sicherheit der dortigen Bevölkerung garantierte, wich seine Loyalität gegenüber den Westalliierten mehr und mehr der Überzeugung, dass nur ein Arrangement mit den Sowjets den Frieden in Europa gewährleisten würde. Nach dem ersten Aufeinandertreffen Kennedys und Chruschtschows beim Wiener Gipfel im Juni 1961 konzentrierte sich Kennedys Krisenmanagement auf die Abwendung eines Atomkrieges in Europa sowie die Stabilisierung der Region. Wie sich jedoch herausstellte, sollte diese Stabilisierung nur auf Kosten der deutschen Wiedervereinigung erreicht werden. Nach der ersten Empörung schien die Bundesrepublik den Ernst der Situation ebenso zu verstehen: So trieb Kanzler Konrad Adenauer die Westintegration voran, während das Ziel der Wiedervereinigung mehr und mehr in die Ferne rückte.

#### *Entscheidung zwischen einer Mauer und einem Krieg*

Als Kennedy 1961 das Amt des Präsidenten übernahm, unterschieden sich seine Pläne erheblich von denen seines Vorgängers. Während Eisenhower US-Truppen von europäischem Boden abziehen und die westlichen Bündnispartner zum „burden sharing“<sup>45</sup> bewegen wollte, auch in nuklearer Hinsicht (was die UdSSR laut deren Außenminister Andrei Gromyko eine Wiederbewaffnung der deutschen Bundeswehr sowie deren Bestückung mit Atomwaffen fürchten ließ<sup>46</sup>), war Kennedy vorsichtiger mit den Signalen, die er nach Moskau sandte. Im Zuge der von ihm verfolgten Bemühungen, einen Modus Vivendi zwischen den rivalisierenden Supermächten zu finden, musste er schon bald den US-Standpunkt absoluter Loyalität gegenüber Westdeutschland aufgeben, da dies ein Arrangement mit den Sowjets verhindern würde.

In der krisengeplagten Geschichte der geteilten Stadt, deren Sonderstatus das Resultat der Gliederung in Besatzungszonen und später Sektoren durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs war, hatten die USA stets die Freiheit West-Berlins garantiert und der

---

<sup>45</sup> „Burden sharing“ beschreibt die von Eisenhower geforderte Lastenverteilung innerhalb des NATO-Bündnisses, v.a. bei den Militärausgaben (vgl. hierzu Stanley R. Sloan. „Die Verhandlungen über Artikel 5“, *Nato Brief*, Summer 2006, <<http://nato-otan.org/docu/review/2006/issue2/german/art4.html>>, 22.07.2009).

<sup>46</sup> Marc Trachtenberg. *History and Strategy*. Princeton: Princeton University Press, 1991: 173.

sowjetischen Bedrohung in Europa entgegengewirkt: Nach Ende des Zweiten Weltkrieges, als sich der Kalte Krieg das erste Mal abzuzeichnen begann, hatten die USA mithilfe der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans den Wiederaufbau Deutschlands ermöglicht, um gegenüber der Sowjetunion eine Eindämmungspolitik („Containment“) zu betreiben und einer sowjetischen „Aggression“ in Europa entgegenzuwirken.<sup>47</sup> So hatten die USA bei der Berliner Blockade 1948 fest an der Seite ihres Bündnispartners gestanden und die Rechte der Westmächte in Berlin nach Chruschtschows Ultimatum 1958 gewahrt. Während die USA Adenauers Nicht-Anerkennung der DDR ursprünglich unterstützt hatten, realisierte Kennedy schon bald, dass er diesen Standpunkt aufgeben musste, wenn er die Krise 1961 beenden wollte. In einer Fernsehansprache vom 25. Juli 1961 hatte Kennedy der US-Position noch einmal Nachdruck verliehen und die „Three Essentials“ für Berlin etabliert: 1. die Anwesenheit der USA in West-Berlin, 2. freies Zugangsrecht der USA nach West-Berlin durch das Territorium Ostdeutschlands sowie 3. Gewährleistung der Sicherheit der West-Berliner Bevölkerung und Sicherheit ihres Rechts, eine freie Wahl über ihre „Lebensform“ zu treffen.<sup>48</sup> Kennedy erklärte:

We are [in Berlin] as a result of our victory over Nazi Germany – and our basic rights to be there, deriving from that victory, include both our presence in West Berlin and the enjoyment of access across East Germany. These rights have been repeatedly confirmed and recognized in special agreements with the Soviet Union. Berlin is not a part of East Germany, but a separate territory under the control of the allied powers. Thus our rights there are clear and deep-rooted. But in addition to those rights is our commitment to sustain – and defend, if need be – the opportunity for more than two million people to determine their own future and choose their own way of life.<sup>49</sup>

Bereits auf einer Pressekonferenz am 19. Juli hatte Kennedy diese drei Punkte angesprochen:

Three simple facts are clear:

1. Today there is peace in Berlin, in Germany, and in Europe. If that peace is destroyed by the unilateral actions of the Soviet Union, its leaders will bear a heavy responsibility before world opinion and history.

---

<sup>47</sup> Udo Sautter: *Lexikon der amerikanischen Geschichte*. München: Verlag C.H. Beck, 1997: 97.

<sup>48</sup> Walther Stützle. *Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961-1962* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 96). Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1973: 106.

<sup>49</sup> JFKL - „Radio and Television Report to the American People on the Berlin Crisis“, 25. Juli 1961, <<http://www.jfklibrary.org/Historical+Resources/Archives/Reference+Desk/Speeches/JFK/003POF03BerlinCrisis07251961.htm> > (9.12.2008).

2. The people of West Berlin are free. In that sense it's already a "free city" – free to determine its own leaders and free to enjoy the fundamental human rights reaffirmed in the United Nations Charter.

3. Today the continued presence in West Berlin of the United States, the United Kingdom, and France is by clear legal right, arising from war, acknowledged in many agreements signed by the Soviet Union, and strongly supported by the overwhelming majority of the people of that city. Their freedom is dependent upon the exercise of these rights – an exercise which is thus a political and moral obligation as well as a legal right. Inasmuch as these rights, including the right of access to Berlin, are not held from the Soviet Government, they cannot be ended by any unilateral action of the Soviet Union. They cannot be affected by a so-called "peace treaty," covering only a part of Germany, with a regime of the Soviet Union's own creation – a regime which is not freely representative of all or any part of Germany, and does not enjoy the confidence of the 17 million East Germans. The steady stream of German refugees from East to West is eloquent testimony to this fact.<sup>50</sup>

Obwohl Kennedy bezüglich der „Three Essentials“ hart blieb, muss betont werden, dass sich diese Garantien lediglich auf West-Berlin und nicht auf den Ostteil der Stadt bezogen.<sup>51</sup> Der ultimative Test stand dem Westen allerdings noch bevor: Als die Mauer die Teilung Deutschlands zementierte, rechtfertigte die Sowjetunion den Bau als defensive Maßnahme.<sup>52</sup> Die sowjetischen Ängste vor einem wiedererstarkten Deutschland wurden von der US-Regierung sogar als legitim betrachtet: Bereits im April 1959, ca. ein Jahr nach Chruschtschows erstem Ultimatum und mehr als drei Jahre vor Errichtung der Mauer, erklärte der stellvertretende US-Außenminister Robert Murphy:

[O]ne might take the view – and the Soviets possibly do so – that the recent Soviet moves in Germany have been an attempt to maintain the status quo in the face of Western attempts to change it.<sup>53</sup>

1961 begann der kontinuierliche Exodus von ostdeutschen Flüchtlingen gen Westen der DDR schwer zu schaden: Ende Juli und Anfang August 1961 erreichte er mit 1.500 bis 2.000 Flüchtlingen pro Tag einen neuen Höhepunkt, wobei die meisten Menschen über Berlin flohen. Da die Mehrzahl der Flüchtlinge unter 25 Jahre alt war und zu den Facharbeitern

---

<sup>50</sup> APP - „The President's News Conference of July 19, 1961“, <<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=8246>> (6.12.2008).

<sup>51</sup> Joachim Arenth. *Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise (1958-1962) im Spiegel neuer amerikanischer Quellen* (Europäische Hochschulschriften, 31:217: Politikwissenschaft). Frankfurt am Main: Lang, 1993: 379, 381, 383.

<sup>52</sup> CWIHP - Zubok, Vladislav M. „Khrushchev and the Berlin Crisis (1958-62). Working Paper No. 6“, <<http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/ACFB7D.pdf>> (11.11.2008): 6.

<sup>53</sup> zitiert in Marc Trachtenberg. *History and Strategy*: 192.

oder Akademikern zählte, schien der Zusammenbruch der DDR nur noch eine Frage der Zeit.<sup>54</sup> Das erkannten auch die USA: Interessanterweise hatte die CIA bereits 1957, noch bevor die Krise ausgebrochen und Kennedy Präsident war, über die Möglichkeit nachgedacht, dass die Sowjets West-Berlin abriegeln könnten, um diese Entwicklung zu stoppen.<sup>55</sup> Wie sich herausstellte, war der Westen noch vor Errichtung der Mauer von diesbezüglichen Ahnungen heimgesucht worden, und auch US-Außenminister Dean Rusk sah die Grenzziehung eher als defensiven Akt denn als „play against West Berlin.“<sup>56</sup> Diese Überlegungen zeigen, dass sogar hochrangige US-Regierungsmitglieder die Gründe für den Mauerbau nachvollziehen und sich mit diesem Szenario arrangieren konnten.

Die USA bewegten sich bei ihrer Suche nach einer Einigung mit der UdSSR auf eine De-facto-Anerkennung der DDR zu, und Kennedy distanzierte sich zunehmend von seiner vorherigen Linie bezüglich der deutschen Wiedervereinigung und strebte eine Akzeptanz des Status Quo in Mitteleuropa an. Wie der amerikanische Politologe Marc Trachtenberg bemerkt, war die Sicherung der Freiheit West-Berlins letztlich der einzige Punkt, in dem die Kennedy-Administration hart blieb.<sup>57</sup> Wo die Errichtung der Mauer auf Seiten der westdeutschen Bevölkerung ein Gefühl des Zorns und der Hilflosigkeit auslöste, besonders bei den West-Berlinern, spiegelte die Aussage von US-Außenminister Rusk, dass die Lösung der Berlin-Krise durch den Mauerbau „eher leichter“ geworden sei,<sup>58</sup> die Gedanken der Mehrheit der US-Regierung zu dieser Zeit wider, obwohl einige andere, wie der ehemalige US-Außenminister Dean Acheson, es lieber gesehen hätten, wenn die USA an ihrer alten politischen Linie festgehalten hätten. Doch wie Außenminister Rusk es ausdrückte, sei eine militärische Antwort der USA auf eine sowjetische Politik der kleinen Nadelstiche gegenüber Berlin „not an adequate position [...] when we are considering a nuclear war.“<sup>59</sup> So versuchten die USA denn auch einen Modus Vivendi mit den Sowjets zu finden, selbst wenn dies auf Kosten der deutschen Wiedervereinigung geschehen würde.

---

<sup>54</sup> Joachim Arenth. *Der Westen tut nichts!*: 389.

<sup>55</sup> VII-1. Memorandum for the DDI; Subject: “The Berlin Situation,” 1. November 1957 (MORI: 44001), in Donald P. Steury [Hrsg.] *On the Front Lines of the Cold War. Documents on the Intelligence War in Berlin, 1946 to 1961*. Washington D.C.: CIA History Staff, Center for the Study of Intelligence, 1999: 536f.

<sup>56</sup> Beschluss. *The Crisis Years*: 272.

<sup>57</sup> Trachtenberg: 227.

<sup>58</sup> Rolf Steininger. *Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlin-Krise 1958-1963*. München: Olzog, 2001: 16.

<sup>59</sup> Trachtenberg: 226.

Die Maßnahmen, die Kennedy schließlich in Reaktion auf den Mauerbau traf, waren eher symbolischer Bedeutung: Nachdem die drei Westmächte am 17. August eine offizielle Protestnote in Moskau eingereicht hatten, schickte Kennedy neben einem zusätzlichen Truppenkontingent von ca. 1.500 Mann seinen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson zu einem Kurzbesuch nach Berlin und beorderte General Lucius D. Clay, seit der Luftbrücke 1948 ein Berliner Held, als seinen persönlichen Vertreter in die Stadt. Bereits am 23. Juni 1961 hatte er die sog. Berlin Task Force unter Federführung Foy Kohlers (weitere Mitglieder waren u.a. Paul Nitze, Henry Fowler, Edward R. Murrow und Dean Acheson) eingesetzt, die ihn über die Lage in Berlin auf dem Laufenden halten und Gegenmaßnahmen für etwaige Vorkommnisse in der Stadt ersinnen sollte, damit Washington im Notfall schnell reagieren könnte.<sup>60</sup>

Gegen Ende des Jahres 1961, als Kennedy kaum ein Jahr im Amt war, hatte sich die Position der USA, welche die deutsche Wiedervereinigung stets befürwortet und unterstützt hatten, hin zu einer De-facto-Anerkennung der DDR und der in Europa existierenden Grenzen gewandelt. So bemerkte Kennedy nach dem Bau der Mauer denn auch: „It’s not a very nice solution, but a wall is a hell of a lot better than a war.“<sup>61</sup> Diese Überzeugung hielt Kennedy davon ab, entschlossen gegen die Errichtung der Mauer vorzugehen. Laut Kennedys Pressesprecher Pierre Salinger habe der Präsident jede Erwägung die Mauer einzureißen mit dem Hinweis zurückgewiesen „that the Ulbricht regime probably had the legal right to close off its borders, and no one imagines [...] that we should go to war on this point.“<sup>62</sup> In seinen Memoiren betont auch Paul Nitze, der als Mitglied der Berlin Task Force maßgeblichen Einfluss auf die US-Außenpolitik bezüglich Berlins hatte, was damals für die USA von Bedeutung war: „Allied access to the divided city was our vital concern.“<sup>63</sup>

Öffentlich konnte Kennedy seine Alliierten hingegen nicht fallen lassen. Als er auf einer Pressekonferenz am 11. Oktober 1961 gefragt wurde, ob er entschieden hätte, ohne militärische Gewalt gegen die Berliner Mauer vorzugehen und ob er dieselbe Entscheidung wieder treffen würde, antwortete der Präsident lediglich:

---

<sup>60</sup> vgl. Rolf Steininger. *Der Mauerbau: 271, 275* und Stewart Alsop. „Sterben für Berlin? Die Frontstadt-Planer des Weißen Hauses“, *Der Spiegel* 47, 15. November 1961: 73.

<sup>61</sup> Michael R. Beschloss. *The Crisis Years. Kennedy and Khrushchev, 1960-1963*. New York: HarperCollins, 1991: 278.

<sup>62</sup> Pierre Salinger. *With Kennedy*. Garden City: Doubleday, 1966: 190.

<sup>63</sup> Paul H. Nitze. *From Hiroshima to Glasnost. At the Center of Decision. A Memoir*. New York: Grove Weidenfeld, 1989: 199.

There are many things that happen in Eastern Europe [...] which we consider to be wholly unsatisfactory – the denial of liberties, the denial of political freedom, national independence, and all the rest.<sup>64</sup>

Die eigentliche Frage wollte und konnte Kennedy nicht beantworten – sonst hätte er zugeben müssen, dass die US-Regierung die Mauer als eine Konstruktion akzeptierte, welche die Stabilität und den Frieden in Europa sicherte. Bereits auf einer anderen Pressekonferenz drei Tage vor Mauerbau wurde Kennedy mit der Tatsache konfrontiert, dass einige Regierungsmitglieder ihre Sorge darüber ausgedrückt hatten, dass der anhaltend große Flüchtlingsstrom in den Westen zu einem Gewaltakt führen und die Grenze abgeriegelt werden könnte. Erneut gab Kennedy nur eingeschränkt Antwort:

Of course, we're concerned about the situation in Eastern Germany [...]. There has been a tremendous passage from East to West which, of course, I know is a matter of concern to the Communists, because this tremendous speedup of people leaving the Communist system to come to the West and freedom, of course, is a rather illuminating evidence of the comparative values of free life in an open society, and those in a closed society, under a Communist system.<sup>65</sup>

Erneut vermied er es, auf die durch Berlin verlaufende Grenze einzugehen, nicht nur, weil die Mauer zu diesem Zeitpunkt noch keine Tatsache darstellte, sondern auch, im Zusammenhang mit seinen späteren Aussagen betrachtet, weil er diese Option nicht so sehr ablehnte, wie er öffentlich zugeben konnte. So markierte, zumindest für die USA, der Bau der Berliner Mauer zugleich den Höhepunkt und das absehbare Ende der Krise um Berlin.

### *Eskalation und Konfrontation am Checkpoint Charlie*

Dennoch kam es im Rahmen der Berlin-Krise zu mehreren Situationen, in denen die Ereignisse zu eskalieren drohten. Wie Paul Nitze bemerkt:

[W]e very much wished to avoid a nuclear exchange, [and] it was my opinion that the Soviet Union would wish to avoid one even more fervently. Even so, the risks were great and miscalculation on either side was our greatest potential enemy. To my mind, the Berlin crisis of 1961 was a time of greater danger of nuclear confrontation with the Soviet Union than the Cuban Missile Crisis of 1962.<sup>66</sup>

---

<sup>64</sup> Harold W. Chase und Allen H. Lerman [Hrsg.] *Kennedy and the Press. The News Conferences*. New York: Crowell, 1965: 122.

<sup>65</sup> ebd.: 106.

<sup>66</sup> Paul H. Nitze. *From Hiroshima to Glasnost*: 204f.

Auch Außenminister Dean Rusks Angst vor einem Atomkrieg, die zu seiner Akzeptanz der Mauer als kleinerem Übel führte, offenbart sich in folgender Aussage: „When I go to sleep at night, I try not to think about Berlin.“<sup>67</sup> Die Sorgen einer Reihe hochrangiger Mitglieder der Kennedy-Administration waren in der angespannten Atmosphäre, die der Bau der Berliner Mauer geschaffen hatte, durchaus gerechtfertigt.

Nicht nur die Konfrontation zwischen sowjetischen und amerikanischen Panzern am Checkpoint Charlie am 27. Oktober 1961 verdeutlichte die Gefahr, dass Fehleinschätzungen zu einem Atomkrieg führen könnten. General Lucius D. Clay, während der Berlin-Blockade 1948 Militärgouverneur in Deutschland, hatte ohne Wissen der US-Regierung mit einer gefährlichen Aktion begonnen: Der General hatte eine Reihe von Übungen für den Durchbruch der Mauer („breaching procedures“) durchführen lassen.<sup>68</sup> Der Vorfall war deshalb so gefährlich, weil der sowjetische Militärgeheimdienst von Clays ‚Probetraining‘ erfahren hatte, im Gegensatz zur US-Regierung, die von diesen Entwicklungen nichts wusste.<sup>69</sup>

Nachdem kurze Zeit später einem US-Diplomaten in seinem Privatfahrzeug der Zutritt zum Ostteil der Stadt von ostdeutschen Grenzsoldaten verwehrt wurde, sah Clay dies als Test der Sowjetunion an und schickte weitere US-Beamte in Zivilfahrzeugen zum Grenzübergang, unterstützt durch eine Militäreskorte. Schon bald fuhren US-Panzer am Grenzübergang auf. Die UdSSR reagierte prompt, und so standen sich am 27. Oktober 1961 am Checkpoint Charlie amerikanische und sowjetische Panzer gegenüber. Beide Seiten hatten Anweisungen, im Falle jeglicher Feindseligkeiten das Feuer zu erwidern.<sup>70</sup> Die offensichtliche Eskalation, die Clays Handeln bewirkt hatte, bestätigt die Einschätzung des US-Geheimdienstes, dass im Fall offensichtlicher Kriegsvorbereitungen „great [...] danger of miscalculation“ bestünde.<sup>71</sup>

Allein die Tatsache, dass General Clay ohne Wissen der US-Regierung den Durchbruch der Berliner Mauer ‚übte‘, zeigt, dass Kennedy zeitweise die Kontrolle über sein Krisenmanagement in Berlin verloren hatte. Da die Kennedy-Administration im Gegensatz zu

---

<sup>67</sup> zitiert in Donald P. Steury [Hrsg.] *On the Front Lines of the Cold War*: v.

<sup>68</sup> Nathan. *Anatomy of the Cuban Missile Crisis*: 64f.

<sup>69</sup> Raymond L. Garthoff. „Berlin 1961. The Record Corrected.“ *Foreign Policy* 84, Autumn 1991: 147f.

<sup>70</sup> Nathan. *Anatomy of the Cuban Missile Crisis*: 65.

<sup>71</sup> VII-4. SNIE 2-61: „Soviet and Other Reactions to Various Courses of Action Regarding Berlin“, 13. Juni 1961, in Donald P. Steury [Hrsg.] *On the Front Lines of the Cold War*: 565.

den Sowjets nichts von Clays Manöver wusste, tat sie die sowjetischen Proteste, es handele sich bei dem Panzeraufmarsch um einen defensiven Akt, einfach ab, wie Raymond Garthoff, damals hochrangiger Beamter im US-Geheimdienst, betont. Als US-Panzer auf die Grenze zurollten, sahen die Sowjets dies als Bestätigung dafür, dass die USA kurz davor standen, gegen die Mauer vorzugehen und ergriffen Maßnahmen, um dies zu verhindern.<sup>72</sup> So räumt Garthoff ein: „[A] U.S. breach of the wall would have violated a vital Soviet interest.“<sup>73</sup>

Ebenso interessant wie die neuen Erkenntnisse über die Ursachen der Konfrontation am Checkpoint Charlie sind die über ihre Auflösung: Wie nur Kennedys engste Berater wussten, entschied der Präsident, die Krise mithilfe inoffizieller Kanäle zu entschärfen – eine Praxis, die auch als „back channel diplomacy“<sup>74</sup> bezeichnet wird. Der Bruder des Präsidenten, Robert F. Kennedy, kontaktierte am 27. Oktober 1961 den sowjetischen Botschaftsattaché und KGB-Mitglied Georgi Bolshakov, der Chruschtschow die ultimative US-Forderung nach einem Rückzug der sowjetischen Panzer überbrachte, welcher die Sowjets nachkamen. Robert Kennedy beschrieb besagtes Treffen folgendermaßen:

I got in touch with Bolshakov and said the President would like them to take their tanks out in twenty-four hours. So [Bolshakov] delivered effectively when it was a matter of importance.<sup>75</sup>

Was in Robert Kennedys Bericht über sein Treffen mit Bolshakov jedoch fehlt, ist die Tatsache, dass der sowjetische Rückzug im Kontext einer gegenseitigen Absprache geschah – nachdem der US-Präsident versprochen hatte, dass die amerikanischen Panzer es den sowjetischen gleichtun und sich von der Grenze zurückziehen würden.<sup>76</sup>

So basierte Kennedys Krisenmanagement in Berlin letztlich auf einem politischen Entgegenkommen, einem Quidproquo, welches durch inoffizielle Kanäle zustande kam.

---

<sup>72</sup> Garthoff. „The Record Corrected“: 149-151.

<sup>73</sup> ebd.: 153.

<sup>74</sup> „Back channel diplomacy“ bezeichnet eine Form der Diplomatie, bei der neben den offiziellen weitere Kommunikationskanäle genutzt werden, um sensible politische Themen zu diskutieren; oft wird in diesem Zusammenhang auch von Geheimdiplomatie gesprochen. Anthony Wanis-St. John bezeichnet „back channel diplomacy“ auch als „Schwarzmärkte“ der internationalen Diplomatie (vgl. hierzu Anthony Wanis-St. John. *Back Channel Diplomacy. Implications for Practice and Theory*. International Studies Association, Annual Convention, Hawaii 2005: 3),

<[http://www.allacademic.com/meta/p\\_mla\\_apa\\_research\\_citation/0/6/9/5/1/p69513\\_index.html](http://www.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/0/6/9/5/1/p69513_index.html)>, (25.07.2009).

<sup>75</sup> zitiert in Garthoff: 150.

<sup>76</sup> ebd.: 150, 152.

Diese Lösung erlaubte sowohl Kennedy als auch Chruschtschow, ihre jeweilige Version der Ereignisse zu etablieren: Chruschtschow konnte angesichts eines vermeintlich verhinderten Vorstoßes der USA gegen die Mauer einen sowjetischen Triumph verkünden, während Kennedy weiterhin westliche Stärke propagieren konnte und den Deal, den er mit den Sowjets gemacht hatte, unerwähnt ließ. So begann denn auch das amerikanische *TIME-Magazine* seinen Bericht über die Ereignisse am Checkpoint Charlie mit der Feststellung: „It was the most determined show of U.S. strength since the Berlin crisis began [...].“<sup>77</sup> Dies verdeutlicht denn auch die enge Kontrolle, die Kennedy über die öffentliche Darstellung seiner Handhabung des Vorfalls am Checkpoint Charlie ausübte; es zeigt aber auch die Schwierigkeiten eines Prozedere, in dem er die Mehrheit seiner eigenen Administration umging, um die Deeskalation der Situation herbeizuführen. Die Konfrontation am Checkpoint Charlie ist somit ein perfektes Beispiel für die Funktionsweise von Kennedys Krisenmanagement und dessen positiver öffentlicher Darstellung, wie es auch in der Kuba-Krise zu beobachten sein würde.

Nachdem offensichtlich wurde, dass die Mauer eine politische Realität darstellte und die USA nicht militärisch dagegen vorgehen würden, war die Berlin-Krise praktisch auf Eis gelegt. Der Bau der Mauer führte zu einem geteilten, aber stabilisierten Europa. Wo Stacheldraht rasch durch Stein und Beton ersetzt worden war, nahm der „Eiserne Vorhang“, von dem Churchill bereits 1946 gesprochen hatte, konkrete Formen an und zementierte die Grenze, die den Westen vom Osten trennte und aus West-Berlin eine Enklave innerhalb der DDR machte. Wie Chruschtschow angesichts der Zurückhaltung der USA bemerkte: „Nobody supports West Germany in its desire for reunification.“<sup>78</sup> Der Kalte Krieg in Europa blieb ‚kalt‘.

Kennedy hatte nicht nur eine Deeskalation der Berlin-Krise erreicht und einen möglichen Krieg verhindert, er konnte nach der Konfrontation am 27. Oktober 1961 auch amerikanische Entschlossenheit und Unterstützung für den westdeutschen Bündnispartner

---

<sup>77</sup> „Muscle at Checkpoint Charlie“, *TIME-Magazine*, 3. November 1961, <<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,897878,00.html>>, (6.12.2008).

<sup>78</sup> CWIHP - „Document No. 2: Rough Notes from a Conversation (Gromyko, Khrushchev, and Gomulka) on the International Situation, n.d. [October 1961]“, 1. Oktober 1961, <[http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic\\_id=1409&fuseaction=va2.document&identifier=5034F115-96B6-175C-9517170F2F6D6E1C&sort=Collection&item=Germany%20in%20the%20Cold%20War](http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=va2.document&identifier=5034F115-96B6-175C-9517170F2F6D6E1C&sort=Collection&item=Germany%20in%20the%20Cold%20War)> (17.11.2008).

demonstrieren – einen Bündnispartner, der von der zurückhaltenden Reaktion der USA auf den Mauerbau enttäuscht war.

### *Das Management der Beziehungen zum westdeutschen Bündnispartner*

Ein weiterer wichtiger Teil von Kennedys Krisenmanagement in der Berlin-Krise bestand in Verhandlungen, in denen die USA nicht nur ihre eigenen Interessen vertraten, sondern auch die des westlichen Bündnisses. Dennoch war die Formulierung einer gemeinsamen westlichen Position nicht immer einfach, und dies komplizierte die Beziehungen zur Sowjetunion auf bilateraler Ebene, was eine etwaige Annäherung zwischen beiden Supermächten schwierig machte.

Dennoch konnten Kennedy und Chruschtschow Deutschland bei ihren Bemühungen um Deeskalation nicht ignorieren – ein Deutschland, welches mit zwei Stimmen sprach. Die Tatsache, dass die Bundesrepublik die DDR nicht anerkannte, machte die Lösung der Krise nicht gerade leichter. Tatsächlich fuhr die westdeutsche Regierung oftmals einen viel härteren Kurs und zeigte sich weniger verhandlungsbereit als die USA. Gleichzeitig trieb Adenauer die Westintegration der Bundesrepublik voran (welche für ihn eine deutsche Wiederbewaffnung einschloss, auch in nuklearer Hinsicht), und so geriet das Ziel der Wiedervereinigung zunehmend aus den Augen. Die Sowjets hatten ähnliche Probleme mit Walter Ulbricht, der West-Berlin in die Knie zwingen wollte. Tatsächlich versuchten im Verlauf der Krise sowohl Westdeutschland als auch die DDR, ihre eigenen Interessen durchzusetzen, wenn auch mit wechselhaftem Erfolg. Zumindest zu Beginn schränkte die Bindung der Supermächte an die jeweilige deutsche Regierung ihren politischen Handlungsraum ein und verhinderte so ein Arrangement, das zu einem vorzeitigen Ende der Krise hätte führen können. Wie der deutsche Historiker Rolf Steininger anmerkt, stellten Adenauer und Ulbricht einen unwillkommenen Störfaktor für solch ein Arrangement zwischen Washington und Moskau dar.<sup>79</sup> Für die beiden Supermächte bedeutete dies einen fortwährenden Balanceakt: Wollten sie die Krise wirklich entschärfen, so mussten sowohl die USA als auch die UdSSR ihre Verbündeten in der Bundesrepublik und der DDR zurückhalten, ohne dabei den Eindruck zu erwecken, dass sie sie im Stich ließen.

---

<sup>79</sup> Steininger. *Der Mauerbau*: 365.

Während die USA die deutsche Wiedervereinigung zunächst noch unterstützten und der DDR die Anerkennung verweigerten, musste Kennedy schließlich einsehen, dass jegliche Annäherung oder Einigung mit den Sowjets die Beziehungen zu Adenauer belasten würde. Die Tatsache, dass Adenauer sein politisches Schicksal an das der Bundesrepublik knüpfte, war dabei nicht sonderlich hilfreich und offenbarte das Dilemma, dem Kennedy mit seiner Europapolitik gegenüberstand. Adenauer war dem Westen stärker zugewandt, als man es von einem deutschen Kanzler erwarten konnte. Daher mussten die USA sehr darauf achten, nicht die pro-westliche Politik zu diskreditieren, die Adenauer verkörperte, und so seine politische Position in der Bundesrepublik zu untergraben. Der Kanzler war bereits alt und die USA konnten nicht unbedingt auf einen Nachfolger hoffen, der die US-Politik ebenso wie Adenauer unterstützte. All diese Faktoren verliehen Adenauer bezüglich der Deutschland-Politik der Westmächte „considerable leverage, amounting almost to veto power“.<sup>80</sup>

Während die USA versuchten, mit den Sowjets zu verhandeln und in Betracht zogen, zumindest kleinere Zugeständnisse in einigen Bereichen zu machen, verhinderte Adenauers Härte hingegen jeglichen Fortschritt bei der Suche nach einer Lösung. Der deutsche Kanzler war besorgt, dass eine Übereinkunft zwischen den Sowjets und den Amerikanern auf Kosten der Bundesrepublik Deutschland zustande kommen würde. Dies wurde für die USA bald zu einem Problem, und tatsächlich war Kennedy angesichts der westdeutschen Unbeugsamkeit zunehmend abgeneigt, auf sämtlichen Standpunkten des Bündnispartners zu beharren. So änderte die Kennedy-Administration ihre Position bezüglich der Deutschen Frage, indem sie sich einer De-facto-Anerkennung der DDR annäherte. So kam es, dass Ende 1961 aus der deutschen Wiedervereinigung eine bloße „Idee“ geworden war, welche die USA lediglich per Lippenbekenntnis unterstützten, wie Trachtenberg konstatiert.<sup>81</sup>

Ein *New York Times*-Artikel über das Wiener Gipfeltreffen 1961 hatte bereits auf den Balanceakt der Bündnispolitik hingewiesen:

[John F. Kennedy's] first plunge into personal diplomacy might be interpreted as an attempt to put East-West negotiations on a bilateral basis between himself and Premier Khrushchev, to the exclusion of others. But any such suspicion is promptly

---

<sup>80</sup> Trachtenberg: 178.

<sup>81</sup> ebd.: 227, 233.

and effectively nullified [...] by [Kennedy's] prior consultations with the principal Western leaders [...].<sup>82</sup>

Diese Praxis würde sich im Verlauf der Verhandlungen um den Status Berlins ändern. Die ersten Anzeichen dieser Entwicklung waren nur wenige Tage nach dem Bau der Mauer erkennbar, auf den die USA für viele Westdeutsche viel zu zurückhaltend reagierten. So titelte die deutsche *BILD-Zeitung* am 16. August 1961: „Der Westen tut nichts! – Kennedy schweigt.“<sup>83</sup> Die *Frankfurter Allgemeine* äußerte sich ähnlich und schrieb:

Alle Augen richten sich jetzt auf den Westen. Wenn wir richtig sehen, findet sich der amerikanische Präsident durch die westlichen Bundesgenossen nicht zu sofortigen, im Scheinwerferlicht stehenden Taten ermuntert. Gegenmaßnahmen werden nur angedeutet [oder] zögernd diskutiert.<sup>84</sup>

Die US-Presse berichtete ebenfalls über die Verärgerung der West-Berliner hinsichtlich der Zurückhaltung der USA. So schrieb *TIME-Magazine*:

For three days there was neither retaliation nor official word from Washington [...] as the Vopos worked feverishly to finish their wall. [...] Furious West Berliners massed in front of Willy Brandt's town hall to hear the mayor demand "not merely words but political action" from President John F. Kennedy. [...]

[T]he West has speeded [Ulbricht in his demands for diplomatic recognition of the GDR] by tacit acceptance of Berlins border closure.<sup>85</sup>

Bereits kurz zuvor, am 16. August 1961, hatte der Diplomat Allan Lightner nach Gesprächen mit deutschen Führungspersonlichkeiten inner- und außerhalb der Politik in einem Telegramm der amerikanischen Vertretung in Berlin an das US-Außenministerium die Verunsicherung des westdeutschen Bündnispartners bekräftigt:

[We] are facing a crisis of confidence which endangers quite seriously our position. This is based on the absence of any sharp and definite followup action [... against the Wall]. [...T]his feeling of letdown is the greater because the President's [July 25 TV] speech had evoked such widespread public acceptance as a promise of firmness. [...]

I anticipate Berliners will label our Aug 15 letter of protest belated and tepid. [...]

---

<sup>82</sup> „After Vienna“, *New York Times*, 5. Juni 1961: 30.

<sup>83</sup> „Der Westen tut nichts“, *BILD-Zeitung* 189, 16. August 1961: 1.

<sup>84</sup> zitiert auf „Chronik der Mauer – Bau und Fall der Berliner Mauer“, <<http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/day/16/month/August/year/1961>> (6.12.2008).

<sup>85</sup> „The Wall“, *TIME-Magazine*, 25. August 1961, <<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,895623,00.html>> (6.12.2008).

The point I want to make as strongly as possible is that I am convinced we run the risk of an abrupt and serious worsening of our relationship with the people of Berlin and then with the Federal Republic [of Germany] unless we take some immediate steps to reassure them [...].

What is in danger or being destroyed here is that perishable commodity called hope.<sup>86</sup>

In einem Gespräch zwischen westdeutschen und US-Beamten am 26. August 1961 erwähnte der deutsche Botschafter Wilhelm Grewe darüber hinaus die in Westdeutschland herrschende Verärgerung über Berichte bekannter amerikanischer Kolumnisten:

Ambassador Grewe mentioned that the difficulty in Germany was that prominent American columnists frequently reported what they alleged to be authorized thinking of the U.S. Administration. These added up to a comprehensive catalog of concessions which the U.S. reportedly was prepared to make regarding Berlin, the recognition of the GDR, and European security arrangements. It would be helpful if the Presidential message [...] could provide a basis to fight this kind of speculative reporting [...].

Die Antwort der USA sah folgendermaßen aus:

The Secretary said we would consider this, but he did not believe the U.S. should be forced, in effect, to put forward our negotiating position on the basis of newspaper speculation which could not be based on facts.<sup>87</sup>

Scheinbar fiel es der US-Vertretung schwer, Botschafter Grewe mitzuteilen, dass diese Berichte nicht bloß Spekulationen waren und die Kennedy-Administration tatsächlich eine De-facto-Anerkennung der DDR und andere Zugeständnisse erwägte, um ein Arrangement mit den Sowjets zu erreichen.

Nur anderthalb Monate später sprach *TIME* denn auch von einer Vertrauenskrise („crisis of confidence“<sup>88</sup>) zwischen Westdeutschland und den USA; ein weiterer Artikel führte aus:

Amid the ups and downs of the Berlin crisis, relationships between Bonn and Washington became flawed. U.S. talk about the need for Berlin negotiations led

---

<sup>86</sup> FRUS 1961-63, XIV:114, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/kennedyjf/xiv/15862.htm>> (16.11.2008).

<sup>87</sup> FRUS 1961-63, XIV:130, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/kennedyjf/xiv/15863.htm>> (16.11.2008).

<sup>88</sup> „Crisis of Confidence“, *TIME-Magazine*, 6. Oktober 1961, <<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,827794,00.html>> (6.12.2008).

Adenauer to fear that President Kennedy was prepared to make concessions at German expense.<sup>89</sup>

Die amerikanische Presse beobachtete Kennedys Krisenmanagement also genau; schließlich sah man Berlin als außenpolitische Bewährungsprobe für den jungen Präsidenten.

Trotz amerikanischer Proteste gegen die Mauer stellte diese kein Hindernis für Gespräche zwischen der UdSSR und den USA dar. Im September, als der sowjetische Botschafter in Jugoslawien seinem amerikanischen Pendant George F. Kennan die Idee für eine Lösung der Deutschen Frage antrug und die Anerkennung der ostdeutschen Grenzen und der Existenz zweier deutschen Staaten forderte sowie das Desinteresse der Sowjets an der Bevölkerung West-Berlins bekundete, antwortete Kennan „that this seemed reasonable and could be discussed if the right time and atmosphere were found, but that recent Soviet moves in Berlin made this unlikely.“<sup>90</sup> Dies zeigt, dass die USA zumindest prinzipiell offen für ein solches Angebot der Sowjets waren. Chruschtschow reagierte prompt, indem er Präsident Kennedy eine inoffizielle Botschaft sandte, in der er bekundete:

I would not be loath to establishing some sort of informal contact [...] to find a means of settling the crisis without damaging the prestige of the United States – but on the basis of a German peace treaty and a free city of West Berlin.<sup>91</sup>

Bei einem weiteren Treffen zwischen Präsident Kennedy und Botschafter Grewe am 24. Oktober 1961 in Washington äußerte letzterer sich kritisch zu den amerikanisch-westdeutschen Beziehungen. Ein Bericht über das Treffen hält fest:

Ambassador Grewe [... said ...] that the Federal Government had not been very well satisfied with some of the talks between us. They felt that there had been some change in US policy regarding Germany in recent weeks [, ...] particularly [on] the question of reunification. The United States seemed now to be following another approach on this subject [...].

The President then said he [...] saw no real prospect of achieving reunification in the foreseeable future. [...]

Ambassador Grewe commented that he felt there was no misunderstanding in Germany about the US position. All Germans were satisfied as regards American determination with respect to what we define as the three vital interests. However

---

<sup>89</sup> „We Are Ready“, *TIME-Magazine*, 1. Dezember 1961,

<<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,938789,00.html>> (6.12.2008).

<sup>90</sup> FRUS 1961-63, XIV:137, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/kennedyj/xiv/15863.htm>> (16.11.2008).

<sup>91</sup> FRUS 1961-63, XIV:146, ebd. (16.11.2008).

he would point out that this is a narrow definition which does not include a range of interests which the Germans consider vital to them.<sup>92</sup>

– und die Frage der Anerkennung der DDR war ganz klar eine davon, da Grewe erklärte:

Of course the Germans had realized all during the past ten years that there was little prospect of achieving reunification. However it was essential not to abandon this policy.<sup>93</sup>

Auch amerikanische Zeitungen bemerkten diesen Trend in Kennedys Politik und berichteten darüber:

[T]he Allies had come in for severe criticism in West Germany for taking no actions, other than protests, when the Russians sealed off East Berlin. [...] Thus for the West the problem remains to find a way out of the impasse short of war on the one hand, and a major capitulation to Soviet pressure on the other. The problem has been vastly complicated by the disagreement among the Allies as to how far to go in an approach to the Russians.<sup>94</sup>

Darüber hinaus verkündete der Artikel:

[Soviet Foreign Minister Andrei Gromyko stated that] Premier Khrushchev and President Kennedy may together preside over the turning point in history in which war at last becomes impossible. The statement was interpreted by many Westerners as a new Soviet bid for summit negotiations between Washington and Moscow, rather than a broader conference involving the Allies.<sup>95</sup>

Zudem offenbarten zwei Briefe von Kanzler Adenauer und Präsident de Gaulle an Kennedy die wachsende Kluft zwischen den Alliierten: In den Briefen drängten die beiden europäischen Staatsoberhäupter auf einen festen alliierten Standpunkt und drückten ihre Befürchtungen aus, „that Washington might be planning major concessions.“<sup>96</sup>

Mit den auseinanderdriftenden Positionen Westdeutschlands und der USA und der abnehmenden Bereitschaft beider Seiten, von ihrem jeweiligen Standpunkt abzuweichen, wurde Deeskalation zu einem Kurs, dem sich nur schwer folgen ließ. So konnte Präsident Kennedy, der mehr und mehr Schwierigkeiten hatte, eine geschlossene westliche Position zu repräsentieren, und wusste, dass Chruschtschow jedwede Risse in der Fassade ausnützen

---

<sup>92</sup> FRUS 1961-63, XIV:188, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/kennedyjf/xiv/15865.htm>> (16.11.2008).

<sup>93</sup> ebd.

<sup>94</sup> „War of Nerves“, *New York Times*, 29. Oktober 1961: E1.

<sup>95</sup> ebd.

<sup>96</sup> ebd.

würde, gut mit der Berliner Mauer als Lösung für die Berlin-Krise leben, besonders, wenn die einzig andere Option, die er hatte, ein Krieg war.

So wurde die Mauer zum sichtbarsten Zeichen der Trennlinie, die nicht nur durch Deutschland, sondern auch ganz Europa verlief und erst achtundzwanzig Jahre später fallen sollte. Während die Mauer eine Stabilisierung der Verhältnisse in Europa brachte, war diese Lösung für die Deutschen eine sehr schmerzhaft. Obgleich West-Berlin weiterhin von den USA unterstützt wurde und eine verminderte Gefahr für einen Krieg zwischen Ost und West herrschte, konnte die Festigung des Status Quo in Mitteleuropa nur auf Kosten einer Konsolidierung der deutschen Teilung erreicht werden – der Teilung nicht nur eines Landes, sondern auch eines gesamten Volkes. Und wo die USA das Recht der West-Berliner auf die freie Wahl ihrer Lebensweise garantierten, würden hunderte ostdeutsche Bürger ihr Leben bei Fluchtversuchen dafür lassen, ebenfalls ein Leben in Freiheit führen zu wollen.<sup>97</sup> Doch nur kurz nachdem die Gefahr einer Eskalation der Berlin-Krise gebannt war, würde die Kuba-Krise die Welt erneut an den Rand eines Atomkrieges führen.

### 3.1.2. Die Kuba-Krise 1962

Die Kuba-Krise gilt, wie Boris Loske schreibt, als „Höhe- und Wendepunkt des Kalten Krieges.“<sup>98</sup> Indem sie die Welt im Oktober 1962 an den Rand eines nuklearen Krieges brachte, verdeutlichte sie beiden Supermächten die Risiken eines Krieges im nuklearen Zeitalter und somit auch die Notwendigkeit nuklearer Abrüstung. Hinsichtlich des ‚erfolgreichen‘ Krisen- und Medienmanagements stellt sich jedoch auch „die Frage nach der medialen Inszenierung, beispielsweise anhand der Fernsehansprache von Präsident Kennedy“, wie Loske bemerkt.<sup>99</sup>

---

<sup>97</sup> Zu den Schwierigkeiten einer genauen Bestimmung der Zahl der Maueropfer s. Hans-Hermann Hertle und Gerhard Sälter: „Die Todesopfer an Mauer und Grenze. Probleme einer Bilanz des DDR-Grenzregimes.“ *Deutschland-Archiv* 39:4, 2008: 667-676.

<sup>98</sup> Boris Loske. „Die Kuba-Krise. Erfolgreiches Krisenmanagement oder unwahrscheinliches Glück?“ *Geschichte Lernen* 94: Kalter Krieg, Juli 2003: 34.

<sup>99</sup> ebd.: 37.

In dieser Fernsehansprache vom 22. Oktober 1962, von der Chester Pach schreibt „It was an extremely skillful use of television as a medium of diplomatic communication“,<sup>100</sup> stellte Kennedy der Sowjetunion ein Ultimatum für den sofortigen Abbau aller Offensivwaffen auf Kuba (Waffen, welche die Sowjets als defensiv einstufte<sup>101</sup>) und verkündete seine Entscheidung eine Seeblockade zu verhängen um weitere Waffenlieferungen an Kuba zu verhindern. Kennedy nutzte das Fernsehen somit für sein Krisenmanagement: „By declaring his ultimatum over the airwaves, Kennedy had shown the power of television as a diplomatic weapon.“<sup>102</sup>

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat die Herausgabe neuer Dokumente und Informationen zu einer Neubewertung der Kuba-Krise und Kennedys Krisenmanagement geführt: Dieser Prozess erlaubte Historikern, die Krise in einem neuen Licht zu sehen, und ließ die Gefahren der Eskalation aufgrund von Fehleinschätzungen und -urteilen in das Zentrum ihrer Analyse rücken. Im Zuge dieser Entwicklung wurde auch Präsident Kennedys Handhabung der Krise einem Revisionsprozess unterzogen: Wurde die Krise zunächst noch als seine „finest hour“ beschrieben, erhielt der Präsident später eine kritischere Bewertung, wo Vorwürfe bezüglich „brinkmanship“, also einer Politik am Rande des Abgrunds, das andere Extrem darstellten.<sup>103</sup>

Tatsächlich gibt es eine Vielzahl von Beispielen für Informations- und Kommunikationsdefizite, welche im Verlauf der Krise zu gefährlichen Fehleinschätzungen führten. Neben dem Abschuss eines U2-Überwachungsflugzeuges auf dem Höhepunkt der Krise gab es auch eine Reihe anderer Zwischenfälle, die den Konflikt zu eskalieren lassen drohten – eine Eskalation, die desaströse Folgen gehabt hätte, denn eine Fehlkalkulation der USA wog damals besonders schwer: Obwohl die Kennedy-Administration von der Installation

---

<sup>100</sup> Chester Pach. „TV News and the Early Cold War“, *Encyclopedia of the American Foreign Relations*, <<http://www.americanforeignrelations.com/O-W/Television-Tv-news-and-the-early-cold-war.html>> (25.07.2009).

<sup>101</sup> So schrieb Chruschtschow in einem Telegramm an Kennedy vom 26. Oktober 1962: „All the means located there, and I assure you of this, have a defensive character, are on Cuba solely for the purposes of defense, and we have sent them to Cuba at the request of the Cuban Government.“ (s. FRUS 1961-63, XI:84, <[http://www.state.gov/www/about\\_state/history/frusXI/76\\_100.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/frusXI/76_100.html)>, 11.11.2008).

<sup>102</sup> „John F. Kennedy“, *PBS: American Experience – The Presidents*, <[http://www.pbs.org/wgbh/amex/presidents/35\\_kennedy/printable.html](http://www.pbs.org/wgbh/amex/presidents/35_kennedy/printable.html)> (25.07.2009).

<sup>103</sup> Ein guter Überblick findet sich bei William J. Medland. „The Cuban Missile Crisis: Evolving Historical Perspectives.“ *The History Teacher* 23:4, August 1990: 433-447.

sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba wusste, glaubte sie nicht, dass diese bereits einsatzbereit waren.<sup>104</sup>

Auch wusste die Regierung nichts von den taktischen Atomstreitwaffen auf der Insel, bei denen es sich um sowjetische Luna-Raketen handelte, deren Nutzung General Issa Plijew, dem Oberbefehlshaber der russischen Landstreitkräfte auf Kuba, im Falle einer US-Invasion gestattet war, sollte es unmöglich sein, Instruktionen vom Verteidigungsministerium der UdSSR zu erhalten.<sup>105</sup> Demnach war die Einschätzung der Lage auf Kuba seitens der Kennedy-Administration falsch, denn die Sowjets wären tatsächlich in der Lage gewesen, noch vor Inkrafttreten der Seeblockade einen nuklearen Schlag auszuführen.<sup>106</sup>

### *Die Entdeckung der Raketenbasen, die Einberufung von ExComm und Kennedys Fernsehansprache*

Als am 16. Oktober 1962 ein CIA-Bericht zum ersten Mal die fortschreitende Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen erwähnte<sup>107</sup> und die Kennedy-Regierung durch die Fotos eines US-Aufklärungsflugzeuges mit der Realität sowjetischer Raketen im eigenen ‚Hinterhof‘ konfrontiert wurde, war sie gezwungen, schnell zu handeln. So ließ Kennedy eine Nachrichtensperre verhängen, täuschte eine Erkältung vor und begann unter strenger Geheimhaltung zusammen mit seinem Krisenstab (der am 22. Oktober mithilfe des *National Security Action Memorandum 196* offiziell als Exekutivkomitee des Nationalen Sicherheitsrates, kurz ExComm, ins Leben gerufen wurde<sup>108</sup>) mit der Beratung über mögliche Reaktionen auf diese Provokation der Sowjets.<sup>109</sup> Innerhalb des Krisenstabs bestand große Uneinigkeit darüber, wie nun weiter vorzugehen sei, da die Mitglieder von ExComm unterschiedlicher Meinung waren, was Zweck und Ziel einer möglichen US-Antwort sein

---

<sup>104</sup> s. McNamaras Kommentar in May und Zelikow [Hrsg.] *The Kennedy Tapes*: 57.

<sup>105</sup> NSArchive – „USSR, draft directive, Directive to the Commander of Soviet Forces in Cuba on transfer of Il-28s and Luna Missiles, and Authority on Use of Tactical Nuclear Weapons, September 8, 1962“, <[http://www.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba\\_mis\\_cri/620908%20Memorandum%20from%20Malinovsky.pdf](http://www.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba_mis_cri/620908%20Memorandum%20from%20Malinovsky.pdf)> (11.11.2008).

<sup>106</sup> Paul Boyer, Clifford E. Clark und Sandra McNair Hawley. *The Enduring Vision*: Concise Third Edition. Boston: Houghton Mifflin, 1998: 664.

<sup>107</sup> Mary S. McAuliffe [Hrsg.] *CIA Documents on the Cuban Missile Crisis 1962*. Washington D.C.: United States, Central Intelligence Agency, 1992: 140.

<sup>108</sup> Zu den Mitgliedern von ExComm s. Tabelle Krisenstäbe (Anhang).

<sup>109</sup> Kern et al. *The Kennedy Crises*: 123f.

sollten; des Weiteren herrschte Uneinigkeit darüber, wie die Sowjets auf mögliche Antworten reagieren würden.

Die Pläne reichten von Luftangriffen (entweder präzise Ausradierung der Raketenstellungen oder ein ausgedehnter Angriff, der auch SAM-Raketenstellungen und Flugplätze mit einschloss) und einer Seeblockade über eine Kombination dieser Möglichkeiten bis hin zu einer Invasion Kubas.<sup>110</sup> Letztere sollte von Flächenbombardements unterstützt werden, welche die Eliminierung der Raketen gewährleisten sollten. Allerdings barg jede dieser Möglichkeiten ihre eigenen Risiken: Luftangriffe würden vielleicht nicht mit erwünschter Präzision ausgeführt werden können und eine vollständige Vernichtung der Basen unmöglich machen, was den Sowjets die Möglichkeit gäbe, mit den verbliebenen Raketen zu reagieren. Des Weiteren könnte sich die Sowjetunion zur Zerstörung amerikanischer Raketenbasen in der Türkei entschließen. Eine Invasion würde vermutlich wenig internationale Unterstützung bringen und zudem einer Kriegserklärung nicht nur Kuba, sondern auch der Sowjetunion gegenüber gleichkommen. Darüber hinaus liefen die USA Gefahr, dass ein militärisches Vorgehen einen Angriff auf Berlin nach sich ziehen und diesen Krisenherd erneut aufflammen lassen würde. Dasselbe Argument galt für eine Blockade.<sup>111</sup>

Nachdem Kennedy zunächst auf schnellem Handeln bestand und für Luftangriffe plädierte, überzeugte ihn der amerikanische UN-Botschafter Adlai Stevenson schließlich davon, dass man zuerst alle Möglichkeiten einer friedlichen Lösung ausschöpfen müsse. ExComm diskutierte alle Optionen; man musste einen Weg finden, Chruschtschow unter Druck zu setzen ohne einen Krieg zu riskieren. Eine Blockade und eingeschränkte Luftangriffe wurden debattiert.<sup>112</sup> Schließlich wurden zwei Gruppen gebildet, die je einen der beiden Vorschläge ausarbeiten und präsentieren sollten. Letztendlich sah man, zumindest vorübergehend, von Luftangriffen ab und entschied sich für die Seeblockade: So würde man weitere Waffenlieferungen an Kuba verhindern, eine Kriegserklärung umgehen und Chruschtschow dennoch ein Ultimatum präsentieren.<sup>113</sup> Des Weiteren versuchte man, den Weg über die Vereinten Nationen zu gehen.

---

<sup>110</sup>Keith Eubank. *The Missile Crisis in Cuba*. Malabar: Krieger Publishing, 2000: 38.

<sup>111</sup> ebd.: 45, 47f.

<sup>112</sup> ebd.: 38f.

<sup>113</sup> ebd.: 45f.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass Rusk bei der Vorbereitung von Kennedys Fernsehansprache den Vorschlag anbrachte, die Seeblockade als „Quarantäne“ zu bezeichnen, um Vergleiche mit der Berlin-Blockade der Sowjetunion zu umgehen.<sup>114</sup> Insofern informierte der Präsident die Öffentlichkeit am 22. Oktober 1962 in folgendem Wortlaut über die fortschreitende Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba:

Within the past week, unmistakable evidence has established the fact that a series of offensive missile sites is now in preparation on [Cuba]. The purpose of these bases can be none other than to provide a nuclear strike capability against the Western Hemisphere. [...]

This urgent transformation of Cuba into an important strategic base [...] constitutes an explicit threat to the peace and security of all the Americas [...].

[T]his sudden, clandestine decision to station strategic weapons for the first time outside of Soviet soil [...] is a deliberately provocative and unjustified change in the status quo which cannot be accepted by this country [...].

Acting, therefore, in the defense of our own security and of the entire Western Hemisphere [...] I have directed that the following initial steps be taken immediately:

First: To halt this offensive buildup, a strict quarantine on all offensive military equipment under shipment to Cuba is being initiated. [...]

Second: I have directed the continued and increased close surveillance of Cuba and its military buildup. [...]

Third: It shall be the policy of this Nation to regard any nuclear missile launched from Cuba against any nation in the Western Hemisphere as an attack by the Soviet Union on the United States, requiring a full retaliatory response upon the Soviet Union. [...]

[F]inally: I call upon Chairman Khrushchev to halt and eliminate this clandestine, reckless and provocative threat to world peace and to stable relations between our two nations. [...]<sup>115</sup>

Mit der Fernsehansprache setzte Kennedy Chruschtschow ein öffentliches Ultimatum und zwang ihn so in die Defensive. Derweil offenbart ein Blick auf die ExComm-Diskussionen zum Höhepunkt der Krise die größte Befürchtung des Krisenstabs nach Kennedys Ansprache:

[T]he gravest risk in this crisis was not that either head of government desired to initiate a major escalation but that events would produce actions, reactions or

---

<sup>114</sup> ebd.: 49.

<sup>115</sup> APP - „Radio and Television Report to the American People on the Soviet Arms Buildup in Cuba“, 22. Oktober 1962, <<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=8986&st=&st1=>> (22.12.2008).

miscalculations carrying the conflict beyond the control of one or the other or both.<sup>116</sup>

Wie sich herausstellte, war diese Angst durchaus gerechtfertigt, lag doch der friedliche Ausgang der Krise zeitweise nicht mehr in den Händen Kennedys oder Chruschtschows.

Während ExComm sich vorwiegend den Kopf darüber zerbrach, ob Chruschtschow die Situation noch unter Kontrolle hatte (McGeorge Bundy, der als Nationaler Sicherheitsberater ebenfalls Mitglied von ExComm war, zeigte sich am 28. Oktober beispielsweise überzeugt „there must have been an overruling in Moscow“<sup>117</sup>), übersah der Krisenstab dabei oft, dass die eigene Strategie der „manipulation of risk“<sup>118</sup>, wie der amerikanische Politologe Trachtenberg sie nennt, einige der gefährlichsten Momente in der Krise heraufbeschwor. Die Entscheidung der Kennedy-Regierung, „kontrollierte Eskalation“<sup>119</sup> als Strategie zu nutzen, um den Einsatz zu erhöhen und die Sowjets mit der Aussicht auf einen nuklearen Krieg einzuschüchtern, barg die Gefahr, dass der Konflikt eine fatale Eigendynamik entwickelte und außer Kontrolle geriet.<sup>120</sup> So bemerkt auch der Historiker James G. Hershberg:

In leading the world to near-catastrophe, both Khrushchev and Kennedy [...] made choices that in retrospect appear reckless, irresponsible, disproportionate, and lacking thoughtful analysis.<sup>121</sup>

Doch eine Eskalation musste nicht zwangsläufig das Resultat des Verhaltens beider Regierungen sein: Wie Graham T. Allison und Philip D. Zelikow in „Essence of Decision“<sup>122</sup> betonen, ist das Modell, welches Staatsmänner als rationale Akteure betrachtet, für die Komplexität einer Krise wie der im Oktober 1962 unzureichend. Neben den beiden Staatsoberhäuptern konnten ebenso andere Regierungsmitglieder sowie das Militär und weitere Verantwortliche in der Kommandokette einen schicksalsschweren Fehler begehen,

---

<sup>116</sup> zitiert in Trachtenberg: 239.

<sup>117</sup> May und Zelikow [Hrsg.] *The Kennedy Tapes*: 509.

<sup>118</sup> Trachtenberg: 237.

<sup>119</sup> Bernd Greiner. *Politik am Rande des Abgrunds? Die Außen- und Militärpolitik der USA im Kalten Krieg*. Heilbronn: Distel Verlag, 1986: 91.

<sup>120</sup> ebd.

<sup>121</sup> James G. Hershberg. *The Crisis Years, 1958-1963*, in Odd Arne Westad [Hrsg.] *Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory*. Portland: Frank Cass, 2000: 311.

<sup>122</sup> Graham T. Allison und Philip D. Zelikow. *Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis*. Boston: Little, Brown, 1971.

welcher in letzter Konsequenz einen nuklearen Krieg entfachen könnte – eine Aussicht, die der Realität während der Kuba-Krise erschreckend nahe kam.

### *Gefährliche Zwischenfälle und Eskalation der Kuba-Krise*

Während der Kuba-Krise wurden sowohl Kennedy als auch Chruschtschow mit einer Reihe von Zwischenfällen konfrontiert, welche oftmals aus Informations- und Kommunikationsdefiziten resultierten und zu gefährlichen Fehleinschätzungen und -urteilen führten. Tatsächlich gibt es verschiedene Beispiele, die zeigen, dass beide Staatsmänner die Eigendynamik unterschätzten, die ihre riskante Strategie entwickeln konnte.

Die Weiterführung von Operation Mongoose war nur eine dieser Gefahren. Bereits im November 1961 hatte Kennedy diese Geheimoperation bewilligt, welche subversive Aktivitäten und Sabotage auf Kuba mit dem Ziel unterstützte „to encourage the Cuban people to take Cuba away from Castro and to set up a proper form of government.“<sup>123</sup> So bemerkte ein internes CIA-Memorandum im Januar 1962:

[A] solution to the Cuban problem today carries [the] top priority in the United States Government – all else is secondary – no time, money, effort, or manpower is to be spared.<sup>124</sup>

Um das Castro-Regime zu stürzen, hatte der Planungsstab um General Landsdale einen lockeren Zeitplan für Operation Mongoose ausgearbeitet: „It aims for a revolt which can take place in Cuba by October 1962.“<sup>125</sup> Das zeitliche Zusammenfallen mit der Kuba-Krise verlieh Kennedys Statement zu Beginn des Jahres, „the final chapter on Cuba has not been written“,<sup>126</sup> eine ungewollte Ironie, erfüllte sich seine Prophezeiung doch auf unerwartete Art und Weise. Darüber hinaus verleihen die Geheimpläne nach der gescheiterten Invasion der Schweinebucht 1961 Chruschtschows Behauptung, die Errichtung der Raketenbasen geschehe zum Schutze Kubas, eine gewisse Glaubwürdigkeit.<sup>127</sup>

---

<sup>123</sup> Mary S. McAuliffe [Hrsg.] *CIA Documents on the Cuban Missile Crisis 1962*: 319.

<sup>124</sup> FRUS 1961-63, X:292, <[http://www.state.gov/www/about\\_state/history/frusX/286\\_300.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/frusX/286_300.html)> (11.11.2008).

<sup>125</sup> FRUS 1961-63, X:304, <[http://www.state.gov/www/about\\_state/history/frusX/301\\_315.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/frusX/301_315.html)> (11.11.2008).

<sup>126</sup> FRUS 1961-63, X:292, <[http://www.state.gov/www/about\\_state/history/frusX/286\\_300.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/frusX/286_300.html)> (11.11.2008).

<sup>127</sup> vgl. FRUS 1961-63, XI:84, <[http://www.state.gov/www/about\\_state/history/frusXI/76\\_100.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/frusXI/76_100.html)> (11.11.2008).

Während der Fortführung von Operation Mongoose drohte auch ein Kommunikationsmangel zwischen der CIA und General Landsdale zu einer Eskalation der Krise zu führen. Ein CIA-Memorandum vom 25. Oktober 1962 warnte:

Landsdale feels badly cut out of the picture and appears to be seeking to reconstitute the MONGOOSE Special Group operations during this period of impending crisis [...]. Landsdale's organization and the MONGOOSE concept of clearing actions through [the] Special Group is an impossible procedure under current circumstances. [... If] we are to have military operations in Cuba, and even now during this doubtful period of heavy military involvement in planning for such operations, the direct CIA-JCS coordinated liaison and control must be effected.<sup>128</sup>

Dies verdeutlicht, dass die Kennedy-Administration nicht die volle Kontrolle über verdeckte Aktionen auf Kuba besaß. Obwohl sich die Aktionen angesichts der Entdeckung der Raketen lediglich auf „intelligence collection and the establishment of intelligence assets in place“<sup>129</sup> beschränkten, wurde Operation Mongoose weitergeführt – Kennedys Wunsch Castro zu stürzen schien größer als seine Angst vor einem Atomkrieg.

Die beiden Zwischenfälle rund um die U2-Überwachungsflugzeuge am 27. Oktober 1962, dem Tag, der als „Black Saturday“ in die Annalen der Geschichte eingehen sollte, zählen wohl zu den gefährlichsten Momenten der Krise. Zu diesem Zeitpunkt war die Situation auf Kuba sehr angespannt, da dort mit einer baldigen US-Invasion gerechnet wurde. Castro hatte den Befehl gegeben, das Feuer auf jedes feindliche Flugzeug im kubanischen Luftraum zu eröffnen (obwohl Justizminister Robert Kennedy den sowjetischen Botschafter Dobrynin noch kurz zuvor gewarnt hatte, die Zerstörung eines Flugzeuges würde zu Luftangriffen führen, wahrscheinlich gefolgt von einer Invasion<sup>130</sup>). So meldeten die Piloten mehrerer Flugzeuge, sie seien auf Gegenwehr gestoßen.<sup>131</sup> Unterdessen hielten die sowjetischen Truppen auf Kuba den Einsatz der Flugabwehr für ein Zeichen, dass die USA eine Invasion vorbereiteten. Als eine SAM-Raketenstellung ein weiteres U2-Flugzeug auf seinem Radar erfasste, bat der zuständige Kommandeur seinen Vorgesetzten um den Befehl zu feuern. Da

---

<sup>128</sup> McAuliffe [Hrsg.] *CIA Documents on the Cuban Missile Crisis 1962*: 311f.

<sup>129</sup> ebd.: 312.

<sup>130</sup> Daniel Ellsberg. „The Day Castro Almost Started World War III“, *New York Times*, 31. Oktober 1987: 27.

<sup>131</sup> May und Zelikow [Hrsg.] *The Kennedy Tapes*: 520.

dieser sich allerdings nicht im Hauptquartier befand, gab dessen Vertreter schließlich den Feuerbefehl.<sup>132</sup>

Dies ist ein treffendes Beispiel dafür, wie Kommunikationsprobleme auch innerhalb der sowjetischen Kommandokette zu einer Eskalation der Krise zu führen drohten. Chruschtschow wusste lange Zeit nicht einmal, ob die Kubaner oder die Sowjets selbst das Aufklärungsflugzeug abgeschossen hatten (tatsächlich schob er die Schuld zunächst auf Castro), bis ihn ein Telegramm seines Verteidigungsministers Malinowski mit folgendem Lagebericht erreichte:

[A] U-2 aircraft entered the territory of Cuba [...] with the objective of photographing the combat disposition of troops [...]. With the aim of not permitting the photographs to fall into U.S. hands, [...] this aircraft was shot down by two anti-aircraft missiles of the 507th Anti-aircraft Missile Regiment [...]. On the same day there were [eight] violations of Cuban airspace by U.S. aircraft.<sup>133</sup>

Der Abschuss von Major Rudolph Andersons Aufklärungsflugzeug alarmierte nicht nur die Kennedy-Administration, sondern auch Chruschtschow, welcher nun mit einem US-Vergeltungsschlag in Form eines Luftangriffs oder einer Invasion Kubas rechnen musste – wobei beide Optionen mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem Krieg geführt hätten. Der Abschuss dieses Flugzeugs stellte sicherlich eines der dunkelsten Kapitel in der Kuba-Krise dar, schien er doch die Forderungen jener ExComm-Mitglieder zu rechtfertigen, die auf einen Militärschlag drängten. Der Druck auf Präsident Kennedy wuchs. So forderten die *Joint Chiefs of Staff* (JCS) einen Luftangriff auf die SAM-Raketenstellung, die für den U2-Abschuss verantwortlich war, und empfahlen weitere Luftangriffe, gefolgt von einer Invasion zu Beginn der folgenden Woche.<sup>134</sup> US-Verteidigungsminister Robert McNamara stellte angesichts dieses Zwischenfalls fest: „[I]t simply indicates that there’s been quite a change in the character of the orders given to the Cuban defenders.“<sup>135</sup> CIA-Direktor John McCone’s Statement, dass, sollte die momentane Lage andauern, die USA die SAM-Raketenstellungen auslöschen müssten, wurde von weiteren Stimmen unterstützt, die sich für einen Vergeltungsschlag aussprachen. Kennedy schien über eine adäquate Antwort auf diese

---

<sup>132</sup> Eubank: 77f.

<sup>133</sup> CWIHP - „Memorandum from S. P. Ivanov and R. Malinovsky to N. S. Khrushchev, 28 October 1962“, <[http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic\\_id=1409&fuseaction=va2.document&identifier=5034DA41-96B6-175C-960D1BBCD72FA8B7&sort=Collection&item=Cuban%20Missile%20Crisis](http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=va2.document&identifier=5034DA41-96B6-175C-960D1BBCD72FA8B7&sort=Collection&item=Cuban%20Missile%20Crisis)> (11.11.2008).

<sup>134</sup> FRUS 1961-63, XI:94, <[http://www.state.gov/www/about\\_state/history/frusXI/76\\_100.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/frusXI/76_100.html)> (11.11.2008).

<sup>135</sup> May und Zelikow [Hrsg.] *The Kennedy Tapes*: 528.

Entwicklungen nachzudenken, als er die Frage aufwarf: „[T]his is much of an escalation by them, isn't it?“<sup>136</sup> Ebenso wie die Sowjets war auch die Kennedy-Regierung zu diesem Zeitpunkt nicht einmal sicher, ob die Kubaner oder die Sowjets das Aufklärungsflugzeug abgeschossen hatten. U. Alexis Johnson, ebenfalls Mitglied von ExComm, bemerkte hierzu:

It's a very different thing. You could have an undisciplined antiaircraft, Cuban antiaircraft outfit, fire. But to have a SAM site, with a Russian crew, fire is not an accident.<sup>137</sup>

Angesichts der Tatsache, dass niemand in Kennedys Krisenstab von den nuklearen Sprengköpfen und Bomben auf Kuba wusste,<sup>138</sup> hätte jede andere als die letztlich von den USA getroffene Entscheidung fatale Konsequenzen gehabt. Doch die US-Regierung entschied schließlich, keine Vergeltung zu üben und strebte stattdessen eine diplomatische Lösung der Krise an.

Ein früherer Zwischenfall hätte allerdings ebenso zu einer Kriegserklärung beider Supermächte führen können: Am frühen Nachmittag des „Black Saturday“ erreichte die Kennedy-Administration die Nachricht, dass sich ein U2-Flugzeug, welches sich auf einem Routineflug von Alaska zum Nordpol befand, aus Versehen in sowjetischen Luftraum verirrt hatte. Ein US-Beamter berichtete:

[A] flight engaged in routine air-sampling operations [...] had an instrument failure that caused it to go off course. Ground stations tried to recall the aircraft to its course but did not succeed in time to prevent its overflying a portion of the Soviet Union.<sup>139</sup>

Nachdem die Sowjets das Flugzeug entdeckt hatten, ließen sie MIG-Kampfflugzeuge aufsteigen, woraufhin die USA sofort nuklear bewaffnete Abfangjäger losschickten, um das Flugzeug, dem der Treibstoff ausgegangen war, zu retten und die sowjetischen Kampfflugzeuge daran zu hindern, in den amerikanischen Luftraum vorzudringen. Die Rettungsmission glückte und eine Katastrophe wurde so im letzten Moment verhindert. Selbst Kennedys Bemerkung „There is always some son-of-a-bitch who doesn't get the word“<sup>140</sup> konnte nicht die generelle Erleichterung darüber verbergen, dass die Sowjetunion lediglich mit Protest auf diesen Vorfall reagierte. Kennedys Berater Roger Hilsman bemerkte

---

<sup>136</sup> ebd.: 571f.

<sup>137</sup> ebd.: 575f.

<sup>138</sup> Eubank: 81.

<sup>139</sup> May und Zelikow [Hrsg.] *The Kennedy Tapes*: 527.

<sup>140</sup> Eubank: 80.

dazu rückblickend: „It was just this sort of invitation to miscalculation that Kennedy’s detailed instructions had been designed to prevent.“<sup>141</sup> US-Verteidigungsminister McNamara, der das Eintreffen der Nachricht über das verirrte Flugzeug entsetzt mit der Feststellung „This means war with the Soviet Union!“<sup>142</sup> kommentiert hatte, ließ sofort alle weiteren Aufklärungsflüge einstellen. Die Tatsache, dass daran nicht schon früher gedacht worden war, zeigt auch, dass die Kennedy-Administration diese Gefahr bis dahin unterschätzt hatte. Auch Michael Dobbs konstatiert hinsichtlich der Gefahr dieses Zwischenfalls:

[Kennedy] was discovering the limits of presidential power. It was impossible for a commander in chief to know everything that was being done in his name. [...] The military machinery operated according to its own internal logic and momentum.<sup>143</sup>

Dieser Vorfall wurde auch als „Strangelove incident“ bekannt, in Anlehnung an den Film „Dr. Strangelove“, in dem ein amerikanischer Bomber aufgrund eines Defekts in seinem Kommunikationssystem eine Atombombe auf die Sowjetunion abwirft, was schließlich zur Zerstörung der Welt durch einen Atomkrieg führt.<sup>144</sup> Wie nahe Film und Wirklichkeit sich hier kamen, lässt sich auch anhand einer späteren Bemerkung Chruschtschows zu diesem Zwischenfall nachvollziehen, als er die Frage aufwarf: „Is it not a fact that an intruding American plane could easily be taken for a nuclear bomber, which might push us to a fateful step...?“<sup>145</sup>

Allerdings sorgten nicht nur die Vorkommnisse im Luftraum an diesem Tag für Aufregung. Nachdem die USA eine Seeblockade angekündigt hatten, erwarteten beide Supermächte eine Konfrontation auf hoher See: Im Verlauf der von Chruschtschow eingeleiteten Operation „Anadyr“, welche die geheime Installation sowjetischer Raketen auf Kuba vorsah, hatte die UdSSR mehrere Schiffe Richtung Kuba geschickt, zunächst die *Indigirka*, die mit 18 taktischen und 45 strategischen Atomwaffen sowie 36 atomaren Cruise-Missile-Sprengköpfen bestückt war. Begleitend sandte Chruschtschow vier U-Boote des Typs Foxtrot mit Torpedos, die ebenfalls mit Atomsprengköpfen bestückt waren. Darüber hinaus sandte die Sowjetunion weitere Schiffe mit nuklearer Fracht: Die *Aleksandrovsk* brachte 24

---

<sup>141</sup> Roger Hilsman. *The Cuban Missile Crisis. The Struggle over Policy*. Westport: Praeger, 1996: 125f.

<sup>142</sup> Eubank: 79f.

<sup>143</sup> Dobbs. *One Minute to Midnight*: 270.

<sup>144</sup> Roger Hilsman. *The Cuban Missile Crisis*: 133.

<sup>145</sup> zitiert in Hilsman: 125f.

Atomsprengeköpfe nach Kuba sowie 44 weitere Sprengköpfe für die Cruise Missiles. Trotz der von Kennedy am 22. Oktober 1962 verkündeten Blockade nahmen neben der *Aleksandrovsk* vier weitere Schiffe Kurs auf Kuba: Die *Almeteevsk*, die *Nicolaeev*, die *Dubna* und die *Divnogorsk*, alle mit Mittelstreckenraketen des Typs R-14 an Bord.<sup>146</sup>

Obwohl Chruschtschows geheime Mission entdeckt worden war und er die USA nicht mehr vor vollendete Tatsachen stellen konnte, hoffte er dennoch, so viele Raketen wie möglich einsatzbereit zu haben, um Kennedy gegenüber in einer starken Verhandlungsposition zu sein. Die *Aleksandrovsk* wurde umgeleitet; anstatt im Hafen von Mariel sollte sie nun in La Isabela anlegen. Nur wenige Stunden vor Inkrafttreten der Seeblockade am 24. Oktober erreichte das Schiff sein Ziel. Die anderen Schiffe hielten zunächst Kurs.<sup>147</sup> ExComm erreichte am selbigen Tag die Nachricht, dass zwei sowjetische Schiffe sich dem Blockadering näherten und zwei U-Boote zwischen ihnen in Position gegangen waren. Verteidigungsminister McNamara kündigte daraufhin an, dass die U-Boote zunächst gewarnt und dann zum Auftauchen gezwungen würden. Nach Minuten angespannten Wartens traf schließlich die Nachricht ein, dass insgesamt sechs Schiffe ihre Fahrt entweder gestoppt oder umgekehrt hatten. Chruschtschow hatte beschlossen, die USA nicht weiter zu testen und die mit Waffen beladenen Schiffe umkehren lassen.<sup>148</sup>

Michael Dobbs bemerkt, dass die Konfrontation auf hoher See, welche vor allem aufgrund von Dean Rusks Kommentar „We’re eyeball to eyeball, and the other fellow just blinked“<sup>149</sup> als Wendepunkt der Krise bekannt wurde, einen weiteren Geschichtsmythos der Kuba-Krise darstellt: So drehten die sowjetischen Schiffe bereits früh, bevor sie den Blockadering erreichen konnten, ab – doch es dauerte, bis das Ortungssystem des US-Militärs dies feststellte. Die reale Gefahr ging laut Dobbs eher von den sowjetischen Foxtrot U-Booten aus:

The truth is that Khrushchev had “blinked” on the first night of the crisis – but it took nearly thirty hours for the blink to become visible to decision makers in Washington. The real danger came not from the missile-carrying ships, which were all headed back

---

<sup>146</sup> Aleksandr Fursenko und Timothy Naftali. *“One Hell of a Gamble.” Khrushchev, Castro, and Kennedy, 1958-1964*. New York: Norton, 1997: 213, 247.

<sup>147</sup> ebd.: 254f.

<sup>148</sup> Eubank: 65.

<sup>149</sup> zitiert in Dobbs. *One Minute to Midnight*: 88.

to the Soviet Union by now, but from the four Foxtrot-class submarines still lurking in the western Atlantic.<sup>150</sup>

Dennoch, so betont Dobbs, wurde besagte als Höhepunkt der Krise geschilderte Konfrontation amerikanischer und sowjetischer Schiffe am Blockadering von der Kennedy-Regierung instrumentalisiert bzw. dramatisiert und von späteren Werken teilweise unkritisch übernommen:

The “eyeball to eyeball” imagery served the political interests of the Kennedy brothers, emphasizing their courage and coolness at a decisive moment in history. [...] The myth was fed by popular books and movies like *Thirteen Days* and supposedly authoritative works like *Essence of Decision* and *One Hell of a Gamble*.<sup>151</sup>

Weiter erklärt Dobbs:

[T]he imagery [of the “eyeball to eyeball” incident] was easily understandable by journalists, historians, and political scientists, and lent itself naturally to dramatic re-creation. It became a staple part of the popular understanding of the missile crisis.<sup>152</sup>

Unterdessen reagierte nicht nur das US-Militär nervös. Bis heute gilt die Kuba-Krise als größte und gefährlichste Konfrontation des Kalten Krieges zwischen beiden Supermächten. Kuba hingegen, oftmals lediglich als Schauplatz der Ereignisse abgetan, stellte mit seiner Unerfahrenheit in weltpolitischen Dingen einen weiteren Unsicherheitsfaktor dar – egal wie viele Krisen es bis dahin auch schon erlebt hatte (wie Philip Brenner hervorhebt, sprechen die Kubaner nicht von der Kuba-Krise, sondern von der „Oktoberkrise“ – laut Brenner verdeutlicht diese Namensgebung die Vielzahl der von ihnen durchlebten Krisen<sup>153</sup>).

So war Castros Angst vor einer US-Invasion ebenso ausschlaggebend für seine Annahme der sowjetischen Raketen wie die Stärkung des weltweiten Sozialismus. Die Kubaner glaubten, dass die neuen Waffen die USA von einer Invasion der Insel abhalten würden. Wie sich jedoch herausstellte, hatten sie die USA unterschätzt. Nach Kennedys Fernsehansprache musste Castro feststellen, dass die Stationierung der Raketen eine US-Invasion nicht unwahrscheinlicher, sondern im Gegenteil wahrscheinlicher gemacht hatte.<sup>154</sup>

---

<sup>150</sup> ebd.: 91.

<sup>151</sup> ebd.: 88f.

<sup>152</sup> ebd.: 346.

<sup>153</sup> Philip Brenner. *Thirteen Months. Cuba's Perspective of the Missile Crisis*: 201, in James A. Nathan [Hrsg.] *The Cuban Missile Crisis Revisited*. New York: St. Martin's Press, 1992: 187-217.

<sup>154</sup> Philip Brenner. *Thirteen Months*: 191f.

Da Kuba nach Kennedys Fernsehansprache mehr denn je mit einer Invasion rechnete, mobilisierte Castro daraufhin alle Truppen; es wurden Wälle errichtet und Schützengräben ausgehoben. In einem Treffen mit seinem militärischen Führungsstab am 24. Oktober kündigte Castro an, weitere US-Überwachungsflüge verhindern zu wollen:

[T]here are some areas [where] the Yankee planes violate our territory. [... We] should [...] put some strong anti-aircraft [there and] bring them down. [...] We have no reason [... not to do this to] a plane that overflies us at 300 feet.<sup>155</sup>

Nur zwei Tage später schickte Castro ein Telegramm nach Moskau, in welchem er Chruschtschow aufforderte, den USA nicht die Möglichkeit zu einem nuklearen Erstschlag zu geben. Seine Forderungen im Fall einer US-Invasion klangen selbst für die Sowjetunion erschreckend:

[I]f they actually carry out the brutal act of invading Cuba [...], that would be the moment to eliminate such danger forever through an act of legitimate defense, however harsh and terrible the solution may be, for there is no other.<sup>156</sup>

Diese Aussage Castros war ein deutliches Anzeichen dafür, dass die Krise zu eskalieren drohte und zwang Chruschtschow zum Umdenken: „I realized that our friend Fidel totally failed to understand our purpose“<sup>157</sup> – so hatte Chruschtschow bei seinem Beschluss zur Stationierung der Raketen nie vorgehabt, diese wirklich abzuschießen.<sup>158</sup> So musste Chruschtschow einsehen, dass er nicht mehr die volle Kontrolle über die Ereignisse auf Kuba hatte. In der Hochphase der Krise war Kuba somit nicht nur Schauplatz der Krise, sondern auch ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor, der einen nuklearen Krieg näher rücken ließ als beiden Supermächten recht sein konnte.

Auch in Moskau erwartete man nervös das weitere Vorgehen der USA. Nachdem sich Chruschtschow und sein Beraterstab nach Kennedys Fernsehansprache mit einem Ultimatum und der US-Blockade konfrontiert sahen, versuchte der KGB, über alle möglichen

---

<sup>155</sup> NSArchive - „Aspectos importantes contenidos en los informes ofrecidos por los jefes militares reunidos el día 24 de octubre de 1962 en el Estado Mayor General con el Comandante en Jefe Fidel Castro“, <[http://www.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba\\_mis\\_cri/621024%20Aspectos%20importantes.pdf](http://www.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba_mis_cri/621024%20Aspectos%20importantes.pdf)> (11.11.2008, meine Übersetzung aus dem Spanischen).

<sup>156</sup> NSArchive - „Letter to Nikita Khrushchev from Fidel Castro Regarding Defending Cuban Air Space, October 26, 1962“, <[http://www.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba\\_mis\\_cri/621026%20Castro%20Letter%20to%20Khrushchev.pdf](http://www.gwu.edu/~nsarchiv/nsa/cuba_mis_cri/621026%20Castro%20Letter%20to%20Khrushchev.pdf)> (11.11.2008).

<sup>157</sup> zitiert in Brenner: 200.

<sup>158</sup> Fursenko und Naftali. *“One Hell of a Gamble”*: 182.

Kanäle Stimmungsberichte aus den USA einzufangen, um die Gefahr bzw. Wahrscheinlichkeit eines US-Angriffs auf Kuba abzuschätzen. Da die USA ihre Luftwaffe in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt hatten (Luftangriffe und notfalls auch eine Invasion wurden im Fall des Scheiterns der Blockade als „backup plans“ gehandelt<sup>159</sup>) und Krankenhäuser angewiesen worden waren, sich auf die Einlieferung von Verwundeten vorzubereiten,<sup>160</sup> gingen die Sowjets davon aus, dass ein US-Angriff auf Kuba unmittelbar bevorstand. Als Warren Rogers, ein Journalist der *New York Herald Tribune*, sich in einem inoffiziellen Gespräch mit einem befreundeten Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft überzeugt äußerte, dass Kennedy zu seinem Wort stand („He will do what he says he will do“),<sup>161</sup> interpretierte der Bericht erstattende KGB-Agent diese Aussage in seinem Report an Moskau folgendermaßen: „[T]he Kennedy brothers have decided to risk all. The attack on Cuba will start in the next two days.“<sup>162</sup> Dies führte dazu, dass Botschafter Dobrynin am 25. Oktober in einem Telegramm an das sowjetische Außenministerium warnte:

President [Kennedy has] supposedly taken a decision to invade Cuba today or tomorrow night [... and ...] there is information that an order has been issued to bring the armed forces into maximum battle readiness including readiness to repulse nuclear attack.<sup>163</sup>

Der russische Historiker Fursenko bemerkt zu diesem Vorfall:

It was a mark for the limitations of Soviet intelligence in this crisis that information from Rodgers, who was not especially close to any member of the Kennedy administration, [...] would make its way [...] to the desk of [...] Khrushchev.<sup>164</sup>

### *Deeskalation und Raketentausch: Das Ende der Krise*

Zur Deeskalation kam es erst, nachdem Chruschtschow einen Brief mit dem Angebot zu einer diplomatischen Lösung der Krise an Kennedy schickte. Sein Brief vom 26. Oktober 1962 wurde von einem weiteren und leicht abgeänderten Schreiben am nächsten Tag gefolgt. Auf

---

<sup>159</sup> Eubank: 49.

<sup>160</sup> Fursenko und Naftali: 262.

<sup>161</sup> ebd.: 260

<sup>162</sup> ebd.: 261.

<sup>163</sup> CWIHP - „Cable from Soviet Ambassador to the USA A. Dobrynin to USSR Foreign Ministry, 25 October 1962 (1)“,

<[http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic\\_id=1409&fuseaction=va2.document&identifier=5034E751-96B6-175C-924FD7A8FEADCE46&sort=Collection&item=Cuban%20Missile%20Crisis](http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=va2.document&identifier=5034E751-96B6-175C-924FD7A8FEADCE46&sort=Collection&item=Cuban%20Missile%20Crisis)>, (23.07.2008).

<sup>164</sup> Fursenko und Naftali: 258.

dem Höhepunkt der Krise sorgten diese beiden Briefe innerhalb des US-Krisenstabs für Verwirrung. In seinem ersten Brief forderte das sowjetische Staatsoberhaupt von Kennedy:

Let us [...] show statesmanlike wisdom. I propose: we, for our part, will declare that our ships, bound for Cuba, are not carrying any armaments. You would declare that the United States will not invade Cuba with its forces and will not support any sort of forces which might intend to carry out an invasion of Cuba. Then the necessity for the presence of our military specialists in Cuba would disappear.<sup>165</sup>

Ein inoffizieller Kontakt schien Chruschtschows Angebot zu bestätigen. US-Außenminister Rusk erfuhr von einem Treffen zwischen Nachrichtenkorrespondent John Scali und Aleksandr Feklisov (alias Fomin), einem KGB-Mitglied und Berater der sowjetischen Botschaft. Bei einem Gespräch über die Möglichkeiten zur Lösung der Krise kamen die beiden ebenfalls auf den in Chruschtschows erstem Brief genannten Vorschlag, obwohl weder klar ist, von wem der beiden der Vorschlag letztendlich stammte,<sup>166</sup> noch, ob Feklisov auf Eigeninitiative handelte oder nicht.<sup>167</sup>

Nachdem ein erstes Angebot der Sowjets vorlag, war man bei ExComm einen Tag später, am 27. Oktober 1962 („Black Saturday“), gerade damit beschäftigt, eine Antwort auf Chruschtschows Brief aufzusetzen, als ein neues Schreiben hereinkam. Chruschtschows zweiter Brief sagte einen Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba zu, sofern die USA ihre Jupiter-Raketen in der Türkei abziehen würden: „We agree to remove those weapons from Cuba which you regard as offensive weapons [...]. Your representatives will make a statement to the effect that the United States [...] will evacuate its analogous weapons from Turkey.“<sup>168</sup> Chruschtschow erhoffte sich hierdurch eine Verbesserung der sowjetischen Position, einen Weg, nicht als großer Verlierer der Krise dazustehen: „If we could achieve additionally the liquidation of the bases in Turkey we could win.“<sup>169</sup> In den USA löste dieser zweite Brief, der über Radio Moskau verlesen wurde, jedoch Verwirrung aus. Obwohl die USA früher oder später mit einer solchen Forderung rechnen mussten (in den ExComm-Diskussionen waren bereits Vergleiche zwischen den Raketen auf Kuba und denen in der Türkei angestellt worden<sup>170</sup>), kam sie zu diesem Zeitpunkt, wo eine Einigung bereits

---

<sup>165</sup> FRUS 1961-63, XI:84, <[http://www.state.gov/www/about\\_state/history/frusXI/76\\_100.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/frusXI/76_100.html)>, (11.11.2008).

<sup>166</sup> Fursenko und Naftali: 264f.

<sup>167</sup> Eubank: 74.

<sup>168</sup> May und Zelikow [Hrsg.] *The Kennedy Tapes*: 506.

<sup>169</sup> zitiert in Fursenko und Naftali: 274f.

<sup>170</sup> May und Zelikow [Hrsg.] *The Kennedy Tapes*: 99f.

gefunden schien, überraschend. Der zweite Brief aus dem Kreml ließ viele von Kennedys Beratern vermuten, dass die Briefe aus verschiedenen Lagern der sowjetischen Regierung kamen und Chruschtschow unter Druck stand. Man ging davon aus, dass Chruschtschow den ersten Brief selbst geschrieben hatte und die Hardliner im Kreml nun härtere Forderungen nachschoben.

Zwischen den noch unter Eisenhower in der Türkei stationierten Jupiter-Raketen und den auf Kuba stationierten Mittelstreckenraketen wurden im Rahmen der Kuba-Krise vom ersten Tag der ExComm-Sitzungen an Analogien hergestellt – allerdings nicht in der Öffentlichkeit. Dennoch verwarf Kennedy diese Analogie teilweise, da die Jupiter-Raketen im Rahmen des NATO-Bündnisses als Antwort auf die sowjetische Bedrohung in Europa stationiert worden waren – und zwar öffentlich. Die Sowjetunion hingegen (so sehr sie auch das Gegenargument anführen könnte, sie würde die Raketen auf Kuba als Reaktion auf eine amerikanische Bedrohung stationieren) hatte dies nicht nur „under a cloak of secrecy and deception“<sup>171</sup> getan, wie Kennedy es in seiner Fernsehansprache vom 22. Oktober ausgedrückt hatte, sondern deren Stationierung auch geleugnet.

Die USA rechneten also mit der sowjetischen Forderung nach einem Raketentausch; dies lässt sich am wiederholten Auftauchen dieses Themas in den ExComm-Sitzungen nachweisen. Je mehr sich die Krise zuspitzte und Kennedy auf eine diplomatische Lösung sann, desto mehr verteidigte er die Idee eines Raketentausches. Er erwähnte diese Möglichkeit auch dem britischen Botschafter David Ormsby-Gore gegenüber.<sup>172</sup> UN-Botschafter Adlai Stevenson, der den Tausch ebenfalls favorisierte, sollte, falls alle anderen Versuche der Deeskalation scheiterten, am 27. Oktober in den Vereinten Nationen einen solchen Tausch vorschlagen.<sup>173</sup> Wie sich herausstellte, würde Stevenson nicht mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit treten, da die US-Regierung ihn schließlich selbst anbrachte – allerdings unter strenger Geheimhaltung und Ausschluss der Öffentlichkeit.

---

<sup>171</sup> APP - „Radio and Television Report to the American People on the Soviet Arms Buildup in Cuba“, 22. Oktober 1962, <<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=8986&st=&st1=>> (22.12.2008).

<sup>172</sup> vgl. L.V. Scott. *Macmillan, Kennedy and the Cuban Missile Crisis. Political, Military and Intelligence Aspects*. Basingstoke: Palgrave, 1999: 47.

<sup>173</sup> Philip Nash. *The Other Missiles of October. Eisenhower, Kennedy, and the Jupiters 1957-1963*. Chapel Hill: The University of North Carolina Press, 1997: 128.

Während die Vereinigten Staaten schon lange über die Möglichkeit eines Raketentausches diskutierten und eigentlich nur noch auf Moskaus Forderung diesbezüglich warteten (Robert Kennedys Kommentar dazu lautete: „We will have to make a deal in the end but we must stand firm now. Our concessions must come at the end of negotiations, not at the start.“<sup>174</sup>), schwieg der Kreml überraschenderweise zu diesem Thema. Tatsächlich war die Türkei in den letzten Präsidiumsdiskussionen nicht groß thematisiert worden. Chruschtschows Aufforderung zu einem Raketentausch tauchte denn auch erst in seinem zweiten Brief an Kennedy auf. Bis heute ist unklar, was genau den Anstoß zu seinem Umdenken gab – Überlegungen, die bei einem inoffiziellen Treffen zwischen Bolshakov und zwei US-Journalisten angestellt wurden, könnten einen Raketentausch nahegelegt haben; Chruschtschow könnte aber auch auf einen Artikel des Journalisten Walter Lippmann reagiert haben, der in seiner Kolumne ebenfalls einen solchen Tausch vorgeschlagen hatte, um die Krise zu beenden.<sup>175</sup> Fest stand: Ein Raketentausch würde Chruschtschow die Möglichkeit geben, nicht als absoluter Verlierer der Krise dazustehen.

Der Raketentausch war erneut Thema bei einem Treffen zwischen Robert F. Kennedy und Botschafter Dobrynin am Abend des 27. Oktober 1962. Der Bruder des Präsidenten lieferte in „Thirteen Days“<sup>176</sup> einen ersten Bericht über das Treffen – Herausgeber Theodore Sorensen ließ hierbei jedoch den entscheidenden letzten Satz aus dem Protokoll heraus:

[Dobrynin] then asked me about Khrushchev's other proposal dealing with the removal of the missiles from Turkey. I replied that there could be no quid pro quo – no deal of this kind could be made. This was a matter that had to be considered by NATO and that it was up to NATO to make the decision. I said it was completely impossible for NATO to take such a step under the present threatening position of the Soviet Union. *If some time elapsed – and per your instructions, I mentioned four or five months – I said I was sure that these matters could be resolved satisfactory.*<sup>177</sup>

Die Sowjetunion akzeptierte, und tatsächlich bauten die USA im April 1963 die Basen in der Türkei ab. Der Preis, den sie zahlten, war allerdings gering, denn die Raketen in der Türkei

---

<sup>174</sup> zitiert in Nash: 130.

<sup>175</sup> Fursenko und Naftali: 274f.

<sup>176</sup> Robert F. Kennedy. *Thirteen Days*.

<sup>177</sup> DDRS - „Attorney General Robert Kennedy reports on 10/27/62 meeting with Soviet Ambassador Dobrynin regarding dismantling and removal of all Soviet offensive weapons from Cuba.“ (Doc. CK3100319494), <<http://galenet.galegroup.com/servlet/DDRS?vrsn=1.0&slb=KE&locID=fub&srchtp=basic&c=1&ste=4&txb=memorandum+for+the+secretary+of+state+from+the+attorney+general&sortType=RevChron>> (15.11.2008, meine Hervorhebungen).

spielten für die nationale Sicherheit der USA keine große Rolle und waren im Vergleich zu anderen US-Raketenbasen in Europa eher zweitrangig.<sup>178</sup>

Die Übereinkunft wurde nie öffentlich gemacht. Dies stellte sicher, dass John F. Kennedys Image mit der ‚erfolgreichen‘ Beendigung der Krise eine starke Aufwertung erfuhr. So wurde ihm letztendlich die „staatsmännische Weisheit“ attestiert, die Chruschtschow von ihm gefordert hatte. Somit ließ zumindest das Bild in der Öffentlichkeit Kennedy als Gewinner und Chruschtschow als Verlierer der Kuba-Krise dastehen.

Lange wusste die Öffentlichkeit nichts von diesem Geheimabkommen zwischen den Sowjets und den USA, obwohl es diesbezüglich immer wieder Gerüchte gab. Die USA bemühten sich jedoch, diese auszuräumen. So versicherte Verteidigungsminister McNamara sogar dem Pentagon, es hätte keinen Deal gegeben. Die offizielle Version lautete, dass Stevenson solch einen Tausch zwar vorgeschlagen, Präsident Kennedy diesen aber zurückgewiesen hatte.<sup>179</sup> So konnte Kennedy auf einer Pressekonferenz am 20. November 1962 denn auch verkünden: „[A]ll known offensive missiles sites in [Cuba] have been dismantled.“<sup>180</sup> Auf die Frage hin, ob noch andere Themen in den Gesprächen mit den Sowjets zur Sprache gekommen waren, erklärte Kennedy: „I instructed the negotiators to confine themselves to the matter of Cuba completely, and therefore no other matters were discussed.“<sup>181</sup> Dieses Statement verschwieg den Raketentausch sowie die Tatsache, dass die Türkei als NATO-Mitglied bei dieser Entscheidung von den USA weder informiert noch konsultiert worden war. Somit sorgte das Medienmanagement der Kennedy-Regierung dafür, dass sie ihre eigene Version der Geschichte darstellen konnte.

So übernahm die Presse diese Interpretation und verkündete lediglich: „[T]he President pledged [...] to remove the Cuban blockade [...] and that the United States would not invade Cuba.“<sup>182</sup> Ein anderer Zeitungsartikel hingegen, welcher nach der friedlichen Beendigung der Kuba-Krise über eine weitere mögliche Annäherung zwischen den USA und der UdSSR spekulierte, beispielsweise im Bereich der Abrüstung, bezog die Raketen in der Türkei gar in ein solches Szenario mit ein: „[An] agreement on such matters would solve the issue of all

---

<sup>178</sup> Nash: 130.

<sup>179</sup> Fursenko und Naftali: 321.

<sup>180</sup> Chase und Lerman [Hrsg]. *Kennedy and the Press*: 335.

<sup>181</sup> ebd.

<sup>182</sup> „News Summary and Index; The Major Events of the Day“, *New York Times*, 29. Oktober 1962: 31.

bases, including the Turkish ones which Mr. Khrushchev first raised but then dropped.“<sup>183</sup> Obwohl der Autor des Artikels nichts von dem geheimen Raketentausch wissen konnte, beinhaltete seine Aussage, dass diese Vision „almost too idyllic to be real“ wäre, eine zentrale Wahrheit: Die Art und Weise, in der die Kuba-Krise ihre Beendigung fand, war tatsächlich zu schön um wahr zu sein, aber Präsident Kennedy wusste genau, wie er der Öffentlichkeit dieses Bild präsentieren und verkaufen musste.

#### *Die Gefahren von „back channel diplomacy“*

Mehrmals während der „Dreizehn Tage“, die Geschichte schreiben sollten, nutzte Kennedy inoffizielle Kanäle um die Krise zu entschärfen. In der Hochphase der Krise bemühten beide Supermächte verschiedenste Kontakte auf Regierungs- und Nicht-Regierungsebene: So arrangierte Kennedy das geheime Treffen zwischen seinem Bruder Robert und dem sowjetischen Botschafter Dobrynin am 27. Oktober 1962, bei welchem der Raketentausch beschlossen wurde. Dennoch offenbart ein genauer Blick auf Kennedys zusätzliche Versuche, die Krise durch „back channel diplomacy“ zu entschärfen, auch die Gefahren dieser Strategie: Je mehr inoffizielle Kontakte existierten, desto größere Unsicherheit herrschte auch bezüglich deren Vertrauenswürdigkeit. So war beispielsweise unklar, ob Aleksandr Feklisov bei seinen Treffen mit ABC-Nachrichtenkorrespondent John Scali tatsächlich für Chruschtschow sprach oder auf Eigeninitiative handelte. Darüber hinaus landeten Aussagen amerikanischer Journalisten auf Chruschtschows Schreibtisch, obwohl diese keine engere Verbindung zum Weißen Haus besaßen. Als die Kennedy-Regierung Georgi Bolshakov kontaktierte, der bereits während der Berlin-Krise 1961 als geheimer Kanal zu Chruschtschow fungiert hatte, wurde sie von den Sowjets getäuscht: Chruschtschow hatte Bolshakov beauftragt, den USA die irreführende Bestätigung zu überbringen, dass die Sowjetunion keine Raketen nach Kuba schicken würde – ein Täuschungsmanöver, das Chruschtschows Glaubwürdigkeit schwer beschädigen sollte, hatte dieser Kontakt doch nach der erfolgreichen Entschärfung der Konfrontation am Checkpoint Charlie gegenseitiges Vertrauen und die Kommunikation zwischen den beiden Supermächten gefördert, wie der ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter Raymond Garthoff konstatiert.<sup>184</sup> Tatsächlich stellten John F. Kennedy und sein Bruder Robert in einer Diskussion am 23. Oktober fest:

---

<sup>183</sup> „A Triumph of Reason“, *New York Times*, 29. Oktober 1962: 28.

<sup>184</sup> Garthoff: 154.

JFK: [The Soviets] didn't tell [us] that there were missiles there.

RFK: [We ...] took [our] position based on a lot of these personal assurances because [the president] thought that he could believe them.<sup>185</sup>

Wie sich herausstellte, konnte Kennedy diesen Beteuerungen keinen Glauben schenken und musste folglich befürchten, dass die Sowjets ihn erneut hintergehen würden – schließlich waren selbst der sowjetische Botschafter Dobrynin und aller Wahrscheinlichkeit nach auch UN-Botschafter Walerian Sorin nicht über die Stationierung der Raketen auf Kuba unterrichtet.<sup>186</sup>

Somit stellten inoffizielle Kanäle nicht nur eine Chance, sondern auch eine Gefahr für die friedliche Beendigung der Kuba-Krise dar, da sie oftmals falsche oder unbestätigte Informationen übermittelten, die von Chruschtschow und Kennedy leicht missinterpretiert werden und somit zu einer ungewollten Eskalation führen konnten, welche selbst das „staatsmännische“ Krisenmanagement Kennedys und Chruschtschows nur schwer hätte aufhalten können.

### 3.1.3. Kennedys Krisenmanagement

In der Berlin-Krise 1961 sowie in den dramatischen „Dreizehn Tagen“ der Kuba-Krise fußte Präsident Kennedys Krisenmanagement auf einer teils riskanten Politik sowie der Nutzung inoffizieller Kanäle – und teilweise auch auf einer nötigen Portion Glück. Der Vorfall am Checkpoint Charlie wurde durch ein politisches Entgegenkommen, ein Quidproquo, geregelt, das einen gegenseitigen Rückzug und somit eine Deeskalation ermöglichte, aber nicht öffentlich gemacht wurde. Ähnlich verfuhr Kennedy in der Kuba-Krise, wo die USA versprachen, ihre Jupiter-Raketen aus der Türkei abzuziehen, nachdem die Sowjets den Abzug ihrer Raketen aus Kuba zugesichert hatten. Beide Deals wurden mithilfe von „back channel diplomacy“ erreicht und waren der Öffentlichkeit und sogar einem Großteil von Kennedys Beratern unbekannt. Diese Geheimhaltung half Kennedy, sein öffentliches Bild als hartnäckiger Verhandlungspartner und Sieger der Duelle mit den Sowjets aufrechtzuerhalten.

---

<sup>185</sup> May und Zelikow [Hrsg.] *The Kennedy Tapes*: 343f.

<sup>186</sup> Eubank: 57, 70.

Kennedys Medienmanagement in der Kubakrise erwies sich als äußerst effektiv: Nur vereinzelt gab es nach Ende der Kuba-Krise Kritik an der verhängten Nachrichtensperre oder gar Vorwürfe der „news suppression“.<sup>187</sup> Die Nachrichtensperre verschaffte Kennedy und ExComm nicht nur Zeit für die Planung ihres Krisenmanagements, sondern gab der Regierung auch die Möglichkeit, ihre eigene Interpretation der Krise durchzusetzen. Letztendlich bestimmte Kennedy den Zeitpunkt, zu dem er die Stationierung der Raketen auf Kuba publik machte und wählte das Fernsehen, um Chruschtschow öffentlich und ultimativ zum Abzug der Raketen aufzufordern. Wo auch ein direkter, privater Austausch mit Chruschtschow denkbar gewesen wäre, entschied Kennedy sich, in die Offensive zu gehen und das Fernsehen für sein Krisenmanagement zu nutzen.

Nach der Kuba-Krise wurde Kennedy von der Presse für sein Krisenmanagement gepriesen. So war am 29. Oktober 1962 beispielsweise in der *New York Times* zu lesen:

Premier Khrushchev's agreement to dismantle missile bases in Cuba will probably provide a political windfall for President Kennedy and the Democratic party. The President's apparent dramatic triumph should go a long way toward scotching the recurrent Republican charge that Democrats are not tough enough on Communism.<sup>188</sup>

Auch *TIME-Magazine* sprach von Chruschtschows Aufgabe („surrender“) und schrieb:

Thus, President Kennedy appears to have won in his courageous confrontation with Soviet Russia. [...] Looking ahead, Kennedy said several times last week: "I am sure we face even bigger, more difficult decisions." Such decisions – if met as boldly and carried out as shrewdly as those so far – present him with an opportunity for a major breakthrough in the cold war.<sup>189</sup>

Kennedys ‚Toughness‘ wurde nicht infrage gestellt – bereits am 23. Oktober 1962, einen Tag nach seiner Fernsehansprache, hatte die *New York Times* getitelt: „Kennedy Ready for Soviet Showdown.“<sup>190</sup> Da die geheimen Absprachen zwischen beiden Supermächten allerdings nie öffentlich gemacht wurden, ließen sie vor allem Kennedys Selbstinszenierung als kompromissloser Verhandlungspartner zu. So wurde der Präsident für seine Vernunft,

---

<sup>187</sup> vgl. Chase und Lerman [Hrsg.]. *Kennedy and the Press*: 336 und „Quarantining the News“, *TIME-Magazine*, 2. November 1962, <<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,874609-1,00.html>> (15.07.2009).

<sup>188</sup> „News Summary and Index; The Major Events of the Day“, 29. Oktober 1962: 31.

<sup>189</sup> „The Showdown“, *TIME-Magazine*, 2. November 1962, <<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,874578,00.html>> (9.12.2008).

<sup>190</sup> *New York Times*-Schlagzeile, 23. Oktober 1962.

welche den Ausbruch eines Krieges verhindert hatte, aber auch seine Beharrlichkeit gelobt, mit der er alle seine Forderungen durchsetzen konnte. Wie bereits dargelegt, sah die Realität jedoch etwas anders aus als das von vielen Medien und ehemaligen Regierungsmitgliedern gezeichnete Bild. So konstatiert Michael Dobbs denn auch: „The official version of history omitted some inconvenient facts.“<sup>191</sup> Kennedys Krisenmanagement war nicht so perfekt, wie es schien. Nichtsdestotrotz ist bemerkenswert, dass Kennedy, der zunächst selbst eine Invasion favorisiert hatte, seine Meinung änderte und dem Druck des Militärs und anderer Regierungsmitglieder widerstand.

Dennoch zeigt die Tatsache, dass dies nur erreicht werden konnte, indem Kennedy die Mehrheit seiner eigenen Berater umging, auf welchem dünnem Eis er sich bewegte. Auch stellte die Kontaktaufnahme über inoffizielle Kanäle Kennedy und Chruschtschow vor die Frage, wie vertrauenswürdig diese waren. So bleibt festzustellen, dass es auch Glück war, welches eine Eskalation verhinderte und letztendlich zur friedlichen Lösung der Krisen in Berlin und Kuba führte. Michael Dobbs bemerkt hierzu: „The issue was not whether Kennedy and Khrushchev *wanted* to control events; it was whether they *could*.“<sup>192</sup> So bezeichnet er die Kuba-Krise denn auch als „case study of government by exhaustion“<sup>193</sup> und als „prime illustration of the limits of crisis management.“<sup>194</sup> Rückblickend erscheint zumindest zweifelhaft, inwiefern die Kuba-Krise als Präsident Kennedys „finest hour“ betrachtet werden kann und ob es tatsächlich ein „Triumph of Reason“<sup>195</sup> war und nicht nur einer des Glücks, der einige der gefährlichsten Krisen des Kalten Krieges entschärfte, ob in Kuba oder Berlin.

Die Mythologisierung der Kuba-Krise und Kennedys Krisenmanagements, so Dobbs, erfolgte bereits direkt nach der Krise und war auch das Resultat von Kennedys Medienmanagement:

The mythologization of the Cuban missile crisis got under way almost immediately. [...] The relentlessly upbeat tone was established by court historian, Arthur M. Schlesinger, Jr., who wrote that Kennedy had “dazzled the world” through a “combination of toughness and restraint, of will, nerve and wisdom, so brilliantly controlled, so matchlessly calibrated.” Bobby Kennedy, Theodore Sorensen, and many lesser acolytes reached similar starry-eyed conclusions.

---

<sup>191</sup> Dobbs. *One Minute to Midnight*: 343.

<sup>192</sup> ebd.: xvi.

<sup>193</sup> ebd.: 345.

<sup>194</sup> Michael Dobbs. „Cool Crisis Management? It's a Myth. Ask JFK“, *Washington Post*, 22. Juni 2008: B01.

<sup>195</sup> „A Triumph of Reason“, *New York Times*, 29. Oktober 1962: 28.

Kennedy himself contributed to the mythmaking. Soon after the crisis, he gave a long off-the-record interview to one of his closest journalist friends, Charles Bartlett. A subsequent article by Bartlett and Stewart Alsop in the *Saturday Evening Post* [...] depicted [Kennedy] as a tough-minded leader who “never lost his nerve” despite going “eyeball to eyeball” with Khrushchev.<sup>196</sup>

Das hoch gelobte Krisenmanagement sollte in seinem Vorbildcharakter jedoch fatale Folgen für die zukünftige US-Politik haben, wie Dobbs feststellt:

The most pernicious consequences of the new foreign policy mind-set – the notion that the United States could force the rest of the world to do its bidding through a finely calibrated combination of “toughness and restraint” – [would play] out in Vietnam.<sup>197</sup>

Das Vermächtnis des ‚erfolgsgekrönten‘ Krisenmanagements in Kuba sollte folglich nicht nur Auswirkungen auf Johnsons Vietnam-Politik haben, wie auch Boris Loske bemerkt:

Mit Ausblick auf aktuelle Krisenherde bietet das Fazit, das die Vereinigten Staaten für sich aus der Krise zogen und das ihr Handeln bis auf den heutigen Tag bestimmt, einen guten Anknüpfungspunkt, um den Bogen zur Gegenwart zu spannen. [... Dies] gewinn[t ... vor allem] mit Blick auf Vietnam [...] an Bedeutung.<sup>198</sup>

Somit führte die Kuba-Krise den Supermächten USA und UdSSR nicht nur die Notwendigkeit einer Annäherung vor Augen und machte die spätere Entspannungspolitik so erst möglich, sie schuf auch ein Beispiel für ‚erfolgreiches‘ Krisen- und Medienmanagement, welches für Johnson in Vietnam zum Maßstab werden sollte.

### 3.2. Die Johnson-Administration

Als Lyndon B. Johnson nach der Ermordung John F. Kennedys Präsident wurde, übernahm er nicht nur Kennedys Beraterstab und dessen politische Philosophie, sondern auch eine Reihe von Erwartungen, die er in den Augen vieler nicht erfüllen würde. Nach der ‚erfolgreichen‘ Beendigung der Krisen in Berlin und Kuba konnten die USA geltend machen, aus entscheidenden Situationen des Kalten Krieges als ‚Sieger‘ hervorgegangen zu sein. Dieser Eindruck entstand auch aufgrund von Kennedys Krisenmanagement und dessen

---

<sup>196</sup> Dobbs. *One Minute to Midnight*: 343.

<sup>197</sup> ebd.: 346.

<sup>198</sup> Loske: 37.

erfolgreicher Präsentation in den Medien und der Öffentlichkeit. So bemerkte Johnson bezüglich Kennedys Pressekonferenzen einmal:

I participated in a lot of the Kennedy [press conferences], and I thought it was... vaudeville. [...] I sat down with them every morning. They'd go over a hundred questions and then plant fifteen of them, and there'd be twenty of them asked and boy, he'd be a great hero.<sup>199</sup>

Johnson beherrschte die Kunst des Medienmanagements weniger:

[Johnson] strove to improve his public speaking and press relations, and did so, becoming increasingly confident with crowds and reporters. Yet the cool mastery of television that came naturally to some of his younger colleagues, like John Kennedy, eluded LBJ.<sup>200</sup>

Während der Status Quo in Europa gefestigt werden konnte, war der „lange Frieden“,<sup>201</sup> von dem Historiker Gaddis spricht, in Asien noch lange nicht eingeleitet – so hinterließ Kennedy seinem Nachfolger Johnson einen schwelenden Konflikt in Vietnam.

Es war Lyndon B. Johnson, unter dem die USA nach dem sog. Tonking-Zwischenfall ihre ersten regulären Kampftruppen nach Vietnam schickten und unter dem der Krieg seine Ausweitung bzw. Amerikanisierung erfuhr. Erst die Tet-Offensive zu Beginn des Jahres 1968 sollte diese Entwicklung stoppen und zu einem Strategiewechsel der USA führen, so James H. Willbanks, Autor von „The Tet Offensive. A Concise History“:

[T]he Tet offensive [...] proved to be the turning point of the Vietnam war. By the time [the Tet offensive] was over, the American strategy in Vietnam switched from pursuing victory on the battlefield to finding a way to disengage.<sup>202</sup>

So beendete das von den Medien als „credibility gap“<sup>203</sup> bezeichnete Glaubwürdigkeitsproblem, welches durch die Tet-Offensive offengelegt wurde, die Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons – in einer Fernsehansprache vom 31. März 1968 kündigte er nicht nur einen Bombenstopp sowie seine Bereitschaft zu Verhandlungen an, er

---

<sup>199</sup> Beschloss [Hrsg.] *Taking Charge*: 253.

<sup>200</sup> Jeff Shesol. *Mutual Contempt. Lyndon Johnson, Robert Kennedy, and the Feud that Defined a Decade*. New York: Norton, 1997: 13.

<sup>201</sup> John Lewis Gaddis. *The Long Peace*. New York: Oxford University Press, 1987: 245 (s. Titel).

<sup>202</sup> James H. Willbanks. „Winning the Battle, Losing the War“, *New York Times*, 3. März 2008, <<http://www.nytimes.com/2008/03/05/opinion/05willbanks.html>> (23.11.2008).

<sup>203</sup> „Straining Credibility“, *New York Times*, 3. April 1968: 46.

teilte der amerikanischen Öffentlichkeit auch mit, dass er auf eine erneute Präsidentschaftskandidatur verzichten würde.

Im Wahljahr 1964 stand eine Eskalation des Vietnamkriegs jedoch nicht auf Johnsons Agenda. Mit dem konservativen Republikaner Barry Goldwater als Gegner, der angedeutet hatte, dass er im Notfall auch bereit wäre, Atomwaffen gegen Nordvietnam einzusetzen und Johnson vorwarf, keinen endgültigen Sieg in Vietnam zu verfolgen, schien Johnson der gemäßigttere Kandidat. Diese Position untermauerte er, indem er verkündete: „We are not about to send American boys [nine or ten thousand] miles from home to do what Asian boys ought to be doing for themselves“<sup>204</sup> – ein Statement, welches seine eigene Politik noch im selben Jahr Lügen strafen sollte.

### 3.2.1. Vorspiel: Johnsons Weg „Into the Quagmire“

Entgegen Johnsons Versprechen begann die Eskalation des Krieges und somit der Weg „into the quagmire“<sup>205</sup> schon vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen. Während das US-Engagement in der Region schon länger andauerte, würde Johnson mit der Entsendung amerikanischer Truppen nun auch militärisch in den Konflikt eingreifen.

Es war ein Konflikt mit langer Vorgeschichte: Nach Ende des Zweiten Weltkrieges rebellierten die Viet Minh, eine Vereinigung nationalistischer und kommunistischer Gruppen unter der Führung Ho Chi Minhs, gegen die französische Kolonialherrschaft in Indochina. Es kam zum Indochinakrieg, in welchem die Franzosen bei der Schlacht von Dien Bien Phu eine verheerende Niederlage erlitten. Die Indochinakonferenz beschloss 1954 schließlich in einem Abkommen die provisorische Teilung des Landes entlang des 17. Breitengrades sowie freie Wahlen mit anschließender Wiedervereinigung. Doch bereits ein Jahr darauf rief Ngo Dinh Diem die Republik Südvietnam aus (er selbst wurde Präsident) und verhinderte die gesamtvietnamesischen Wahlen 1956. Die USA, die bereits Frankreichs Indochinakrieg finanziell unterstützt hatten<sup>206</sup> und fürchteten, dass Vietnam, welches eine Grenze mit dem

---

<sup>204</sup> zitiert in Boyer et al. *The Enduring Vision*: 667f.

<sup>205</sup> Brian VanDeMark. *Into the Quagmire. Lyndon Johnson and the Escalation of the Vietnam War*. New York: Oxford University Press, 1991.

<sup>206</sup> Rolf Steiniger. *Der Vietnamkrieg*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 2006: 17.

maoistischen China teilte, der erste „Domino“<sup>207</sup> wäre, der in der Gegend fallen würde, schickten daraufhin Militärberater nach Südvietnam, deren Zahl sich unter Kennedys Präsidentschaft stetig erhöhte. Darüber hinaus rief Kennedy zusammen mit Südvietnam das *Strategic Hamlet Program* ins Leben, welches mithilfe einer Umsiedlung der Landbevölkerung in sog. Wehrdörfer („hamlets“) den Einfluss der 1960 gegründeten Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams (*Front Nationale de Libération*, kurz FNL) auf die ländliche Bevölkerung schmälern sollte – das Programm sowie weitere Counterinsurgency-Maßnahmen brachten allerdings keinen nachhaltigen Erfolg.

Dies war das Szenario, welches Johnson zu Beginn seiner Amtszeit erwartete. Bereits im Januar 1964 genehmigte Johnson eine Geheimoperation mit dem Ziel, den Druck auf Hanoi zu erhöhen und die Versorgungswege der FNL entlang des Ho-Chi-Minh-Pfades abzuschneiden.<sup>208</sup> Operation 34A stellte die Überwachung zu Luft und zu Wasser sicher und veranlasste das Bombardement der Grenze zwischen Nordvietnam und Laos sowie geheime Angriffe auf Inseln nahe der nordvietnamesischen Küste. Noch im selben Jahr würde diese Provokation zum Tonking-Zwischenfall führen, den Johnson wiederum zum Vorwand nahm, um US-Streitkräfte nach Vietnam zu beordern und mit einem „firm, swift retaliatory strike“<sup>209</sup> aus der Luft zu reagieren.

Während die Johnson-Regierung von den Vorkommnissen im Golf von Tonking als „a series of unprovoked armed attacks in international waters against naval units of the United States [by] warships of the Communist regime in North [Vietnam]“<sup>210</sup> sprach, offenbart ein Blick auf die Quellen eine andere Version der Geschehnisse – so erhielt Präsident Johnson am 2. August 1964 ein Memorandum mit folgenden Informationen:

1. Early this morning the USS *Maddox* was attacked by three [...] boats while on patrol approximately 30 miles off the North Vietnamese coast in the Gulf of Tonkin.
2. The Captain of the *Maddox* returned the fire [...] and requested air support from the carrier *Ticonderoga* on station nearby [...].

---

<sup>207</sup> Die sog. „Domino-Theorie“ wurde 1954 von Präsident Eisenhower verkündet und ging davon aus, dass, würde ein Land in Indochina kommunistisch, benachbarte Länder gleich Dominosteinen ebenso „fallen“ und zu einer regionalen Desintegration führen würden (vgl. hierzu David F. Schmitz. *The Tet Offensive. Politics, War, and Public Opinion*: 16).

<sup>208</sup> Marilyn B. Young. *The Vietnam Wars, 1945-1990*. New York: HarperPerennial, 1991: 114.

<sup>209</sup> FRUS 1964-68, I:276, <[http://www.state.gov/www/about\\_state/history/vol\\_i/255\\_308.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_i/255_308.html)> (11.11.2008).

<sup>210</sup> FRUS 1964-68, I:278, ebd. (14.06.2008).

3. *Ticonderoga* jets arrived shortly and made strafing attacks on the [...] boats resulting in one enemy boat dead in the water [and] two others damaged [...].

Die *Joint Chiefs of Staff* wiesen die US-Zerstörer an, die Stellung zu halten und ihre Mission fortzuführen, gaben dem Kommandeur der Pazifikflotte aber explizit den Befehl: „Avoid close approaches to [the North Vietnamese] coast during [the] period when maritime activities related to OPLAN 34A are underway.“<sup>211</sup> Demnach provozierte die Anwesenheit von US-Zerstörern im Golf von Tonking im Rahmen der laufenden amerikanisch-südvietnamesischen Geheimoperation gegen Nordvietnam letztlich den Tonking-Zwischenfall, wie auch ein weiteres Memorandum vom 2. August belegt – dort heißt es:

[A]ction against the *Maddox* took place within the same 60-hour period as an OPLAN 34A harassing action by [South Vietnamese] forces against two islands [...]. It seems likely that the North Vietnamese [...] have assumed that the destroyer was part of this operation [... or ...] that Hanoi deliberately ordered the attack in retaliation for the harassment of the islands. [...] We should in the future assure coordination between OPLAN 34A activities [...] and the destroyer patrols [...]. Other OPLAN 34A actions are scheduled for August 3-5.<sup>212</sup>

Trotzdem die USA also über die Ursachen dieses Zusammenstoßes Bescheid wussten und die Regierung vor weiteren Vorkommnissen dieser Art gewarnt wurde, schickte Außenminister Dean Rusk nur einen Tag nach diesem ersten Vorfall ein Telegramm an die US-Botschaft in Vietnam, in welchem er verkündete:

We believe that present OPLAN 34A activities are beginning to rattle Hanoi, and [that the] *Maddox* incident is directly related to their effort to resist these activities. We have no intention yielding to [this] pressure.<sup>213</sup>

Die USA setzten ihre Operation im Golf von Tonking fort, bis am 4. August 1964 US-Verteidigungsminister McNamara Außenminister Rusk von einem zweiten Vorfall unterrichtete:

[Three] unidentified boats and [three] unidentified aircraft [were] approaching the destroyers; they had just had a phone call [...] that the destroyer reported under torpedo attack.<sup>214</sup>

Bei dem darauffolgenden Treffen im Pentagon gab McNamara zu Protokoll:

---

<sup>211</sup> FRUS 1964-68, I:259, ebd. (14.06.2008).

<sup>212</sup> FRUS 1964-68, I:266, ebd. (14.06.2008).

<sup>213</sup> FRUS 1964-68, I:271, ebd. (14.06.2008).

<sup>214</sup> FRUS 1964-68, I:275, ebd. (14.06.2008).

North Vietnamese [...] boats have attacked [...] two U.S. destroyers, the *Maddox* and the *C. Turner Joy*, approximately 65 miles off North Vietnam in the Gulf of Tonkin. Presently we believe [nine] or [ten] torpedoes were fired at the Patrol. Two of the [...] boats were reportedly sunk and three to six were fired on.<sup>215</sup>

Während Präsident Johnson daraufhin einem Vergeltungsschlag zustimmte und die Verantwortlichen bereits an einer offiziellen Erklärung arbeiteten, zweifelte ein Bericht der *USS Maddox* daran, dass die Angriffe tatsächlich stattgefunden hatten:

[T]he *Maddox* reported that "a review of the action makes many reported contacts and torpedoes fired 'appear doubtful'. 'Freak weather effects' on radar, and 'over-eager' sonarmen may have accounted for many reports. 'No visual sightings' have been reported by the *Maddox*, and the Commander suggests that a 'complete evaluation' be undertaken before any further action."<sup>216</sup>

Die Beamten im Pentagon ignorierten diesen Bericht jedoch. Wie die Aufzeichnungen zeigen, trafen sich Verteidigungsminister McNamara, sein Stellvertreter Cyrus Vance and die *Joint Chiefs of Staffs* noch am selben Nachmittag „to marshal the evidence to overcome [the] lack of a clear and convincing showing that an attack on the destroyers had in fact occurred.“<sup>217</sup>

Die Regierung war sich der dünnen Beweislage und der fragwürdigen Legitimation ihrer Reaktion durchaus bewusst. McNamara selbst sprach von einem „very delicate subject“ und wies Johnson vier Tage nach dem zweiten Zwischenfall an, auf etwaige Fragen zu den Vorkommnissen bzw. den US-Aktivitäten im Golf von Tonking zu erwidern „that U.S. forces did not participate in, were not associated with any alleged incident of that kind.“ McNamara führte aus:

You have to dissociate yourself from and certainly not admit that any such incident took place. But neither should you get in a position of denying it [because] the North Vietnamese have asked the [International Control Commission] to [...] examine the site and it would be very unfortunate if they developed proof that you [...] had misstated the case.<sup>218</sup>

Die Johnson-Administration fand somit einen Weg, den amerikanischen Einfluss ohne direkte Kriegserklärung zu stärken (welche wahrscheinlich ein Eingreifen Chinas nach sich gezogen hätte) und versuchte, ihr zunehmendes Engagement in Vietnam unter Berufung auf

---

<sup>215</sup> FRUS 1964-68, I:276, ebd. (14.06.2008).

<sup>216</sup> ebd. (14.06.2008).

<sup>217</sup> ebd. (14.06.2008).

<sup>218</sup> Beschluss [Hrsg.] *Taking Charge*: 509.

die UN-Charta und den SEATO-Vertrag zu legitimieren, während sie das Abkommen der Indochinakonferenz von 1954 ignorierte. So erhielt Johnson auch die Genehmigung des Kongresses, welcher die sog. Tonking-Resolution nur drei Tage nach dem angeblich zweiten Angriff auf zwei US-Zerstörer verabschiedete:

The resolution expressed Congressional approval and support of the “determination of the President, as Commander in Chief, to take all necessary measures to repel any armed attack against the forces of the United States and to prevent further aggression.”<sup>219</sup>

Johnson selbst bezeichnete die Resolution als „grandma’s nightshirt“ – „it covered everything.“<sup>220</sup> Letzten Endes machte sich die Johnson-Administration die Krisenstimmung im Land zu Eigen und versicherte der Öffentlichkeit, die Regierung suche „no general extension of the guerilla war in South Vietnam.“<sup>221</sup> Johnson betonte seine Ablehnung gegenüber einer Ausweitung des Konflikts und versicherte der Öffentlichkeit in einer Fernsehansprache vom 4. August 1964: „[O]ur response, for the present, will be limited and fitting. We Americans know, although others appear to forget, the risks of spreading conflict. We [...] seek no wider war.“<sup>222</sup> Die Realität in Vietnam würde diese Versprechen jedoch bald als Lügen entlarven.

Nur zwei Monate später wurden die ersten regulären US-Truppen nach Vietnam entsandt. In den darauffolgenden Jahren würden die USA ihr Militärpersonal in Vietnam von ca. 23.000 (1964) auf 485.000 Mann bis Ende 1967 aufstocken und Nordvietnam mit der Operation „Rolling Thunder“ einem schweren Bombardement unterziehen. Bereits 1964 wurden Restriktionen bezüglich der im Luftkampf im Süden genutzten Waffen aufgehoben (neben Napalm wurden nun auch Phosphor- und Streubomben eingesetzt) und die Zahl der sog. „free-fire zones“ – ein Terminus für von der FNL dominierte Bereiche – wuchs und schloss nun auch dicht besiedelte Gebiete mit ein.<sup>223</sup> 1967 forderte das US-Militär eine Aufstockung der Streitkräfte, eine Ausweitung des Bodenkriegs auf Laos und Kambodscha sowie eine

---

<sup>219</sup> FRUS 1964-68, I:308, <[http://www.state.gov/www/about\\_state/history/vol\\_i/255\\_308.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_i/255_308.html)> (11.11.2008).

<sup>220</sup> zitiert in Boyer et al.: 675.

<sup>221</sup> Tom Wicker. „Forces Enlarged“, *New York Times*, 5. August 1964: 1.

<sup>222</sup> FRUS 1964-68, I:286, <[http://www.state.gov/www/about\\_state/history/vol\\_i/255\\_308.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_i/255_308.html)> (11.11.2008).

<sup>223</sup> Young: 129, 333f.

Aufhebung der Beschränkungen hinsichtlich der Verminung der Häfen und des Bombardements Nordvietnams.<sup>224</sup>

### *Der „Limited War“ in Vietnam – und sein Scheitern*

Von 1964 bis 1967 erfuhr der Krieg eine stetige Eskalation. Die Frage, wie diese Eskalation zustande kam, besonders angesichts des „limited war“<sup>225</sup>, den die Johnson-Regierung in Vietnam zu kämpfen behauptete, ist daher von großer Wichtigkeit. Während Johnson innenpolitisch die Verwirklichung der „Great Society“<sup>226</sup> anstrebte, fürchtete er, dass „that bitch of a war“<sup>227</sup> in Vietnam seinen Krieg gegen Armut und Rassendiskriminierung an der Heimatfront zunichte machen würde. Sogar nachdem Johnson die Präsidentschaftswahlen 1964 mit einem erdrutschartigen Sieg für sich entschieden hatte, fürchtete er die konservativen Angriffe der Falken, welche auf ein stärkeres Engagement in Vietnam drängten. Gleichzeitig insistierte er: „I am not going to lose Vietnam [...]. I am not going to be the president who saw Southeast Asia go the way China went.“<sup>228</sup> Die Befürchtung, den USA könnte Schwäche attestiert werden, führte Johnson zu der Überzeugung, dass nur amerikanische Entschlossenheit eine Ausweitung des Krieges verhindern könnte. Als er vor die Wahl zwischen einem Rückzug aus Südostasien und einer entschiedenen Intervention gestellt wurde, entschied er sich daher für letztere Option. Da er jedoch befürchtete, dass ein uneingeschränkter Einsatz der USA zu einem Dritten Weltkrieg führen könnte, nutzte Johnson die Tonking-Resolution als „functional equivalent“ einer Kriegserklärung, wie Unterstaatssekretär Nicholas Katzenbach es ausdrückte,<sup>229</sup> und ignorierte McNamaras Warnung, dass dies eine wesentliche Änderung der US-Strategie in Vietnam bedeute.

Das Konzept des „limited war“, wie es die Johnson-Regierung verfolgte, wurde entwickelt, um den offensichtlichen Gefahren eines totalen Krieges im nuklearen Zeitalter zu begegnen, und seine Notwendigkeit zeigte sich besonders hinsichtlich der Kuba-Krise. George C. Herring erklärt:

---

<sup>224</sup> George C. Herring. *LBJ and Vietnam. A Different Kind of War*: 51f.

<sup>225</sup> ebd.: 3ff.

<sup>226</sup> Die „Great Society“ war ein Programm umfassender Sozialreformen, welches v.a. die Armut und Rassendiskriminierung in den USA beenden sollte (s. Boyer et al.: 666f).

<sup>227</sup> zitiert in Boyer et al.: 674.

<sup>228</sup> ebd.

<sup>229</sup> zitiert in Young: 160.

[This] strategy would harness [a] nation's military power more closely to the attainment of its political objectives. A variety of military instruments, including conventional forces, would be readied to respond to different threats on different levels. The amount of force employed in any situation would be limited to that necessary to achieve political aims. The objective would be [...] to persuade [opponents] to break off the conflict [...] without resorting to nuclear war.<sup>230</sup>

Die Koordination zwischen diplomatischen und militärischen Maßnahmen war demnach maßgeblich für dieses Konzept. Nordvietnam hielt dem militärischen Druck der USA jedoch stand, was dazu führte, dass dieser regelmäßig verstärkt werden musste.<sup>231</sup>

Wenn Johnson gehofft hatte, dass die Feuerkraft der USA Nordvietnam an den Verhandlungstisch zwingen würde, lag er falsch. Nordvietnam und die FNL rechneten sich aus, mit Ausdauer mehr zu erreichen als durch Verhandlungen. Eine Einschätzung der Nachrichtendienste CIA und NSA hatte bereits im Mai 1964 vor dieser Möglichkeit gewarnt:

If the scale of the [US] attacks broadened, [... there will be] a significant danger that [Hanoi] would fight, believing that the US would still not be willing to undertake a major ground war, and that if it was, it could ultimately be defeated by the methods which were successful against the French. [...]

[The ...] measures which Hanoi might take in [...] South Vietnam might make it increasingly difficult for the US to regard its objectives as attainable by limited means.<sup>232</sup>

Die anhaltende Bombardierung Nordvietnams 1965, welche Hanoi zu Verhandlungen zwingen, die Moral der südvietnamesischen Armee (ARVN) und der Regierung in Saigon stärken und die Materiallieferungen in den Süden stoppen sollte, erfüllte keines dieser Ziele; so nahmen die Transporte entlang des Ho-Chi-Minh-Pfades 1966-67 sogar zu.<sup>233</sup> Nachdem sich die Bombardierung als ineffektiv erwies, hoffte Johnson, dass die von ihm entsandten Kampftruppen, welche dem Feind in einem Abnutzungskrieg („war of attrition“<sup>234</sup>) große Verluste zufügen sollten, Nordvietnam letztlich an den Verhandlungstisch bringen würden.

---

<sup>230</sup> Herring. *LBJ and Vietnam*: 4.

<sup>231</sup> ebd.: 23.

<sup>232</sup> NSArchive - „CIA Special National Intelligence Estimate on Possible North Vietnamese Responses to U.S. Actions, May 1964“: 5f, 11, <<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB132/snle.pdf>> (11.11.2008).

<sup>233</sup> Young.: 187.

<sup>234</sup> „War of Attrition“ bzw. „Attrition Strategy“ bezeichnet die von General Westmoreland für den Vietnamkrieg entwickelte Strategie, die auf dem sog. „Bodycount“ basierte. Der Gegner sollte im Rahmen der „Search and Destroy“-Operationen so geschwächt werden, dass er seine Verluste nicht mehr ausgleichen konnte und somit zur Kapitulation gezwungen war (vgl. Rolf Steininger. *Der Vietnamkrieg*: 109).

Nordvietnam zog jedoch mit jeder weiteren Eskalation seitens der USA mit und untergrub so das Konzept des „limited war“.<sup>235</sup>

Unterdessen waren diplomatische und militärische Maßnahmen nicht so koordiniert, wie die Strategie des „limited war“ es vorsah. Auch blieben verschiedene Möglichkeiten zu Verhandlungen ungenutzt, weil die USA auf Verhandlungen nach eigenen Bedingungen bestanden. Das Ziel der USA war ein neutrales Vietnam, welches in Johnsons Augen weder durch ein Ende der US-Intervention, noch durch Zugeständnisse wie beispielsweise eine politische Beteiligung der FNL erreicht werden konnte. So kam nur die Schaffung eines separaten, anti-kommunistischen Staates südlich des 17. Breitengrades infrage.<sup>236</sup> Darüber hinaus fürchtete Johnson, dass ein Rückzug den Status der USA als Garant für Freiheit in der Region untergraben und zu einem Prestigeverlust der USA führen würde. 1965 erklärte Johnson das US-Engagement in Vietnam bei einer Rede an der Johns-Hopkins-Universität so:

We fight because we must fight if we are to live in a world where every country can shape its own destiny [...]. To withdraw from one battlefield means only to prepare for the next.<sup>237</sup>

So zog die Johnson-Regierung niemals ernsthaft eine ausschließlich politische Lösung des Konflikts in Vietnam in Betracht, da ihre Strategie Verhandlungen nur in Verbindung mit militärischen Aktionen vorsah – das eiserne Gesetz der Diplomatie lautete „negotiation from strength“.<sup>238</sup> So schreibt auch der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Paul H. Nitze in seinen Memoiren über die US-Politik in Vietnam:

I suggested that we put less weight on negotiations and put ourselves and our allies in a position of strength [...].<sup>239</sup>

Diese Logik machte einen militärischen Erfolg zum wichtigsten Instrument einer Lösung des Konflikts und verhinderte so Verhandlungen.<sup>240</sup> Dies ließ viele der von den USA vorgetragenen Friedensinitiativen als reines Pressemanöver erscheinen, um die kritischen Stimmen zu besänftigen, die der Regierung vorwarfen, sie würde eine politische Lösung des

---

<sup>235</sup> Boyer et al.: 674, 676.

<sup>236</sup> Young: 125f, 137.

<sup>237</sup> LBJL - „Lyndon B. Johnson’s Address at Hopkins University: „Peace Without Conquest“, 7. April 1965, <<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=26877&st=&st1>> (15.11.2008).

<sup>238</sup> Young: 154.

<sup>239</sup> Nitze: 266.

<sup>240</sup> Young: 181.

Konfliktes ausschließen. Der amerikanische Historiker George C. Herring behauptet, dass sowohl die USA als auch Hanoi mit ihren unvereinbaren Verhandlungspositionen eine diplomatische Lösung letzten Endes unmöglich machten: „Peace was not really the issue [...]“<sup>241</sup>

Anfang Mai 1965 bewilligte Johnson zusätzliche Mittel in Höhe von 700 Millionen Dollar und bemerkte an die US-Streitkräfte adressiert: „We are going to give you the tools to finish the job.“<sup>242</sup> Er stellte klar: „We will not be defeated. We will not grow tired.“<sup>243</sup> Am 6. April 1965 bewilligte er mithilfe des *National Security Action Memorandum 328* eine Reihe von Maßnahmen, die eine klare Ausweitung des Krieges bedeuteten, versuchte aber, dies in der Öffentlichkeit herunterzuspielen, wie ein Auszug aus besagtem Memorandum belegt:

[...]

5. The President approved an 18-20,000 man increase in U.S. military support forces to fill out existing units and supply needed logistic personnel.

6. The President approved the deployment of two additional Marine Battalions and one Marine Air Squadron and associated headquarters and support elements.

7. The President approved a change of mission for all Marine Battalions deployed to Vietnam to permit their more active use under conditions to be established and approved by the Secretary of Defense in consultation with the Secretary of State.

[...]

11. The President desires that with respect to the actions in paragraphs 5 through 7, *premature publicity be avoided by all possible precautions. The actions themselves should be taken as rapidly as practicable, but in ways that should minimize any appearance of sudden changes in policy*, and official statements on these troop movements will be made only with the direct approval of the Secretary of Defense, in consultation with the Secretary of State. *The President's desire is that these movements and changes should be understood as being gradual and wholly consistent with existing policy.*<sup>244</sup>

---

<sup>241</sup> Herring. *LBJ and Vietnam*: 119.

<sup>242</sup> APP - „Remarks Upon Signing Resolution Appropriating Funds for Military Requirements in Viet-Nam.“ 7. Mai 1965, <<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=26946&st=&st1=>> (22.12.2008).

<sup>243</sup> Lyndon B. Johnson. *The Vantage Point. Perspectives of the Presidency, 1963-1969*. London: Weidenfeld & Nicolson, 1972: 142.

<sup>244</sup> LBJL - *NSAM 328: Presidential Decisions with Respect to Vietnam*, 6. April 1965, <<http://www.lbjlib.utexas.edu/johnson/archives.hom/nsams/nsam328.asp>> (11.11.2008, meine Hervorhebungen).

Diese Entscheidung Johnsons war weit entfernt von der „limited response“, von der er nach den Zwischenfällen im Golf von Tonking gesprochen hatte.

Tags darauf klagte der Präsident gegenüber seiner Frau über das Dilemma, in dem er sich befand: „I can't get out, and I can't finish it with what I have got. And I don't know what the hell to do!“<sup>245</sup> So würde der „limited war“ in den folgenden Jahren eine immer stärkere Ausweitung erfahren. Ein Ende des Krieges war nicht in Sicht, und so standen die USA dem Paradox gegenüber, dass sie in Vietnam einen „[a]ll-out limited war“ führten, wie Johnsons Berater William Bundy es ausdrückte.<sup>246</sup>

### 3.2.2. Die Tet-Offensive 1968

Am 30. Januar 1968, zu Beginn von Tet, des vietnamesischen Mondjahres, und dreieinhalb Jahre nachdem die USA ihre ersten Kampftruppen nach Vietnam entsandt hatte, starteten die FNL und nordvietnamesische Truppen eine Serie koordinierter Angriffe im ganzen Land, innerhalb derer sie 36 von 44 Provinzhauptstädten, fünf der sechs größten Städte, 64 örtliche Verwaltungsstädte und 50 Wehrdörfer angriffen. Darüber hinaus drangen die Truppen bis auf das Gelände der US-Botschaft in Saigon vor, griffen den Tan Son Nhut-Luftwaffenstützpunkt sowie den Präsidentenpalast an und errangen die Kontrolle über die Kaiserstadt Hué.

Ein Memorandum General Landsdales, zu diesem Zeitpunkt *Special Assistant to the Ambassador*, zeichnete ein detailliertes Bild der Angriffe:

[T]he U.S. Embassy, the Presidential Palace, the JGS compound, the Hue Citadel, most provincial headquarters, and police stations were attacked with great vigor; churches, temples, and pagodas were occupied; leaders among the people were sought out for quick murder or kidnapping. Enemy troops fought hard, notably so. Enemy troops behaved as good comrades towards the people, again notably so. Their new weapons were effective against our armor, once again notably so.<sup>247</sup>

Mithilfe der Tet-Offensive versuchten die Nordvietnamesen, eine Deeskalation des Krieges sowie Verhandlungen zu erzwingen, in der Hoffnung, dass diese Demonstration von Stärke

---

<sup>245</sup> Beschloss [Hrsg.] *Reaching for Glory*: 216.

<sup>246</sup> zitiert in Herring. *LBJ and Vietnam*: 184.

<sup>247</sup> FRUS 1964-68, VI:88, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/johnsonlb/vi/13694.htm>> (16.11.2008).

die USA zum Rückzug bewegen würde. Landsdales Memorandum analysierte die Ziele des Gegners folgendermaßen:

[I]t is likely that the Communists, while hoping to attain the larger goals, knew that the chance for success was uncertain, and had other, longer-range, goals in mind, such as:

- striking fear into the hearts of the urban population by demonstrating the inability of the government to provide adequate security.
- terrorizing and demoralizing government civil and military personnel, and their families, the bulk of whom live in urban areas.
- exacerbating existing tensions among top [...] leaders by confronting them with a major crisis [...].
- straining American/Vietnamese relations [...].
- increasing pressure on the U.S. at home and abroad to withdraw, by seeking to demonstrate the hopelessness of victory and the immorality of our cause [...].<sup>248</sup>

Bereits nach kurzer Zeit wurden alle Städte, mit Ausnahme von Hué, welches erst nach einem knappen Monat erbitterter Kämpfe befreit werden konnte, von den US- und ARVN-Truppen zurückerobert, und Nordvietnam hatte eine schwere militärische Niederlage erlitten.<sup>249</sup> Wie Landsdales Bericht weiter ausführte:

The enemy [...] has been crushed militarily, with great loss of life to him [...]. The physical wounds of the [...] offensive are being healed through a relief and recovery program [...]. The psychological wounds of the enemy's Tet offensive are different, deeper, more dangerous. If too little is done too late, the psychological wounds can fester and be fatal for us. [...]

Public criticism of U.S. policy in Viet Nam has intensified in the U.S. and elsewhere abroad.<sup>250</sup>

Don Oberdorfer, Korrespondent der *Washington Post*, der kurz vor Beginn der Angriffe nach Vietnam geschickt worden war, beschreibt die Tet-Offensive in seinem 1971 veröffentlichten Buch *Tet!* als einen Wendepunkt im Vietnamkrieg,<sup>251</sup> und auch ein CIA-Memorandum hatte in der Hochphase der Offensive bereits vorausgesagt: „The current phase of combat will

---

<sup>248</sup> FRUS 1964-68, VI:88, ebd. (16.11.2008).

<sup>249</sup> Young: 217.

<sup>250</sup> FRUS 1964-68, VI:88, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/johnsonlb/vi/13694.htm>> (16.11.2008).

<sup>251</sup> Don Oberdorfer. *Tet!*. Garden City: Doubleday, 1971: ix.

have a critical bearing on the further course of the war and may even prove to be decisive.“<sup>252</sup>

Die graduelle Eskalation des Krieges war von der Regierung verschleiert oder bestritten worden. Zu Beginn des Jahres 1968 wurde sie jedoch offensichtlich, als die Tet-Offensive verdeutlichte, dass der Krieg nicht in absehbarer Zeit zu gewinnen wäre und Vietnam als „bottomless pit“ (so McGeorge Bundy) erscheinen ließ.<sup>253</sup> Diese Tatsachen widersprachen den Verlautbarungen der Regierung Ende 1967, wonach die USA Fortschritte in Vietnam machten. Die Offensive, welche die Fehleinschätzungen der USA drastisch offenbarte, führte schließlich zu einem Wandel der US-Strategie in Vietnam, als nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch einflussreiche Regierungsmitglieder die wachsende Kluft zwischen den Zielen der USA und der Realität in Vietnam erkannten.<sup>254</sup>

Nach General Westmorelands Bericht intensiver feindlicher Aktivitäten hatten die USA nordvietnamesische Angriffe erwartet und sich auf eine Offensive beim Stützpunkt von Khe Sanh eingestellt und diesen daraufhin verstärken lassen. Die USA wussten jedoch nicht, dass es sich bei den nordvietnamesischen Truppen nahe Khe Sanh lediglich um ein Ablenkungsmanöver handelte, um die Aufmerksamkeit der USA von den FNL-Aktivitäten im Süden abzuwenden. Das Manöver glückte und so überraschten die Angriffe im Süden die US- und ARVN-Streitkräfte in vielen Provinzen und lokalen Verwaltungszentren.

Die Historikerin Marilyn B. Young hat die mangelnde Bereitschaft der USA und die Frage, warum andere Anzeichen der kommenden Offensive nicht ernst genommen wurden, mit der konventionellen Sicht der USA auf den Krieg sowie der Unkenntnis des Landes, in dem sie kämpften, zu erklären versucht: Während die Gefechte bei Khe Sanh in das amerikanische Bild eines konventionellen Krieges passten – mit regulären nordvietnamesischen Truppen, die Ziele in Südvietnam attackierten – taten die Offensive im Süden oder ein Guerillakrieg dies nicht. Hätten die USA diese Gefahr ernst genommen, so Young, hätten sie sich auch eingestehen müssen, dass die FNL die revolutionäre Kraft war, die sie zu sein behauptete, und Unterstützung bei der Bevölkerung im Süden fand, welcher als befriedet galt. Solch ein Eingeständnis hätte wiederum bedeutet, dass die USA ihre Rolle in Vietnam sowie die

---

<sup>252</sup> FRUS 1964-68, VI:86, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/johnsonlb/vi/13694.htm>> (16.11.2008).

<sup>253</sup> zitiert in Young: 225.

<sup>254</sup> vgl. Schmitz. *The Tet Offensive*: xv. Schmitz argumentiert, dass v.a. der Meinungsumschwung seiner Berater letztlich für den Kurswechsel in Johnsons Vietnam-Politik verantwortlich war.

Legitimation des Krieges, den sie dort führten, hinterfragen hätten müssen. Solch eine Debatte war für die Johnson-Administration allerdings inakzeptabel.<sup>255</sup>

Die Tatsache, dass FNL-Truppen es schafften, bis auf das Gelände der US-Botschaft in Saigon vorzudringen, verdeutlichte die amerikanische Fehleinschätzung der Sicherheitslage in Südvietnam besonders stark. So gab Johnson auf einer Pressekonferenz am 2. Februar 1968 bekannt, dass die Tet-Offensive eine militärische Niederlage für Nordvietnam gewesen sei, fügte aber hinzu: „Their second objective [...] is a psychological victory.“<sup>256</sup> Angesichts der effektiven Demonstration von Mobilität und Stärke erreichte die FNL somit ihr Ziel und ließ nicht nur McNamara realisieren: „We simply have to end this thing. [...] It is out of control.“<sup>257</sup>

Im März stärkte General Wheelers Bericht aus Vietnam, welcher die Tet-Offensive als „very near thing“<sup>258</sup> beschrieb, die Position derer, welche für eine Deeskalation oder gar einen Rückzug plädierten. In ihrem Bericht entwickelten General Wheeler und Westmoreland Vorschläge für eine aggressive, offensive Strategie mit verstärkten Bodenoperationen in Südvietnam, einem ausgeweiteten Luftkrieg gegen Nordvietnam sowie Operationen zur Zerstörung des Ho-Chi-Minh-Pfades und nordvietnamesischen Zufluchtsorten in Laos und Kambodscha. Hierfür forderten sie eine Truppenerhöhung von 206.000 Mann, die unweigerlich auch die Einberufung der Reservisten nach sich gezogen hätte. In dem Bericht warnte General Wheeler: „If the enemy synchronizes his expected major attacks with increased pressure throughout the country, General Westmoreland's margin will be paper thin.“<sup>259</sup>

Alarmiert von der Größenordnung der neuen Truppenerhöhung beauftragte Johnson den zukünftigen Verteidigungsminister Clark Clifford mit der Bildung einer Task Force, die eine intensive und kritische Prüfung der US-Strategie vornehmen sollte. Diese Task Force ergänzte die Gremien, die bis jetzt für die Vietnam-Politik verantwortlich waren: Neben der

---

<sup>255</sup> Young: 220f.

<sup>256</sup> vgl. APP - „The President's News Conference of February 2, 1968“, <<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=29149>> (17.07.2009) und Lyndon B. Johnson. *The Vantage Point*: 383.

<sup>257</sup> Herring. *LBJ and Vietnam*: 158.

<sup>258</sup> zitiert in George C. Herring. *America's Longest War. The United States and Vietnam, 1950-1975*. New York: Wiley, 1979: 191.

<sup>259</sup> FRUS 1964-68, VI:90, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/johnsonlb/vi/13694.htm>> (16.11.2008).

sog. „Tuesday Lunch Group“ (Präsident Johnson, Robert McNamara, Dean Rusk und McGeorge Bundy nutzten das Mittagessen, um ihre Strategie für Vietnam in kleiner Runde zu besprechen) suchte Johnson 1967 zum ersten Mal auch den Rat der „Wise Men“, einer größeren Gruppe von Regierungsmitgliedern und Beratern, deren Treffen jedoch nur unregelmäßig stattfanden.<sup>260</sup>

Die kritische Prüfung der Clifford Task Force offenbarte, wie unrealistisch die USA die Lage in Vietnam beurteilt hatten: 1968 war trotz der erheblichen militärischen Niederlage, welche die FNL bei der Tet-Offensive erlitten hatte, kein Ende des Krieges absehbar. Dies galt auch für den Fall, dass die von Westmoreland geforderte Truppenerhöhung tatsächlich bewilligt werden sollte.<sup>261</sup> Auch würde die Truppenerhöhung die USA Milliarden von Dollar kosten, welche wahrscheinlich nicht ohne eine große Steuererhöhung aufzutreiben wären. So bemerkte Robert McNamara bei einem Treffen am 28. Februar 1968:

As I see this total program, it would add 2-1/2 billion dollars to the 1968 budget. It would increase the 1969 budget by \$10 billion. It would increase the 1970 budget by about \$15 billion.<sup>262</sup>

Auch die Berichte über die militärische Lage in Vietnam waren weiterhin beunruhigend – so führte General Wheeler aus:

– The Tet attack was very powerful and nationwide. [...]

– The margin of victory was very thin in a number of battles. [...]

1968 will be a critical year in the war. There is heavy fighting ahead. The losses will be high [...].<sup>263</sup>

Ellsworth Bunker, US-Botschafter in Saigon, berichtete in einem Telegramm an das US-Außenministerium:

The enemy has shown a capacity for continued heavy infiltration from the North. [...] And the enemy has demonstrated flexibility, skill, resourcefulness, discipline, and determination.<sup>264</sup>

---

<sup>260</sup> zu den Mitgliedern der einzelnen Gremien s. Tabelle Krisenstäbe (Anhang).

<sup>261</sup> FRUS 1964-68, VI:45, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/johnsonlb/vi/13689.htm>> (16.11.2008).

<sup>262</sup> FRUS 1964-68, VI:91, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/johnsonlb/vi/13694.htm>> (16.11.2008).

<sup>263</sup> ebd. (16.11.2008).

<sup>264</sup> FRUS 1964-68, VI:94, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/johnsonlb/vi/13694.htm>> (16.11.2008).

Dies waren die Realitäten, mit denen die Mitglieder der Task Force sich konfrontiert sahen. Ihrer Ansicht nach würde die Entsendung weiterer US-Truppen zu einer weiteren Eskalation und Amerikanisierung des Konfliktes führen. Daher forderte die Gruppe, dass die Südvietnamesen mehr Verantwortung übernehmen sollten – der Beginn der sog. Vietnamisierung des Konflikts, welche unter Nixon durchgesetzt und daher auch als Nixon-Doktrin bekannt wurde. Sie schlug außerdem einen strategischen Wechsel von „Search and Destroy“-Operationen hin zum Prinzip der „population security“ vor und sprach sich für eine Verhandlungslösung aus, denn, wie der neue Verteidigungsminister Clark Clifford mit Schrecken bemerkte, die *Joint Chiefs of Staff* waren weder in der Lage zu sagen, wie viele zusätzliche Truppen benötigt würden um den Krieg zu beenden, noch konnten sie einen Plan für den Sieg in Vietnam vorlegen.<sup>265</sup> Nach der Veröffentlichung der von Westmoreland geforderten Truppenerhöhung durch die Medien<sup>266</sup> reagierte der US-Kongress erbost auf die Aussicht einer weiteren Eskalation und stimmte in den Chor der Kritiker im In- und Ausland ein.

Die schwindende öffentliche Unterstützung für den Krieg, auch bei einflussreichen Meinungsführern in Nicht-Regierungskreisen, zeigte sich ebenso bei den Vorwahlen in New Hampshire, bei denen Senator Eugene McCarthy, angetreten als ausgesprochener Kriegsgegner, überraschend 42,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Dies ermutigte auch Johnsons innerparteilichen Konkurrenten Robert Kennedy für die Demokraten mit dem Versprechen anzutreten, den Krieg zu beenden.<sup>267</sup> Die *New York Times* berichtete in einem Spezial von der Pressekonferenz am 16. März 1968, auf der Robert Kennedy seine Kandidatur für die Präsidentschaft bekannt gegeben hatte.<sup>268</sup> Ende März befürwortete die Mehrheit von Johnsons Beratern, den „Wise Men“, eine Deeskalation. Der Präsident lehnte daraufhin die geforderte Truppenerhöhung ab, unterstellte General Westmoreland dem Pentagon und schickte lediglich eine Unterstützung von 13.500 Mann – es würden die letzten US-Soldaten sein, die nach Vietnam entsandt wurden. So wurde dem US-Engagement letztlich ein Limit gesetzt und eine weitere Eskalation und Amerikanisierung

---

<sup>265</sup> Herring. *LBJ and Vietnam*: 158f.

<sup>266</sup> „Westmoreland Requests 206,000 More Men, Stirring Debate in Administration“, *New York Times*, 10. März 1968: 1.

<sup>267</sup> Herring. *America's Longest War*: 199f.

<sup>268</sup> John Herbers. „Scene Is the Same, but 8 Years Later“, *New York Times*, 17. März 1968: 68.

verhindert. In einer Fernsehansprache am 31. März 1968 kündigte Johnson zudem einen partiellen Bombenstopp über Nordvietnam an und erklärte sich zu Verhandlungen bereit:

Tonight, I renew the offer I made last August – to stop the bombardment of North Vietnam. We ask that talks begin promptly, that they be serious talks on the substance of peace. We assume that during those talks Hanoi will not take advantage of our restraint.

We are prepared to move immediately toward peace through negotiations.

So, tonight, in the hope that this action will lead to early talks, I am taking the first step to deescalate the conflict. We are reducing – substantially reducing – the present level of hostilities.

And we are doing so unilaterally, and at once.<sup>269</sup>

Johnson schloss seine Ansprache mit den Worten:

I should not permit the Presidency to become involved in the partisan divisions that are developing in this political year.

With America's sons in the fields far away, with America's future under challenge right here at home, with our hopes and the world's hopes for peace in the balance every day, I do not believe that I should devote an hour or a day of my time to any personal partisan causes or to any duties other than the awesome duties of this office – the Presidency of your country.

Accordingly, I shall not seek, and I will not accept, the nomination of my party for another term as your President.<sup>270</sup>

Unterdessen hatten sich die Kriegsparteien auf Friedensverhandlungen geeinigt, welche im Mai 1968 in Paris begannen. Doch die Gespräche gerieten rasch ins Stocken. In der Zwischenzeit gewann der Krieg in der Luft und zu Boden in ganz Südvietnam sowie in Laos an Intensität und trat in seine blutigste Phase ein, als die USA die größte Operation des Krieges, „Final Victory“, starteten.<sup>271</sup> So schrieb die *New York Times* nur drei Tage nach Johnsons Ansprache:

American attacks have blown a 200-mile gap in the credibility of President Johnson's latest peace initiative, seriously diminishing prospects for reconciliation at home and

---

<sup>269</sup> LBJL - „President Lyndon B. Johnson's Address to the Nation Announcing Steps To Limit the War in Vietnam and Reporting His Decision Not To Seek Reelection March 31, 1968“, <<http://www.lbjlib.utexas.edu/johnson/archives.hom/speeches.hom/680331.asp>> (11.11.2008).

<sup>270</sup> ebd. (11.11.2008).

<sup>271</sup> Herring. *LBJ and Vietnam*: 168.

accommodation abroad. [... This] gives to Hanoi a ready-made excuse [...] to reject negotiations once again.<sup>272</sup>

Der bis zu einem gewissen Grad schizophrene Ansatz der Johnson-Administration war teilweise auch die Folge regierungsinterner Unstimmigkeiten, wo die militärische Führung den Verlust kürzlich erobelter Gebiete bei den Verhandlungen fürchtete.<sup>273</sup> Substanzielle Friedensgespräche sollten nicht vor Oktober beginnen, nachdem Johnson einem kompletten Bombenstopp zugestimmt hatte. Doch die Initiative wurde von den Südvietnamesen sabotiert, die von den Republikanern in ihrer Position bestärkt wurden, deren Präsidentschaftskandidat Richard Nixon im Wahlkampf mit einem „secret plan“ für Frieden in Vietnam geworben hatte.<sup>274</sup> Auch war die gesplittete Johnson-Regierung unterschiedlicher Ansicht darüber, was Ziel dieser Friedensgespräche sein sollte. So kam es, dass Johnson die letzte Möglichkeit eines Abkommens verstreichen ließ und der Präsident das Amt „bloody but unbowed“<sup>275</sup> verließ, wie Chalmers Roberts, Korrespondent in Washington, es ausdrückte.

#### *Das Medienmanagement der Johnson-Regierung*

Von Anfang an tat sich Lyndon B. Johnson, dem im Umgang mit den Medien das Geschick seines Vorgängers fehlte, schwer mit dem Medienmanagement. Während des Vietnamkrieges sah die Regierung von einer Zensur ab und gewährte den Journalisten Zugang zu den Schlachtfeldern und bevorzugte dabei jene, welche wohlwollend über den Krieg und die US-Strategie in Vietnam berichteten. Zudem organisierte die Regierung 1965 die filmische Legitimationskampagne „Why Vietnam“, eine Art bebilderte Rede Präsident Johnsons und eine „Visualisierung der regierungsoffiziellen Deutung jener Geschichte, die schließlich im Einsatz der US-Streitkräfte gipfelte.“<sup>276</sup>

Neben den Printmedien brachte so auch das Fernsehen den Krieg direkt in die amerikanischen Wohnzimmer: „Vietnam was America’s first television war and the Tet Offensive was America’s first television superbattle.“<sup>277</sup> Je mehr sich der militärische Konflikt

---

<sup>272</sup> „Straining Credibility“, *New York Times*, 3. April 1968: 46.

<sup>273</sup> Herring. *LBJ and Vietnam*: 166ff.

<sup>274</sup> Young: 233f.

<sup>275</sup> zitiert in Herring. *LBJ and Vietnam*: 174ff.

<sup>276</sup> Paul: 314f.

<sup>277</sup> Don Oberdorfer. *Tet!*: 159.

jedoch in die Länge zog, desto schwerer wurde es für Johnson, die Notwendigkeit des Krieges angesichts der sich mehrenden Proteste in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Obwohl es bereits vor der Tet-Offensive Anti-Kriegs-Demonstrationen und kritische Stimmen gegeben hatte, ist dennoch bemerkenswert, wie groß die Unterstützung für einen Krieg, der solch einen intensiven und langen militärischen Einsatz erforderte, zu diesem Zeitpunkt noch war.<sup>278</sup> Im Juli 1966 wartete beispielsweise die *New York Times* mit der Schlagzeile „McNamara Is ‘Cautiously Optimistic’ on Vietnam“<sup>279</sup> auf und noch 1967 sprachen Artikel von einem „favorable turning point“.<sup>280</sup> Dies änderte sich nach der Tet-Offensive dramatisch. Die Tet-Offensive war ein öffentlicher Schock und bescherte der Johnson-Regierung eine schwere Glaubwürdigkeitskrise. Der Präsident zeigte sich verärgert über die Berichterstattung der Tet-Offensive in Fernsehen und Presse und warf den Medien vor, übertriebene Kritik zu üben und ein verzerrtes Bild des Krieges zu zeigen. So schrieb er später in seinen Memoiren:

There was a great deal of emotional and exaggerated reporting of the Tet offensive in our press and on television. The media seemed to be in competition as to who could provide the most lurid and depressing accounts. Columnist unsympathetic to American involvement in Southeast Asia jumped on the bandwagon. Some senatorial critics and numerous opponents of America’s war effort added their voices to the chorus of defeatism. The American people and even a number of officials in government, subjected to this daily barrage of bleakness and near panic, began to think that we must have suffered a defeat.<sup>281</sup>

Offenbar zog Johnson nicht in Betracht, dass sein eigener politischer Kurs, der seinen Wahlversprechen von 1964 diametral entgegenstand, diesen Meinungsumschwung bewirkt haben könnte.

Von Beginn an war die Johnson-Regierung in ihrem Medienmanagement demnach eher zurückhaltend. Da es nie eine offizielle Kriegserklärung gegeben hatte, gab es auch keine Versuche, die Öffentlichkeit für den Krieg zu gewinnen. Johnson hoffte, dass er, indem er die öffentliche Debatte um den Krieg klein hielt, genügend Unterstützung bekommen würde, ohne dass die öffentliche Besorgnis wuchs. So kombinierte der Präsident ein stärkeres militärisches Engagement mit Friedensrhetorik und hob gegenüber Kritikern stets die

---

<sup>278</sup> Herring. *LBJ and Vietnam*: 149f.

<sup>279</sup> Max Frankel. „McNamara Is ‘Cautiously Optimistic’ on Vietnam“, *New York Times*, 10. Juli 1966: 3.

<sup>280</sup> ders. „Guam Talks End; President Voices Hope and Caution“, *New York Times*, 21. März 1967: 1.

<sup>281</sup> Lyndon B. Johnson. *The Vantage Point*: 384.

Friedensinitiativen der Regierung hervor. In seiner *State of the Union Address* 1966 betonte Johnson:

Our decision to stand firm has been matched by our desire for peace. In 1965 alone we had 300 private talks for peace in Vietnam, with friends and adversaries throughout the world. [...]

We have also made it clear – from Hanoi to New York – that there are no arbitrary limits to our search for peace. [...] We will meet at any conference table, we will discuss any proposals – four points or fourteen or forty – and we will consider the views of any group.<sup>282</sup>

Als die Hoffnungen auf eine Einigung jedoch mit jeder weiteren erfolglosen Friedensinitiative zerstört wurden, führte diese Taktik lediglich zur Desillusionierung vieler Amerikaner. Darüber hinaus wurden die erheblichen Änderungen in der US-Strategie 1965 der Öffentlichkeit nicht als solche vermittelt und Johnson versuchte, die Entsendung weiterer Truppen zu verschleiern, um wachsende Besorgnis über eine Eskalation des Krieges in Vietnam zu verhindern. So führte Johnson die USA Schritt für Schritt weiter in den Krieg, ohne diese Entwicklung publik zu machen. Um der wachsenden Kritik zu begegnen, versuchte die Regierung die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die USA Fortschritte in Vietnam machten. Um dem Eindruck eines amerikanisierten Krieges und dem Vorwurf, die Südvietnamesen übernahmen nicht genügend Verantwortung, entgegenzuwirken, versah die Johnson-Regierung beispielsweise große Militäroperationen mit vietnamesischen Namen.<sup>283</sup>

Dennoch war es nicht einfach, der Öffentlichkeit die Notwendigkeit des Krieges zu erklären, da weder grundlegende amerikanische Interessen, noch die amerikanische Sicherheit direkt bedroht waren. Das einzige amerikanische Interesse – ein freies und demokratisches Südvietnam – wurde durch das ungenügende Engagement der Südvietnamesen und die Tatsache, dass die USA ein Land zerstörten, in dem sie eine freie Nation aufzubauen gedachten, untergraben. Erst 1967 verteidigte Johnson seine Vietnam-Politik angesichts wachsender öffentlicher Kritik offensiver. Aber die 1967 gestartete PR-Kampagne, welche die Kritik und die Behauptungen, dass der Krieg ins Stocken geraten sei, verstummen lassen

---

<sup>282</sup> LBJL - „President Lyndon B. Johnson’s Annual Message to the Congress on the State of the Union, Jan 12, 1966“, <<http://www.lbjlib.utexas.edu/johnson/archives.hom/speeches.hom/660112.asp>> (11.11.2008).

<sup>283</sup> Herring: *LBJ and Vietnam*: 144.

sollte, basierte auf der Prämisse, dass die USA den Krieg gewannen.<sup>284</sup> So präsentierten US-Beamte Fakten und Zahlen, von denen sie hofften, dass sie ebendiesen Fortschritt bewiesen, obwohl die vorgelegten Zahlen eher Schätzungen darstellten. Don Oberdorfer beschreibt beispielsweise, wie der US-Führungsstab Feindeszahlen aufblähte, um weitere Truppenerhöhungen zu rechtfertigen:

[T]he U.S. command, in order to justify its additional troop request, inflated enemy numbers by adding "guerillas, combat [as well as] infrastructure support and newly impressed recruits" to the previous estimates of the known Communist maneuver force.<sup>285</sup>

Diese wiederholten Fortschrittsbekundungen trugen erheblich zum Glaubwürdigkeitsproblem der Regierung bei, da die Tet-Offensive sie in den Augen der Öffentlichkeit Lügen strafte. Letzten Endes waren sowohl die PR-Kampagne, als auch die Glaubwürdigkeit der Regierung auf einen klaren Erfolg der USA angewiesen, doch die Zeitungen zeichneten ein anderes Bild:

[T]he bold display of Communist strength inside South Vietnam and along its borders proves [...] that the bombing of North Vietnam has failed in its purpose. It has reduced neither the enemy's will nor his capacity to fight. Instead, as the bombing has increased, so have the determination and the strength of the enemy forces; and so have American casualties [, ... creating] a major obstacle to negotiations that might bring both the fighting and the casualties to an end. [...]

[T]he Administration[']s [...] rigid policies [...] have brought this nation and its fighting men unprecedented humiliation and peril. [... The President is] clinging to policies that experience has proved unavailing [...].<sup>286</sup>

Nach der Tet-Offensive glaubte nicht nur die Presse, sondern auch die Öffentlichkeit nicht mehr an einen Erfolg. Die Kluft zwischen den offiziellen Statements aus Washington und den tatsächlichen Geschehnissen in Vietnam war zu groß.

### *Die Rolle der Medien*

Die Johnson-Regierung hatte geglaubt, dass ihre Großzügigkeit gegenüber der Presse, wie etwa der freie Zugang zu den Schlachtfeldern für Journalisten, ihnen im Gegenzug eine wohlwollende und positive Berichterstattung einbringen würde. Da die Regierung die Folgen

---

<sup>284</sup> ebd.: 122.

<sup>285</sup> Oberdorfer: 262.

<sup>286</sup> „The Question in Vietnam“, *New York Times*, 4. Februar 1968: E12.

einer Zensurregelung und Vorwürfe des „news management“ fürchtete, betrieb sie eine Pressepolitik der maximalen Offenheit („maximum candor“). Obwohl die Medien den Krieg größtenteils unterstützten, nahmen sie ihre kritische Funktion wahr und konnten die wachsende Kluft zwischen offizieller Rhetorik und der Realität in Vietnam nicht länger ignorieren.<sup>287</sup>

1967 verschlechterten sich die Beziehungen der Regierung zur Presse zusehends, als erste Stimmen von einem Stillstand in Vietnam sprachen und beide Seiten heftige Kritik aneinander übten: Die Presse warf der Regierung vor, dass sie die Öffentlichkeit hinterging, und die Regierung der Presse, dass sie kein ‚Teampayer‘ sei und somit indirekt die nordvietnamesische Propaganda unterstützen würde. So sah sich eine skeptische Presse 1968 in ihren Ansichten bestätigt, als die Tet-Offensive frühere Behauptungen der Johnson-Regierung widerlegte.

Die Tet-Offensive brachte den Krieg in die Städte, wo er für die Journalisten einfacher einzufangen war. Im Februar konnte die größte Zahl von Korrespondenten in Saigon seit Beginn des Krieges dem amerikanischen Volk somit ihre Sicht der Angriffe und des Krieges vermitteln. Diese erreichte Millionen amerikanischer Haushalte via Satellit: Im Januar 1968 waren sechzehn von siebzehn Haushalten mit einem Fernseher ausgestattet und die Nachrichtenprogramme am frühen Abend erreichten ein großes Publikum.<sup>288</sup> So gab es auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs 100 Millionen Empfangsgeräte und 60 Prozent der Amerikaner bezogen ihre Informationen nun aus dem Fernsehen.<sup>289</sup> Das Fernsehen präsentierte die Tet-Offensive als Krise: Die Nachrichtenprogramme zeigten nicht nur den menschlichen Tribut, den die Offensive in den Städten forderte, sie zeigten auch, wie Korrespondenten selbst Verletzungen davontrugen.<sup>290</sup> Auch *TIME-Magazine* berichtete in seinem Artikel „The Men Without Helmets“: „Since the Tet offensive began, 14 correspondents and crewmen from the U.S. networks have been injured.“<sup>291</sup> Die Medien betonten zudem die schweren US-Verluste sowie die Grausamkeit des Krieges. Ein Bild, das

---

<sup>287</sup> Herring. *LBJ and Vietnam*: 127f, 134.

<sup>288</sup> Oberdorfer: 159.

<sup>289</sup> Paul: 315.

<sup>290</sup> Carole Fink, Philipp Gassert und Detlef Junker [Hrsg.] 1968. *The World Transformed*. Cambridge: Cambridge University Press, 1998: 67.

<sup>291</sup> „The Men Without Helmets“, *TIME-Magazine*, 15. März 1968,

<<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,838034,00.html>> (9.11.2008).

sowohl auf Foto als auch auf Film festgehalten wurde, verkörperte diese Grausamkeit besonders deutlich: Es war das Bild des südvietnamesischen Polizeichefs Nguyen Ngoc Loan, der in den Straßen Saigons einen Vietcong exekutierte. Die Exekution und die Disparität zwischen dem Gefangenen und dem Polizeichef ließ viele Menschen an den Zielen zweifeln, für welche die USA kämpften. Außenminister Dean Rusk muss sich dem Effekt solcher Bilder bewusst gewesen sein, als er Journalisten verärgert fragte, auf welcher Seite sie eigentlich stünden.<sup>292</sup> Als Walter Cronkite, einer der angesehensten Nachrichtensprecher der USA, feststellte „[I]t seems now more certain than ever that the bloody experience of Vietnam is to end in a stalemate“, wusste Johnson, dass die Situation aussichtslos war: „If I’ve lost Walter, then it’s over. I’ve lost Mr. Average Citizen.“<sup>293</sup>

Neben dem Fernsehen betonten auch die Printmedien den amerikanischen Misserfolg. So meldete beispielsweise *Newsweek*: „[The ...] Tet Offensive has created a crisis of decision in Vietnam.“<sup>294</sup> Das Magazin kritisierte die Politik der Johnson-Administration und forderte eine diplomatische Lösung des Konflikts. Unter der Schlagzeile „More of the Same Won’t Do“ trat *Newsweek* zum zweiten Mal in seiner Geschichte aus der strikten Rolle als Berichterstatter hervor um Position zu beziehen, und stellte fest:

After three years of gradual escalation, President Johnson’s strategy for Vietnam has run into a dead end. [...] The Tet offensive [...] has exposed the utter inadequacy of the Administration’s war policy. A new policy is needed.<sup>295</sup>

Vor dem Hintergrund von General Westmorelands Forderungen nach einer Truppenerhöhung und der laufenden Überprüfung der US-Strategie warf *Newsweek* einige der Fragen auf, denen sich auch die Mitglieder der Task Force stellen mussten:

How far has the Johnson administration miscalculated? How wide is the gap between what it hoped to achieve and the situation that now prevails? [...] Can the war be won at all – and at what cost?<sup>296</sup>

Das Editorial schloss mit Fotos aus Khe Sanh, „taken by [...] free lance photographer Robert Ellison, who lost his life in a [...] transport plane crash last week.“<sup>297</sup>

---

<sup>292</sup> Oberdorfer: 170.

<sup>293</sup> zitiert in Boyer et al.: 686.

<sup>294</sup> Oberdorfer: 273f.

<sup>295</sup> s. Display Ad 117, *New York Times*, 12. März 1968: 88.

<sup>296</sup> s. ebd.

<sup>297</sup> s. ebd.

Auch *TIME* und *Life-Magazine* sowie das *Wall Street Journal* hatten Stellung bezogen.<sup>298</sup> Ein Artikel des *TIME-Magazine* vom 1. März 1968 begann mit der Aussage: „Optimism is a sturdy soldier, frequently able to survive even against overwhelming odds. Last week in Viet Nam it joined the list of casualties.“ Der Artikel berichtete über den Pessimismus der Militärs in Saigon und deren Enttäuschung über das Versagen der US-Geheimdienste, welche die Tet-Offensive nicht vorhergesehen hatten, obwohl durchaus Anzeichen für den Start einer größeren Offensive zu erkennen gewesen wären. Darüber hinaus zitierte das Magazin einen hochrangigen US-Beamten in Vietnam mit den Worten: „We have had a hell of a setback.“<sup>299</sup> Das *Wall Street Journal*, welches die Johnson-Regierung und ihre Strategie stets unterstützt hatte, fand ebenfalls deutliche Worte: „[T]he American people should be getting ready to accept [...] the prospect that the whole Viet Nam effort may be doomed; it may be falling apart beneath our feet.“<sup>300</sup>

Auch ein Artikel der *New York Times* zeigte den grundlegenden Widerspruch in der amerikanischen Position und brachte das Glaubwürdigkeitsproblem auf den Punkt: Die Zeitung zitierte einen US-Offizier in Ben Tre mit den Worten „It became necessary to destroy the town in order to save it.“<sup>301</sup> Die Presse hatte bereits ihre Meldung, als Westmorelands Forderung nach einer Truppenerhöhung bis zur *New York Times* durchsickerte, die auch von einer gespaltenen Regierung zu berichten wusste, in der Westmorelands Forderung heftige Debatten ausgelöst hatte.<sup>302</sup>

Dies verstärkte die öffentlichen Zweifel an der richtigen Einschätzung der Situation in Vietnam seitens der Johnson-Administration sowie den Glauben der Öffentlichkeit, dass sie von der Regierung hintergangen wurde. Wenn die USA tatsächlich den propagierten Fortschritt in Vietnam verzeichnen konnten, warum benötigte die Regierung dann zusätzliche Truppen? Außenminister Dean Rusk wurde in den vom Fernsehen übertragenen Anhörungen des *Senate Foreign Relations Committee* denn auch ausgiebig zu der

---

<sup>298</sup> Oberdorfer: 274.

<sup>299</sup> „Critical Season“, *TIME-Magazine*, 1. März 1968, <<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,941195,00.html>> (20.12.2008).

<sup>300</sup> zitiert in „Critical Season“, *TIME-Magazine*.

<sup>301</sup> „Ruined Bentre, After 45 Days, Still Awaits Saigon’s Aid“, *New York Times*, 15. März 1968: 3.

<sup>302</sup> „Westmoreland Requests 206,000 More Men, Stirring Debate in Administration“, *New York Times*, 10. März 1968: 1.

geforderten Truppenerhöhung befragt. Zudem wollte man herausfinden, ob die USA die Ereignisse im Golf von Tonking 1964 bewusst provoziert hatten. Die Presse bemerkte dazu:

Secretary Rusk repeats himself [...] like a broken record. [...] Despite the Secretary's assurances that since the enemy's Tet offensive "the entire situation is under consideration from a A to Z," Mr. Rusk repeated most of the clichés he had uttered during his last public appearance before the committee on this subject [...].<sup>303</sup>

Die Tet-Offensive erhielt in den USA große öffentliche Aufmerksamkeit und die Berichterstattung darüber wurde zu einem entscheidenden Faktor. Indem sie den Fortschritt in Vietnam als Illusion enthüllten und den Amerikanern so im Sinne des von Boin et al. erläuterten „meaning making“ halfen, einer Krise Sinn zu verleihen, die die Johnson-Administration nicht erklären konnte, beeinflussten die Medien die öffentliche Meinung und umgekehrt.<sup>304</sup> Somit prägten die Medien und Reporter, die selbst von der Schockwelle der Angriffe überrascht wurden, den Eindruck der Offensive entscheidend. Die „selektive Realität“ der Fernsehberichte, wie Don Oberdorfer sie nennt, ließ die Fernsehzuschauer in den USA wahrscheinlich mehr militärische Aktionen zu Gesicht bekommen als die US-Truppen, die zum Zeitpunkt der Offensive in Vietnam waren.<sup>305</sup> Die Korrespondenten erkannten die politische und psychologische Dimension der Tet-Offensive und sahen sie als Beweis, dass der Krieg außer Kontrolle geraten war.<sup>306</sup>

Die „psychologischen Wunden“ der Tet-Offensive, vor denen Landsdale in seinem Memorandum vom 27. Februar 1968 gewarnt hatte, bewahrheiteten sich nun und stellten sich als fatal für die USA heraus.<sup>307</sup> Dies musste auch die Task Force in Washington zur Kenntnis nehmen. Ihr Leiter Clark Clifford, der Robert McNamara im Januar 1968 als Verteidigungsminister abgelöst hatte, machte der Gruppe klar:

Look at [the] situation from [the] point of view of [the] American public [...]. Despite optimistic reports, our people (and world opinion) believe we have suffered a major setback.

[... H]ow do we gain support for major program [...], if we have told people things are going well? How do we avoid creating [the] feeling that we are pounding troops down [a] rathole?

---

<sup>303</sup> „Secretary Rusk Repeats Himself“, *New York Times*, 12. März 1968: 42.

<sup>304</sup> Oberdorfer: 241, 333.

<sup>305</sup> ebd.: 242.

<sup>306</sup> Young: 222.

<sup>307</sup> FRUS 1964-68, VI:88, <<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/johnsonlb/vi/13694.htm>> (16.11.2008).

[...] Before any decision is made, we must re-evaluate our entire posture in [South Vietnam ...].<sup>308</sup>

In einem Memorandum vom 29. Februar 1968 bemerkte Johnsons Nationaler Sicherheitsberater Walt Rostow hinsichtlich der öffentlichen Meinung: „I am no expert; but I sense three things: frustration at our defensive posture [...], a hawkish balance in the country [and] a desire to do something about the situation.“<sup>309</sup>

Die „hawkish balance“, von der Rostow sprach, war allerdings nur von kurzer Dauer und sollte von überwältigenden Forderungen nach einem Wandel in der US-Strategie und einem Rückzug aus Vietnam gefolgt werden. Frustrierte Meinungsführer des Pressekorps fochten Johnsons Vietnam-Politik an. So konstatierte der *New York Times*-Korrespondent James Reston in seinem Artikel denn auch „a crisis of confidence in President Johnson’s policies“ und führte weiter aus: „Johnson and his policies are, and have always been, the central question.“ Er ermunterte die Wähler, in den kommenden Wahlen ihr Urteil über Johnsons Politik abzugeben (Reston konnte zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen, dass Johnson nur wenige Tage später öffentlich von einer erneuten Präsidentschaftskandidatur absehen würde). „The problems of the war [...] have [...] been around for everybody to see, but it took the Tet offensive in Vietnam [...] to bring them into sharp focus for the general public“, folgerte Restons Artikel.<sup>310</sup> So beeinflusste die Berichterstattung über die Tet-Offensive die Einstellung der amerikanischen Öffentlichkeit und konfrontierte die Johnson-Regierung mit einer politischen Krise in Vietnam und einer Glaubwürdigkeitskrise in der Heimat.

### *Meinungsumschwung 1968*

Die wachsende Unzufriedenheit mit Johnsons Krisenmanagement spiegelte sich auch in Umfragen wider. Bis Ende 1967 hatte die Öffentlichkeit den Problemen in Vietnam wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obgleich es schon früher Proteste gegen den Krieg gegeben hatte, vor allem auf Universitätsgeländen und besonders nachdem die USA begannen, Vietnam zu bombardieren. Johnson unterschätzte die Wichtigkeit dieser frühen Proteste und tat sie als kommunistisch gesteuert ab.<sup>311</sup> Bereits Ende April 1965 klagte er:

---

<sup>308</sup> FRUS 1964-68, VI:89, ebd. (16.11.2008).

<sup>309</sup> FRUS 1964-68, VI:93, ebd. (16.11.2008).

<sup>310</sup> James Reston. „Washington: Johnson Is the Issue“, *New York Times*, 17. März 1968: E12.

<sup>311</sup> Herring. *LBJ and Vietnam*: 142.

We could solve the Vietnam thing if the North Vietnamese and the Chinese really felt that we were there to stay. But our own people are creating doubts, and they're questioning our policies. So the kids are running up and down parading, and most of them are led by Communist groups [...]. They make the North Vietnamese and the Chinese believe that we're about ready to move out [...] And that's a great disservice to America and it's a great disservice to our fighting men.<sup>312</sup>

Trotz dieser Proteste gab es 1965 noch klare Zeichen anhaltender öffentlicher Unterstützung für den Krieg: 47 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, mehr Truppen nach Vietnam zu schicken, während 23 Prozent diesbezüglich unsicher waren und nur 19 Prozent die bereits vorhandene Zahl an Soldaten dort behalten wollten. Nur 11 Prozent verlangten den Abzug aller Truppen aus Vietnam.<sup>313</sup> Im Oktober 1967 hatte sich die Situation jedoch entscheidend geändert. Nicht nur die Politik und der Kongress, auch die Öffentlichkeit versagte dem Krieg die Unterstützung; Demonstrationen und Proteste mehrten sich und gipfelten in einem riesigen *March on Washington*. Die nachlassende Unterstützung verdeutlichte die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit mit der Ausweitung des Krieges, der neue schwere Verluste und Opfer forderte und eine weitere Steuererhöhung nach sich ziehen würde, aber kein endgültiges Ende des Konflikts brachte. Umfragen zeigten, dass beinahe die Mehrheit aller Amerikaner das US-Engagement in Vietnam als Fehler betrachtete. Unterdessen erhielt der Protest gegen den Krieg prominente Unterstützung von Personen wie Martin Luther King. All diese Tatsachen deuteten bereits auf die wachsende Kluft zwischen offiziellen Statements und der Realität in Vietnam hin, welche die Tet-Offensive der Öffentlichkeit nur kurze Zeit später so klar vor Augen führen würde.<sup>314</sup>

Wenn der Präsident gehofft hatte, dass die Tet-Offensive die Nation hinter einem großen Militäreinsatz vereinen würde, lag er falsch.<sup>315</sup> Die 62 Prozent derjenigen, die sich im Januar 1968 als Kriegsbefürworter erklärt hatten, waren im März auf 41 Prozent geschrumpft, während die Zahl derjenigen, die sich als Kriegsgegner bezeichneten, von 22 auf 42 Prozent gestiegen war. Vor den ersten Angriffen der Tet-Offensive hatten noch 50 Prozent der Befragten daran geglaubt, dass die USA Fortschritte in Vietnam machten, danach waren es nur noch 33 Prozent, und 49 Prozent der Befragten glaubten, dass die USA nie in Vietnam hätten intervenieren sollen. Zeitgleich sanken Johnsons Umfragewerte auf ein neues Tief

---

<sup>312</sup> Beschloss [Hrsg.] *Reaching for Glory*: 251.

<sup>313</sup> Herring. *LBJ and Vietnam*: 125, 129.

<sup>314</sup> ebd.: 141.

<sup>315</sup> Oberdorfer: 158f.

von 35 Prozent, ein alarmierender Wert hinsichtlich der Tatsache, dass er die letzten Wahlen mit dem größten Vorsprung in der Geschichte der USA gewonnen hatte.<sup>316</sup> Diese Trends bestätigten sich schließlich mit dem Ausgang der Vorwahlen in New Hampshire. Im Wahljahr 1968 konfrontierte die Öffentlichkeit die Johnson-Administration so mit einem nationalen Veto gegen eine weitere Eskalation des US-Engagements und begrenzte somit den politischen Handlungsraum der Regierung.

### 3.2.3. Johnsons Krisenmanagement

Die Tet-Offensive 1968 forderte nicht nur Präsident Johnsons Krisenmanagement, sie förderte auch das Missmanagement des Vietnamkriegs zutage – Johnsons Bilanz in Vietnam stellte sich als desaströs heraus: So verzeichnete seine Amtszeit den Beginn und die Ausweitung des militärischen Engagements in Vietnam, gekoppelt an fehlenden Fortschritt im Krieg sowie die Verschleierung der Gründe für den Kriegseintritt gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit. Johnsons Misserfolge stachen einer Öffentlichkeit, der die Erinnerung an Kennedys ‚Erfolge‘ noch frisch im Gedächtnis war, besonders ins Auge. Dabei hatte die Johnson-Regierung in ihrem Krisenmanagement auf die Lehren aus der Kuba-Krise gesetzt – Michael Dobbs schreibt dazu:

According to Clark Clifford, McNamara’s successor as secretary of defense, the architects of the Vietnam War were “deeply influenced by the lessons of the Cuban missile crisis.” They thought that concepts like “flexible response” and “controlled escalation”<sup>317</sup> had helped Kennedy prevail over Khrushchev – and would work equally well in Vietnam. “Their success in handling a nuclear showdown with Moscow had created the feeling that no nation as small and backward as North Vietnam could stand up to the power of the U.S.,” Clifford explained. “They possessed a misplaced belief that American power could not be successfully challenged, no matter what the circumstances, anywhere in the world.”<sup>318</sup>

Carnes Lord bemerkt darüber hinaus:

---

<sup>316</sup> Boyer et al.: 686.

<sup>317</sup> Die Atomstrategie der „flexible response“ ersetzte die Doktrin der „massive retaliation“, welche im nuklearen Zeitalter überholt und gefährlich schien. Interessant ist diesbezüglich, dass selbst die „flexible response“-Strategie eine Eskalation der Krisen des Kalten Krieges letztlich nicht verhindern konnte (meine Fußnote).

<sup>318</sup> Dobbs. *One Minute to Midnight*: 347.

There was a conscious effort to fight the Vietnam War as a sideshow instead of a national emergency. Lyndon Johnson's "Tuesday lunches" with his National Security Adviser and Secretaries of State and Defense were the principal mechanism of high-level coordination, but their impact was much reduced by inadequate preparation and a lack of record-keeping.<sup>319</sup>

Die Tet-Offensive änderte all dies. Obwohl in militärischer Hinsicht eine Niederlage für Hanoi (viele FNL-Kämpfer wurden getötet und mussten durch nordvietnamesische Truppen ersetzt werden; die Streitkräfte mussten sich aus den Städten zurückziehen und waren nicht in der Lage, diese zu halten oder den erhofften Aufstand im Süden herbeizuführen), erreichte sie, wenn auch verspätet, ihr Ziel: eine Deeskalation des Krieges, Verhandlungen und schließlich den Abzug der USA aus Vietnam. So machte die Tet-Offensive die Kluft zwischen Regierungsaussagen und der Realität in Vietnam offensichtlich und stellte Johnsons Krisenmanagement infrage.

Dieser verlor nicht nur die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit, sondern auch die seiner Berater, da trotz des militärischen Sieges kein Ende des Krieges absehbar war. Nach Ansicht der amerikanischen Öffentlichkeit und einer zunehmenden Zahl von Regierungsmitgliedern war der Vietnamkrieg außer Kontrolle geraten. Die psychologischen Auswirkungen der Tet-Offensive sowie die Berichterstattung darüber hatten für die Johnson-Regierung und den Präsidenten selbst erhebliche politische Konsequenzen. Kritische Stimmen fühlten sich in ihrem Glauben bestätigt, dass die Strategie der Regierung nicht funktionierte und die USA in Vietnam auf einen Stillstand, wenn nicht gar auf eine Niederlage zusteuerten. Nach der Tet-Offensive reagierte die US-Öffentlichkeit irritiert und verärgert auf die Kluft zwischen offiziellen Fortschrittsbekundungen und dem tatsächlichen Geschehen in Vietnam und zeigte sich beunruhigt darüber, dass nicht einmal die US-Botschaft in Saigon vor den FNL-Angriffen sicher war. Die Tatsache, dass die Regierung bei der Einschätzung der Situation in Vietnam falsch gelegen oder diese zu ihrem Vorteil manipuliert hatte, zog eine öffentliche Debatte über den Krieg und die Art, wie er geführt wurde, nach sich, innerhalb derer das Engagement und die Rolle der USA in diesem Krieg zunehmend hinterfragt wurden, zunächst von Journalisten und der Öffentlichkeit, später aber auch von Politikern – sogar von ehemaligen Befürwortern des Krieges wie Robert

---

<sup>319</sup> Lord: 74.

McNamara. So war die Regierung infolge der Tet-Offensive selbst gespalten, als der Präsident und seine Berater über die angemessene Reaktion auf die Angriffe diskutierten.

So gab die Tet-Offensive letztlich den Anstoß für eine kritische Prüfung der US-Politik, welche in einen Strategiewechsel und Verhandlungen mündete. Robert McNamara sieht Johnsons Fernsehansprache vom 31. März 1968, in welcher der Präsident den Kurswechsel verkündete, als entscheidenden Wendepunkt des Vietnamkrieges:

Johnson's [...] points constituted a great turning point, whereby the president decided to bring the U.S. commitment and strategy in Vietnam into line with political objectives and constraints [...]. The illusion of victory in Vietnam had now been fully exposed. Psychologically, U.S. withdrawal from Vietnam began at that moment, even though it took several more years to physically complete the task.<sup>320</sup>

Die Umsetzung dieser neuen Strategie erwies sich jedoch als unzureichend, sodass weder Johnsons Friedensinitiativen, noch seine militärischen Offensiven nach Tet den Krieg in den verbleibenden Tagen seiner Präsidentschaft beenden konnten. Dennoch setzte die Regierung weiteren Truppenerhöhungen ein Ende und leitete so die Vietnamisierung des Krieges und damit auch den endgültigen Abzug der US-Truppen aus Vietnam ein. Diese Schritte konnten jedoch nicht verbergen, dass Fehleinschätzungen eine realistische Sicht der Situation in Vietnam verhindert und zu erheblichen strategischen Fehlern geführt hatten. Auch konnten sie nicht verbergen, dass die Antwort der Regierung auf die Tet-Offensive teilweise unzureichend war: So versuchte Johnson lediglich, den verschiedenen Positionen innerhalb seiner Regierung gerecht zu werden, indem er einen Mittelweg suchte, der nicht entschieden genug war, den Konflikt zu beenden. George Herring schreibt dazu: „[The Johnson Administration's] response to Tet was itself halting and confused, in part because they were uncertain what was happening and how to respond.“<sup>321</sup>

So würden die Tet-Offensive und ihre Folgen sowie der Eindruck, dass die USA in Vietnam in einen „Sumpf“ geraten waren, tiefe Spuren hinterlassen und die Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons nachhaltig prägen. Kein anderer Krieg, den die USA bis dahin gekämpft hatten, hatte ihnen soviel Kritik und Protest in der Heimat eingebracht. Die Tet-Offensive stellte

---

<sup>320</sup> Robert S. McNamara, James G. Blight und Robert K. Brigham. *Argument without End. In Search of Answers to the Vietnam Tragedy*. New York: Public Affairs, 1999: 367.

<sup>321</sup> Herring. *America's Longest War*: 200.

einen Wendepunkt dar, der das Missmanagement des Krieges aufzeigte sowie einen Wandel in der öffentlichen Einstellung gegenüber der Johnson-Regierung und ihrer Vietnam-Strategie brachte und eine weitere Eskalation des Krieges verhinderte. Darüber hinaus ist die Tet-Offensive als psychologisches Phänomen zu betrachten, welches sich tief in das kollektive Gedächtnis der USA gebrannt hat. Es ist sicher kein Zufall, dass der Krieg vor allem aufgrund der Ereignisse 1968 (wie der Tet-Offensive oder dem Massaker von My Lai) in Erinnerung geblieben ist. Was Vietnam anging, so hatte das Land schwere Verluste zu verkraften und wurde vollkommen zerstört, ebenso wie seine Hoffnung auf Frieden angesichts eines andauernden Krieges. Für die USA markierte die Tet-Offensive eine Niederlage, wenn auch nicht in militärischer Hinsicht, und letzten Endes würde sie auch die Niederlage von Johnsons Politik und seiner Präsidentschaft bedeuten.

So schlugen Lyndon B. Johnsons Krisenmanagement und seine Medienstrategie fehl: Letzten Endes schaffte Johnson es nicht, die Ereignisse in Vietnam bzw. deren Darstellung zu kontrollieren, und dies sollte stark zum öffentlichen Bild des Scheiterns beitragen, mit dem er bedacht wurde.

## 4. Fazit

### 4.1. Geburtsstunde des Krisenmanagements im Kalten Krieg

Im Rahmen des Kalten Krieges und vor dem Hintergrund der atomaren Bedrohung verzeichneten die Sechziger Jahre die Geburtsstunde des Krisenmanagements – eines Krisenmanagements, welches zum Maßstab für spätere Konflikte werden würde. Zeitgleich war durch die „medienhistorische Schwellensituation“, in der das Fernsehen zum neuen zentralen Medium aufstieg, eine ganz neue Form der Berichterstattung, aber auch des Medienmanagements möglich. Angesichts dieser historischen Gegebenheiten hat die vorliegende Arbeit folgende Fragen aufgeworfen:

1. Welche Bedeutung hatte das Krisenmanagement Kennedys und Johnsons im Verlauf des Kalten Krieges?
2. Welche Maßstäbe und Erwartungshorizonte wurden hierbei an die Präsidenten gesetzt und welche Kriterien entschieden dabei über Erfolg bzw. Misserfolg?
3. Welche Rolle kam den Medien in diesem Prozess zu?

Nach Analyse des Krisen- und Medienmanagements unter Kennedy und Johnson lässt sich folgendes Fazit ziehen:

1. Krisenmanagement war im Verlauf des Kalten Krieges von entscheidender Bedeutung.

Die Berlin-Krise 1961, die Kuba-Krise 1962 und die Tet-Offensive 1968 stellten entscheidende Höhe- bzw. Wendepunkte in der Geschichte des Kalten Krieges dar: Der Krisenherd Berlin, ein wahrer ‚Dauerbrenner‘ seit der Blockade der Stadt durch die Sowjets, wurde mit dem Bau der Mauer zunächst auf Eis gelegt und die Stabilität und der Frieden in Europa somit gesichert. Die Kuba-Krise führte die Welt nur ein Jahr später an den Rand eines nuklearen Krieges und ihre friedliche Beilegung „[bereitete] den Nährboden für erste zarte Pflänzchen der Entspannungspolitik.“<sup>322</sup> Die Tet-Offensive schließlich führte im Vietnamkrieg zu einem Strategiewechsel, welcher die Vietnamisierung und somit den Rückzug der USA aus dem Krieg einleitete (auch wenn bis zum endgültigen Abzug der letzten US-Truppen unter

---

<sup>322</sup> Andreas Etges. „Die Tage des Präsidenten“, *Berliner Zeitung*, 19. Oktober 2002, <<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2002/1019/magazinmagazinmagazin/0001/index.html>> (11.11.2008).

Präsident Nixon noch fünf weitere Jahre vergehen sollten). Die Krisen des Kalten Krieges forderten demnach die außenpolitische Expertise und das Krisenmanagement Kennedys und Johnsons. Als Höhe- und Wendepunkte trugen sie zudem die Möglichkeit für den Wandel in sich, welchen Robert L. Pfaltzgraff und Boin et al. als ein Hauptcharakteristikum von Krisen sehen.<sup>323</sup>

2. Die Präsidenten wurden vor allem an ihrem Krisenmanagement gemessen, welches über den Erfolg bzw. Misserfolg ihrer Amtszeit entschied, wobei das Krisenmanagement während der Kuba-Krise Standards für darauffolgende Krisen setzte.

In Krisenzeiten rücken Eliten und Entscheidungsträger stärker in den Fokus, von denen in diesen Ausnahmesituationen Führung erwartet wird. Auch Kennedy und Johnson mussten sich an diesem Erwartungshorizont messen lassen und wurden nach ihm beurteilt. So kam es, dass beide Präsidenten v.a. aufgrund ihres Krisenmanagements bzw. in ihrer Funktion als Krisenmanager beurteilt wurden, und auch die Erinnerung an sie wurde maßgeblich hierdurch geprägt.

Kennedys ‚erfolgreiches‘ Krisen- und Medienmanagement in der Kuba-Krise wurden zum Maßstab und zum Stolperstein für seinen Nachfolger Johnson, was auch die unterschiedlichen öffentlichen Bilder beider Präsidenten erklärt: einerseits das Bild des gefeierten Helden Kennedy, dessen „finest hour“ in der Kuba-Krise 1962 schlug, und andererseits das Bild Johnsons, welcher aufgrund einer massiven Glaubwürdigkeitskrise infolge der Tet-Offensive 1968 von einer erneuten Kandidatur für die US-Präsidentschaft absah. Die aus der Kuba-Krise gezogene Lehre, Politik aus einer Position der Stärke heraus auszuüben, würde in Vietnam zu einer Ausweitung und nicht zu einem Ende des Krieges führen.

Johnson würde die hohen Erwartungen, die John F. Kennedys 1000-tägige Präsidentschaft mit ihrem ‚erfolgreichen‘ Krisenmanagement geschaffen hatte, nicht erfüllen können. Zu diesen hohen Erwartungen und ihren politischen Konsequenzen bemerken Boin et al. denn

---

<sup>323</sup> Pfaltzgraff: 1.

auch treffend: „However misplaced, unfair, or illusory these expectations may be, it hardly matters. These expectations are real in their political consequences.“<sup>324</sup>

3. Bei Berlin-Krise, Kuba-Krise und Tet-Offensive handelte es sich auch um medial vermittelte bzw. medialisierte Krisen: Der mediale Faktor war dahingehend entscheidend, dass die Krisen einerseits eine starke Medienpräsenz und -interpretation erfuhren und die Medien andererseits von den Präsidenten gezielt in das Krisenmanagement einbezogen und dafür genutzt wurden.

In Berlin, Kuba und Vietnam spielten die Medien eine entscheidende Rolle bei der Interpretation der Krisen, aber auch bei der Bewertung des Krisenmanagements: Erfuhren die Krisen einerseits eine starke Medienpräsenz und halfen die Medien, sie im Sinne des von Boin et al. erläuterten „meaning making“ zu deuten (wie beispielsweise im Fall der Tet-Offensive im Vietnamkrieg, wo die Bilder eines überraschten US-Militärs und die Veröffentlichung der vom Militär geforderten Truppenerhöhung der Öffentlichkeit die Kluft zwischen den Fortschrittsbekundungen der Regierung und der Realität in Vietnam verdeutlichten – im Gegensatz zur Kuba-Krise, wo die Medien die regierungsoffizielle Deutung der Krise übernahmen), so wurden sie andererseits gezielt von den Präsidenten in deren Krisenmanagement miteinbezogen (z.B. bei Kennedys Fernsehansprache vom 25. Juli 1961, in der er die sog. „Three Essentials“ für Berlin etablierte, und der Ansprache vom 22. Oktober 1962, in welcher der Präsident die Seeblockade verkündete und den Sowjets ein Ultimatum zum Abzug der Raketen auf Kuba setzte, oder aber bei Johnsons Fernsehansprache vom 31. März 1968, in welcher dieser eine Deeskalation des Konflikts in Vietnam suchte und so den Anfang vom Ende des Krieges einläutete).

Zwischen Regierung und Medien existierte demnach eine Wechselbeziehung: Einerseits versuchten die Medien in ihrer Berichterstattung über die Krisen, sich ein eigenes Bild der Situation zu machen und diese zu interpretieren, andererseits nutzten beide Präsidenten die Medien gezielt, um ihre Politik und ihr Krisenmanagement durchzusetzen und der Öffentlichkeit zu präsentieren. Es war denn auch der Umgang mit den Medien, welcher den größten Unterschied im Krisenmanagement beider Präsidenten darstellte: So war Kennedy

---

<sup>324</sup> Boin et al.: 8.

der Präsident, der die Presse am besten zu manipulieren wusste,<sup>325</sup> während Johnson, der im Umgang mit den Medien weniger talentiert war und diese scharf für ihre Berichterstattung über die Tet-Offensive kritisierte, es nicht schaffte, ein stimmiges Bild des US-Engagements in Vietnam zu vermitteln. Das Medienmanagement Kennedys und Johnsons war somit ein Faktor, der das Krisenmanagement und das öffentliche Bild beider Präsidenten erheblich beeinflusste. Dies betont auch Pfaltzgraff, wenn er von „the power of the media shaping crisis management“<sup>326</sup> spricht – gleichzeitig bedeutet für ihn Krisenmanagement immer auch Medienmanagement:

[O]n the role of the media in crisis management, it is indispensable that as part of crisis management we have a media strategy [...]. The public must be kept informed [...] by the leadership itself whenever possible. People want to be reassured that those in charge know what they are doing and are prepared to communicate information to [the] public [...]. The media strategy must convey the competence of crisis leaders and managers in addressing the crisis. Messages must be consistent. [...] Without a media strategy, crisis management will fail.<sup>327</sup>

Dieser Punkt erklärt den entscheidenden Unterschied zwischen dem „Fernsehpräsidenten“ Kennedy und seinem Nachfolger Johnson, dem der Mangel an stimmigen Botschaften eine Glaubwürdigkeitskrise bescherte, die dem Geschichtsbild seiner Person und Präsidentschaft erheblich schaden sollte. Während Kennedy mittels Geheimdiplomatie und effektivem Medienmanagement eine enge Kontrolle über sein Krisenmanagement ausübte, wurde bei Johnson der Kontrast zwischen Krisenmanagement und dessen Präsentation in der Öffentlichkeit, zwischen politischem Handeln und öffentlicher Rhetorik besonders deutlich. Diese Glaubwürdigkeitskrise führte schließlich dazu, dass die amerikanische Öffentlichkeit ihm die außenpolitische Kompetenz absprach.

Angesichts der Forderung der alten Redewendung, Politiker an ihren Taten und nicht an ihren Worten zu messen, bleibt hinsichtlich der in dieser Arbeit vorgelegten Ergebnisse festzuhalten: Obgleich Politiker an ihren Taten gemessen werden, hängt die Art, wie man sich an sie erinnert, auch davon ab, wie ihr Handeln präsentiert wird. Sofern ein effektives Medienmanagement die Deutungshoheit der Regierung über kritische Situationen und Krisen sichert, wird es das Krisenmanagement eines Präsidenten positiv darzustellen

---

<sup>325</sup> Kern et al. *The Kennedy Crises* (s. Text Bucheinband).

<sup>326</sup> Pfaltzgraff: 6.

<sup>327</sup> ebd.: 7.

vermögen – falls nicht, wird es im Gegenteil nur die Kluft zwischen Rhetorik und Realität betonen. So bleibt festzustellen, dass Politiker letztlich anhand ihrer Worte *und* Taten gemessen werden – und oftmals auch an den Leistungen ihrer Vorgänger.

Der große Unterschied im öffentlichen Bild Kennedys und Johnsons wird nur durch eine intensivere Beschäftigung mit ihrem Krisen- und Medienmanagement relativiert werden können. Hierfür ist eine genaue Betrachtung der Rolle und des Einflusses der Medien vonnöten, um ein Bild zu zeichnen, welches beiden Präsidenten gerecht wird – sowohl ihren Schwächen, als auch ihren Stärken, denn beide haben zweifelsohne ihr Krisenmanagement und ihre Präsidentschaft entscheidend beeinflusst.

## 5. Ausblick

### 5.1. Zur Zukunft von Krisen- und Medienmanagement

Die Betrachtung der untersuchten Zusammenhänge ist heute umso dringlicher, als dass die mediale Präsenz im digitalen Zeitalter völlig neue Formen und somit auch eine völlig neue Aktualität mit sich bringt. Es waren die Krisen des Kalten Krieges, welche auch in ihrer medialen Dimension die Geburtsstunde des Krisenmanagements markierten und somit unser kollektives Gedächtnis und daher auch unseren Umgang mit Krisen und deren Bewältigung nachhaltig geprägt haben und noch bis heute prägen.

Auch die letzten Präsidentschaftswahlen in den USA haben dies bestätigt: So setzen nicht nur die USA in Krisenzeiten ihre Hoffnungen in den amtierenden US-Präsidenten Barack Obama. Auch dieser wird an den in ihn gesetzten Erwartungen gemessen werden und sein Krisenmanagement wird entscheidenden Anteil bei der Einordnung und Bewertung seiner Präsidentschaft haben. Bereits vor Obamas Amtsantritt waren die Vergleiche zwischen ihm und John F. Kennedy eklatant – ein Zeichen, dass Kennedy noch immer als Maßstab in puncto Krisen- und Medienmanagement dient. Dabei hat bereits die Inszenierung von Barack Obamas Wahlkampf gezeigt, dass auch hier die Medien, allen voran das Internet als neues zentrales Medium, eine entscheidende Rolle bei der Präsentation der politischen Botschaft und der Konstruktion des Images des Präsidenten gespielt haben.

Die Wirkungsmacht historisch begründeter Vorstellungen und Erwartungen an Krisen- und Medienmanagement ist somit ungebrochen und wird auch in Zukunft nicht nur die amerikanische Politik weiter bestimmen.

## 6. Quellenverzeichnis

### 6.1. Primärquellen

„A Triumph of Reason“, *New York Times*, 29. Oktober 1962: 28.

„After Vienna“, *New York Times*, 5. Juni 1961: 30.

Alsop, Stewart. „Sterben für Berlin? Die Frontstadt-Planer des Weißen Hauses.“ *Der Spiegel* 47, 15. November 1961: 73-79.

Beschloss, Michael R. [Hrsg.] *Reaching for Glory. Lyndon Johnson's Secret White House Tapes, 1964-1965*. New York: Simon & Schuster, 2001.

Beschloss, Michael R., [Hrsg.] *Taking Charge. The Johnson White House Tapes, 1963-1964*. New York: Simon & Schuster, 1997.

Chase, Harold W., und Allen H. Lerman [Hrsg.] *Kennedy and the Press. The News Conferences*. New York: Crowell, 1965.

„Crisis of Confidence“, *TIME-Magazine*, 6. Oktober 1961, <<http://www.time.com>>.

„Critical Season“, *TIME-Magazine*, 1. März 1968, <<http://www.time.com>>.

*Declassified Documents Reference System*, Farmington Hills: Gale, 2008.  
<<http://galenet.galegroup.com/servlet/DDRS?locID=fub>>.

„Der Westen tut nichts!“, *BILD-Zeitung* 189, 16. August 1961: 1.

Ellsberg, Daniel. „The Day Castro Almost Started World War III“, *New York Times*, 31. Oktober 1987: 27.

„Foreign Relations of the United States“, *U.S. Department of State*,  
<<http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/>>.

Frankel, Max. „Guam Talks End; President Voices Hope and Caution“, *New York Times*, 21. März 1967: 1.

— „McNamara Is 'Cautiously Optimistic' on Vietnam“, *New York Times*, 10. Juli 1966: 3.

Herbers, John. „Scene Is the Same, but 8 Years Later“, *New York Times*, 17. März 1968: 68.

Hilsman, Roger. *The Cuban Missile Crisis. The Struggle over Policy*. Westport: Praeger, 1996.

*John F. Kennedy Presidential Library and Museum*, <<http://www.jfklibrary.org>>.

Johnson, Lyndon B. *The Vantage Point. Perspectives of the Presidency 1963-1969*. London: Weidenfeld & Nicolson, 1972.

Kennedy, Robert F. *Thirteen Days. A Memoir of the Cuban Missile Crisis*. New York: New American Library, 1969.

Lyndon B. Johnson Presidential Library and Museum, <<http://www.lbjlib.utexas.edu>>.

May, Ernest R., und Philip D. Zelikow [Hrsg.] *The Kennedy Tapes. Inside the White House during the Cuban Missile Crisis*. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press, 1997.

McAuliffe, Mary S. [Hrsg.] *CIA Documents on the Cuban Missile Crisis 1962*. Washington D.C.: United States, Central Intelligence Agency, 1992.

McNamara, Robert S., James G. Blight, und Robert K. Brigham. *Argument without End. In Search of Answers to the Vietnam Tragedy*. New York: Public Affairs, 1999.

„Muscle at Checkpoint Charlie“, *TIME-Magazine*, 3. November 1961, <<http://www.time.com>>.

„News Summary and Index; The Major Events of the Day“, *New York Times*, 29. Oktober 1962: 31.

Nitze, Paul H. *From Hiroshima to Glasnost. At the Center of Decision. A Memoir*. New York: Grove Weidenfeld, 1989.

„Quarantining the News“, *TIME-Magazine*, 2. November 1962, <<http://www.time.com>>.

Reston, James. „Washington: Johnson Is the Issue“, *New York Times*, 17. März 1968: E12.

„Ruined Bentre, After 45 Days, Still Awaits Saigon's Aid“, *New York Times*, 15. März 1968: 3.

Salinger, Pierre. *With Kennedy*. Garden City: Doubleday, 1966.

„Secretary Rusk Repeats Himself“, *New York Times*, 12. März 1968: 42.

Steury, Donald P. [Hrsg.] *On the Front Lines of the Cold War. Documents on the Intelligence War in Berlin, 1946 to 1961*. Washington DC: CIA History Staff, Center for the Study of Intelligence, 1999.

„Straining Credibility“, *New York Times*, 3. April 1968: 46.

„The Cold War International History Project“, *Woodrow Wilson International Center for Scholars*, <[http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?fuseaction=topics.home&topic\\_id=1409](http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?fuseaction=topics.home&topic_id=1409)>.

„The Men Without Helmets“, *TIME-Magazine*, 15. März 1968, <<http://www.time.com>>.

„The National Security Archive“, *George Washington University*, <<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/>>.

„The Question in Vietnam“, *New York Times*, 4. Februar 1968: E12.

„The Showdown“, *TIME-Magazine*, 2. November 1962, <<http://www.time.com>>.

„The Wall“, *TIME-Magazine*, 25. August 1961, <<http://www.time.com>>.

„U.S. Imposes Arms Blockade on Cuba on Finding Offensive Missiles-Sites; Kennedy Ready for Soviet Showdown“, *New York Times*, 23. Oktober 1962: 1.

„Uproar Over a Brink“, *TIME-Magazine*, 23. Januar 1965, <<http://www.time.com>>.

„War of Nerves“, *New York Times*, 29. Oktober 1961: E1.

„We are Ready“, *TIME-Magazine*, 1. Dezember 1961, <<http://www.time.com>>.

„Westmoreland Requests 206,000 More Men, Stirring Debate in Administration“, *New York Times*, 10. März 1968: 1.

Wicker, Tom. „Forces Enlarged“, *New York Times*, 5. August 1964: 1.

Woolley, John T., und Gerhard Peters. „The American Presidency Project“, *University of California Santa Barbara*, <<http://www.presidency.ucsb.edu/>>.

## 6.2. Sekundärquellen

„Chronik der Mauer – Bau und Fall der Berliner Mauer“, <<http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/day/16/month/August/year/1961>>.

„John F. Kennedy“, *PBS: American Experience – The Presidents*, <[http://www.pbs.org/wgbh/amex/presidents/35\\_kennedy/printable.html](http://www.pbs.org/wgbh/amex/presidents/35_kennedy/printable.html)>.

Allison, Graham T., und Philip D. Zelikow [Hrsg.]. *Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis*. New York: Longman, 1999.

Arenth, Joachim. „Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlinkrise (1958-1962) im Spiegel neuer amerikanischer Quellen“ (Europäische Hochschulschriften, 31:217: Politikwissenschaft) Frankfurt am Main: Lang, 1993.

Berry, Joseph P. *John F. Kennedy and the Media. The First Television President*. Lanham: University Press of America, 1987.

Beschloss, Michael R. *The Crisis Years. Kennedy and Khrushchev, 1960-1963*. New York: HarperCollins, 1991.

Boin, Arjen, Paul 't Hart, Eric Stern, und Bengt Sundelius. *The Politics of Crisis Management. Public Leadership under Pressure*. Cambridge: Cambridge University Press, 2005.

Bowman, Albert, und Robert A. Divine. „Presidential Advisers“, *Encyclopedia of the American Foreign Relations*, <<http://www.americanforeignrelations.com/O-W/Presidential-Advisers.html>> (21.12.2008).

Boyer, Paul S., Clifford E. Clark und Sandra McNair Hawley [Hrsg.] *The Enduring Vision: Concise Third Edition*. Boston: Houghton Mifflin, 1998.

Dobbs, Michael. „Cool Crisis Management? It's a Myth. Ask JFK.“ *Washington Post*, Juni 2008: B01.

—. *One Minute to Midnight. Kennedy, Khrushchev, and Castro on the Brink of War*. New York: Alfred A. Knopf, 2008.

Etges, Andreas. „Die Tage des Präsidenten“, *Berliner Zeitung*, 19. Oktober 2002, <<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/>>.

Eubank, Keith. *The Missile Crisis in Cuba*. Malabar: Krieger Publishing, 2000.

„Europa fürchtet sich vor einer Neuauflage des Kalten Krieges“, *Focus Online*, 27. August 2008, <<http://www.focus.de/>>.

Fink, Carole, Philipp Gassert und Detlef Junker [Hrsg.] 1968: *The World Transformed*. Cambridge: Cambridge University Press, 1998.

Fursenko, Aleksandr, und Timothy Naftali. „*One Hell of a Gamble*“. *Khrushchev, Castro, and Kennedy 1958-1964*. New York: Norton, 1997.

Gaddis, John Lewis. *The Long Peace*. New York: Oxford University Press, 1987.

Garthoff, Raymond L. „Berlin 1961. The Record Corrected.“ *Foreign Policy* 84, Autumn 1991: 142-165.

Greiner, Bernd. *Politik am Rande des Abgrunds? Die Außen- und Militärpolitik der USA im Kalten Krieg*. Heilbronn: Distel Verlag, 1986.

Herring, George C. *America's Longest War. The United States and Vietnam, 1950-1975*. New York: Wiley, 1979.

—. *LBJ and Vietnam. A Different Kind of War*. Austin: University of Texas Press, 1994.

Hertle, Hans-Hermann, und Gerhard Sälter. „Die Todesopfer an Mauer und Grenze. Probleme einer Bilanz des DDR-Grenzregimes.“ *Deutschland-Archiv* 39:4, 2008: 667-676.

Kern, Montague, Patricia W. Levering, und Ralph B. Levering. *The Kennedy Crises. The Press, the Presidency, and Foreign Policy*. Chapel Hill: The University of North Carolina Press, 1983.

Lord, Carnes. „Crisis (Mis-)Management.“ *Joint Force Quarterly*, Summer 1999: 72-77.

Loske, Boris. „Die Kubakrise. Erfolgreiches Krisenmanagement oder unwahrscheinliches Glück?“ *Geschichte Lernen* 94: Kalter Krieg, Juli 2003.

Medland, William J. „The Cuban Missile Crisis: Evolving Historical Perspectives.“ *The History Teacher* 23:4, August 1990: 433-447.

Nash, Philip. *The Other Missiles of October. Eisenhower, Kennedy, and the Jupiter Missiles 1957-1963*. Chapel Hill: University of North Carolina Press, 1997.

Nathan, James A. *Anatomy of the Cuban Missile Crisis*. Westport: Greenwood Press, 2001.

Nathan, James A. [Hrsg.] *The Cuban Missile Crisis Revisited*. New York: St. Martin's Press, 1992.

—. „The Missile Crisis: His Finest Hour Now.“ *World Politics* 27:2, January 1975: 256-281.

Oberdorfer, Don. *Tet!* Garden City: Doubleday, 1971.

Pach, Chester. „Television“, *Encyclopedia of the American Foreign Relations*, <<http://www.americanforeignrelations.com/O-W/Television.html>>.

—. „TV News and the Early Cold War“, *Encyclopedia of the American Foreign Relations*, <<http://www.americanforeignrelations.com/O-W/Television-Tv-news-and-the-early-cold-war.html>>.

- Paul, Gerhard. *Bilder des Krieges - Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges*. Paderborn u.a.: Schöningh u.a., 2004.
- Pfaltzgraff, Robert L. „Crisis Management. Looking Back and Looking Ahead.“ The Crisis Management Conference, Athen 2008. <[http://www.ifpa.org/pdf/athena\\_08.pdf](http://www.ifpa.org/pdf/athena_08.pdf)> (15.10.2008).
- Sauer, Michael. „Editorial.“ *Geschichte Lernen* 94: Kalter Krieg, Juli 2003.
- Sautter, Udo. *Lexikon der amerikanischen Geschichte*. München: Beck, 1997.
- Schmitz, David F. *The Tet Offensive. Politics, War, and Public Opinion*. Lanham: Rowman & Littlefield, 2005.
- Scholl-Latour, Peter. *Der Weg in den neuen Kalten Krieg. Eine Chronik*. Berlin: Propyläen, 2008.
- Scott, Leonard V. *Macmillan, Kennedy and the Cuban Missile Crisis. Political, Military and Intelligence Aspects*. Basingstoke: Palgrave, 1999.
- Shesol, Jeff. *Mutual Contempt. Lyndon Johnson, Robert Kennedy, and the Feud that Defined a Decade*. New York: Norton, 1997.
- Sina, Ralph. „Kein Interesse an einem neuen Kalten Krieg“, Tagesschau.de, 16. August 2008, <<http://www.tagesschau.de/ausland/russlandusa100.html>>.
- Sloan, Stanley R. „Die Verhandlungen über Artikel 5.“ *Nato Brief*, Summer 2006, <<http://nato-otan.org/docu/review/2006/issue2/german/art4.html>>.
- Small, Melvin. „Public Opinion on Foreign Policy. The View from the Johnson and Nixon White Houses.“ *Politica* 16:2, 1984: 184-200.
- Steininger, Rolf. *Der Vietnamkrieg*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 2006.
- . *Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963*. München: Olzog, 2001.
- Stütze, Walther. *Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961-1962* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 96). Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1973.
- Trachtenberg, Marc. *History and Strategy*. Princeton: Princeton University Press, 1991.
- VanDeMark, Brian. *Into the Quagmire. Lyndon Johnson and the Escalation of the Vietnam War*. New York: Oxford University Press, 1991.
- Wanis-St. John, Anthony. „Back Channel Diplomacy. Implications for Practice and Theory.“ International Studies Association, Annual Convention, Hawaii 2005.
- Westad, Odd Arne [Hrsg.] *Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory*. Portland: Cass, 2000.
- Willbanks, James H. *The Tet Offensive. A Concise History*. New York: Columbia University Press, 2007.
- . „Winning the Battle, Losing the War“, *New York Times*, 3. März 2008.

Wolfrum, Edgar. „Schock der Bilder“, *Die Zeit* 42, 7. Oktober 2004, <<http://www.zeit.de/2004/42/P-Paul>>.

Young, Marilyn B. *The Vietnam Wars, 1945-1990*. New York: HarperPerennial, 1991.

## 7. Anhang

### 7.1. Abbildungen

1. Krisenmanager im Kalten Krieg: John Fitzgerald Kennedy und Lyndon Baines Johnson, 35. und 36. Präsident der USA



Quelle: <<http://commons.wikimedia.org>> (22.06.2009).

2. Der Maßstab für späteres Krisenmanagement: ExComm während der Kuba-Krise



Quelle: <[http://en.wikipedia.org/wiki/Category:Images\\_of\\_John\\_F.\\_Kennedy](http://en.wikipedia.org/wiki/Category:Images_of_John_F._Kennedy)> (22.06.2009).

3. Die Bildung erster loser Strukturen für Krisenmanagement:  
Die Tuesday-Lunch-Group im Jahr 1967



Quelle: <<http://www.whitehousemuseum.org/floor2/private-dining-room.htm>> (22.06.2009).

4. Erste Bewährungsprobe für Kennedy:  
Konfrontation amerikanischer und sowjetischer Panzer am Checkpoint Charlie in Berlin



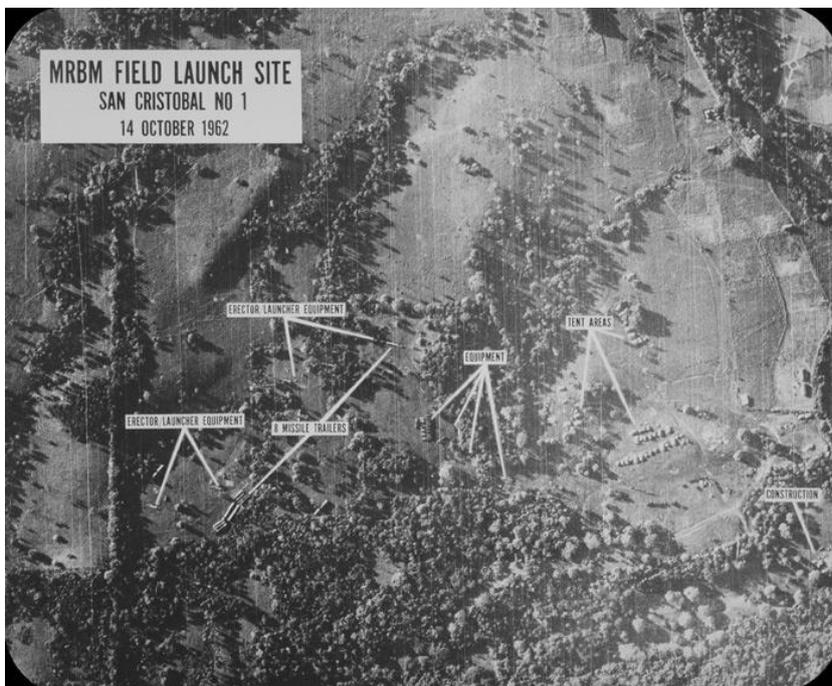
Quelle: <[http://einestages.spiegel.de/static/document/2576/konfrontation\\_in\\_berlin.html](http://einestages.spiegel.de/static/document/2576/konfrontation_in_berlin.html)> (7.12.2008).

- Die Mauer als Ende der Berlin-Krise: Ostdeutsche Volkspolizisten und Streitkräfte sperren am 13. August 1961 die Grenze mit Stacheldraht ab.



Quelle: <[http://einestages.spiegel.de/static/document/485/mauerbau\\_am\\_potsdamer\\_platz.html](http://einestages.spiegel.de/static/document/485/mauerbau_am_potsdamer_platz.html)> (7.12.2008).

- „Brinkmanship“ im nuklearen Zeitalter: Luftaufnahmen von den sowjetischen Raketenstellungen auf Kuba vom 14. Oktober 1962



Quelle: <<http://commons.wikimedia.org>> (13.07.2009).

7. Ein Bild, das um die Welt ging: Der Polizeichef von Saigon exekutierte auf offener Straße einen Vietcong.



Quelle:

<[http://einestages.spiegel.de/static/entry/als\\_amerika\\_das\\_fuerchten\\_lernte/7777/hinrichtung\\_in\\_saigon.html](http://einestages.spiegel.de/static/entry/als_amerika_das_fuerchten_lernte/7777/hinrichtung_in_saigon.html)> (7.12.2008).

8. Ein psychologischer Sieg für den Gegner: Das Gelände der US-Botschaft in Saigon nach den Angriffen der Tet-Offensive



Quelle: <<http://einestages.spiegel.de/static/document/7795/ueberraschungsangriff.html>> (7.12.2008).

9. Verdeutlichung der Kluft zwischen offiziellen Fortschrittsbekundungen und der Realität in Vietnam: Saigon nach der Tet-Offensive



Quelle : <[http://einestages.spiegel.de/static/document/7801/saigon\\_danach.html](http://einestages.spiegel.de/static/document/7801/saigon_danach.html)> (7.12.2008).

10. Der Vietnamkrieg als erster Fernsehkrieg in der Geschichte: Die Kaiserstadt Hué nach der Wiedereroberung durch die USA und Südvietnam



Quelle: <[http://einestages.spiegel.de/static/document/10346/patrouille\\_in\\_hue.html](http://einestages.spiegel.de/static/document/10346/patrouille_in_hue.html)> (7.12.2008).

## 7.2. Krisenstäbe unter Kennedy und Johnson

Krisenstab Kennedy (ExComm)*	Krisenstab Johnson (Tuesday Lunch Group / Wise Men / Clifford Task Force)**
John F. Kennedy: <i>President</i>	
Lyndon B. Johnson: <i>Vice President</i>	Lyndon B. Johnson: <i>President</i> (TLG, WM)
Robert F. Kennedy: <i>Attorney General</i>	Nicholas Katzenbach: <i>Attorney General</i> (1965-66) (CTF)
General Maxwell Taylor: <i>CJCS</i>	General Maxwell Taylor: <i>CJCS</i> (WM, CTF) General Earle Wheeler: <i>CJCS</i> (WM, CTF) General Omar Bradley: <i>former CJCS</i> (WM)
John McCone: <i>DCI</i>	Richard M. Helms: <i>DCI</i> (1966-73) (CTF)
Marshal S. Carter: <i>Deputy DCI</i>	George Carver: <i>Assistant to DCI Helms</i> (WM)
McGeorge Bundy: <i>National Security Assistant to the President</i>	McGeorge Bundy: <i>National Security Assistant to the President</i> (1961-66) (TLG, WM) Walt Whitman Rostow: <i>National Security Assistant to the President</i> (1966-69) (TLG, CTF)
Robert McNamara: <i>Secretary of Defense</i>	Robert McNamara: <i>Secretary of Defense</i> (1961-68) (TLG) Clark Clifford: <i>Secretary of Defense</i> (1968-69) (WM, CTF)
Roswell Gilpatric: <i>Deputy Secretary of Defense</i> (Paul Nitze: <i>Assistant Secretary of Defense</i> )	Paul Nitze: <i>Deputy Secretary of Defense</i> (CTF)
Dean Rusk: <i>Secretary of State</i> (Dean Acheson: <i>former Secretary of State</i> )	Dean Rusk: <i>Secretary of State</i> (TLG, CTF) Dean Acheson: <i>former Secretary of State</i> (WM)
C. Douglas Dillon: <i>Secretary of Treasury</i>	C. Douglas Dillon: <i>former Secretary of Treasury</i> (WM) Henry H. Fowler: <i>Secretary of Treasury</i> (CTF)
George Ball: <i>Deputy Secretary of State</i>	George Ball: <i>Deputy Secretary of State</i> (WM)
Theodore Sorenson: <i>Chief Domestic Policy Advisor to the President</i>	William Bundy: <i>Foreign Affairs Advisor, CIA</i> (CTF)
Adlai Stevenson: <i>U.S. Ambassador to the United Nations</i>	Averell Harriman: <i>Ambassador at Large</i> (WM)
Charles Bohlen: <i>Former Ambassador to the Soviet Union</i>	Henry Cabot Lodge: <i>Ambassador to South Vietnam</i> (WM)
Llewellyn Thompson: <i>Ambassador at Large for Soviet Affairs</i>	
Edwin M. Martin: <i>Assistant Secretary of State for Latin America</i>	

	Abraham Fortas: <i>Associate Supreme Court Justice</i> (WM) Arthur Dean: <i>attorney</i> (WM)
(Kenneth O'Donnell: <i>Special Assistant to the President</i> )	Robert Murphy: <i>former State Department official</i> (WM)
(Arthur Lundahl: <i>National Photographic Interpretation Center, CIA</i> )	

\* In der tabellarischen Übersicht wird ExComm als Modell für spätere Krisenstäbe aufgeführt (die in Klammern gesetzten Personen waren keine ständigen Mitglieder). Die von Kennedy in der Berlin-Krise als Studiengruppe eingesetzte Berlin Task Force unter dem Vorsitz Foy Kohlers (Unterstaatssekretär im Außenministerium) bestand aus Beamten des Außen- und Verteidigungsministeriums, Beauftragten der CIA, des JCS und der USIA, darunter Paul Nitze (Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium), Henry Fowler (Staatssekretär im Finanzministerium), Edward R. Murrow (Chef der USIA) und Dean Acheson.<sup>328</sup>

\*\* Die „Tuesday Lunch Group“ und die „Wise Men“ stellten zwei verschiedene Gremien dar; ein übergeordnetes Gremium zur Koordination der US-Politik und -Strategie in Vietnam existierte nicht.

Die „Tuesday Lunch Group“ (in der Tabelle mit Kürzel TLG) bestand 1965 ursprünglich aus dem „awesome foursome“ Lyndon B. Johnson, Robert McNamara, Dean Rusk und McGeorge Bundy bzw. dessen Nachfolger Walt Rostow (welche alle auch zentrale Entscheidungsträger der Kennedy-Administration sowie Mitglieder von ExComm waren). Die Treffen der „Tuesday Lunch Group“ waren sehr informell und es wurden daher kaum Notizen angefertigt.

Die „Wise Men“ (in der Tabelle mit Kürzel WM) wurden als größeres Gremium, welches auch Experten von außerhalb hinzuziehen konnte, erstmalig 1967 einberufen und tagten erneut nach der Tet-Offensive 1968, infolge derer auch die Clifford Task Force (in der Tabelle mit Kürzel CTF) einberufen wurde, die eine Revision der US-Strategie in Vietnam vornehmen sollte – ihre Mitglieder waren neben Clark Clifford, der nach seiner Ernennung zum US-Verteidigungsminister diesem Gremium vorstand, Dean Rusk, Henry Fowler, Nicholas Katzenbach, Paul Nitze, Earle Wheeler, Walt Rostow, Richard Helms, Bill Bundy und Maxwell Taylor.<sup>329</sup>

<sup>328</sup> Zur Zusammensetzung der Berlin Task Force s. Stewart Alsop. „Sterben für Berlin? Die Frontstadt-Planer des Weißen Hauses“, *Der Spiegel* 47, 15. November 1961: 73.

<sup>329</sup> Zu Informationen bezüglich der verschiedenen Gremien und ihren Mitgliedern vgl. Eubank. *The Missile Crisis in Cuba*: 36, Fursenko und Naftali. „One Hell of a Gamble“: 223f, Schmitz. *The Tet Offensive*: 59, 126 und Herring. *LBJ and Vietnam*: 8-16 sowie Melvin Small. „Public Opinion on Foreign Policy. The View from the Johnson and Nixon White Houses.“ *Politica* 16:2, 1984: 184-200 und Albert Bowman und Robert A. Divine. „Presidential Advisers“, *Encyclopedia of the American Foreign Relations*, <<http://www.americanforeignrelations.com/O-W/Presidential-Advisers.html>> (21.12.2008).

### 7.3. Abkürzungsverzeichnis

<b>ABC</b>	<i>American Broadcasting Company</i> (US-Fernsehsender)
<b>ARVN</b>	<i>Army of the Republic of South Vietnam</i> (Armee der Republik Vietnam)
<b>APP</b>	<i>The American Presidency Project</i> (Online-Quellensammlung)
<b>CIA</b>	<i>Central Intelligence Agency</i> („Zentraler Nachrichtendienst“: US-Auslandsnachrichtendienst)
<b>CJCS</b>	<i>Chairman of the Joint Chiefs of Staff</i> (Vorsitzender der <i>Joint Chiefs of Staff</i> )
<b>CWIHP</b>	<i>Cold War International History Project</i> (Online-Quellensammlung)
<b>DCI</b>	<i>Director of Central Intelligence</i> (Direktor der US-Geheimdienste, seit 2005 <i>Director of National Intelligence</i> )
<b>DDRS</b>	<i>Declassified Documents Reference System</i> (Online-Quellensammlung)
<b>ExComm</b>	<i>Executive Committee of the National Security Council</i> (Exekutivkomitee des Nationalen Sicherheitsrates)
<b>FNL</b>	franz. <i>Front National de Libération</i> , engl. <i>National Liberation Front</i> , <i>NLF</i> (Nationale Front für die Befreiung Südvietnams)
<b>FRUS</b>	<i>Foreign Relations of the United States</i> (Online-Quellensammlung)
<b>JCS</b>	<i>Joint Chiefs of Staff</i> („Vereinte Stabschefs“: Gremium der Befehlshaber der US-Teilstreitkräfte)
<b>JFK</b>	John Fitzgerald Kennedy, 35. Präsident der USA (1961-1963)
<b>JFKL</b>	<i>John F. Kennedy Presidential Library &amp; Museum</i> (Online-Quellensammlung)
<b>KGB</b>	<i>Komitet Gossudarstwennoy Besopasnosti</i> („Komitee für Staatssicherheit“: sowjetischer Geheimdienst)
<b>LBJ</b>	Lyndon Baines Johnson, 36. Präsident der USA (1963-1969)
<b>LBJL</b>	<i>Lyndon Baines Johnson Presidential Library &amp; Museum</i> (Online-Quellensammlung)
<b>MACV</b>	<i>Military Assistant Command Vietnam</i> (militärisches Oberkommando der US-Streitkräfte in Südvietnam)
<b>NSA</b>	<i>National Security Agency</i> („Nationale Sicherheitsbehörde“:

Nachrichtendienst der USA)

<b>NSArchive</b>	<i>National Security Archive</i> (Online-Quellensammlung)
<b>R-14</b>	sowjetischer Typ einer Mittelstreckenrakete
<b>RFK</b>	Robert Fitzgerald Kennedy, 64. Justizminister der USA (1961-1964)
<b>SAM</b>	<i>Surface to Air Missile</i> (Flugabwehrrakete)
<b>SEATO</b>	<i>Southeast Asia Treaty Organization</i> (Südostasienpakt, 1954-1977)
<b>USIA</b>	<i>United States Information Agency</i> (staatlicher Informationsdienst der USA)